

Soziale Arbeit

6.2008

Zeitschrift für soziale und
sozialverwandte Gebiete

Theorie mit Leidenschaft:
Ilse Arlt

Versorgung von Pflegebedürftigen
mit erhöhtem Betreuungsbedarf

Ambulant betreute
Wohngemeinschaften für
Menschen mit Demenz

Kleidung und Anrede
in der Sozialen Arbeit

dzi

Soziale Arbeit

Juni 2008

57. Jahrgang

Dr. Maria Maiss, Philosophin, lehrt an der Fachhochschule St. Pölten und leitet die Arbeitsgruppe Geschichte und Theorie der Sozialen Arbeit am Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung, Fachhochschule St. Pölten/Österreich, Matthias-Corvinus-Straße 15, 3100 St. Pölten, E-Mail: maria.maiss@fhstp.ac.at

Professor Dr. Peter Pantucek, Dipl.-Sozialarbeiter, Soziologe und Supervisor, leitet den Bachelorstudiengang Soziale Arbeit sowie das Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung an der Fachhochschule St. Pölten/Österreich, Matthias-Corvinus-Straße 15, 3100 St. Pölten, E-Mail: peter@pantucek.com

Professor Dr. Peter Sauer lehrt Sozialpolitik und Sozialmanagement an der Evangelischen Fachhochschule Berlin und ist Vorsitzender des Instituts für Innovation der EFB, Teltower Damm 118-122, 14167 Berlin, E-Mail: prof.peter.sauer@t-online.de

Peter Wißmann, Dipl.-Sozialarbeiter, ist Geschäftsführer der Demenz Support gGmbH, Hölderlinstraße 4, 70174 Stuttgart, E-Mail: info@demenz-support.de

Professorin Dr. Gabriele Kleiner, Dipl.-Sozialarbeiterin und Dipl.-Sozialgerontologin, lehrt Sozialgerontologie an der Evangelischen Fachhochschule in Darmstadt, Zweifalltorweg 12, 64293 Darmstadt, E-Mail: kleiner@efh-darmstadt.de

Professorin Dr. Cornelia Thiels, M Phil MRC Psych, Ärztin für Psychiatrie und Kinder- und Jugendpsychiatrie, lehrt Sozialmedizin an der Fachhochschule Bielefeld, Fachbereich Sozialwesen, Kurt-Schumacher-Straße 6, 33615 Bielefeld, E-Mail: cornelia.thiels@fh-bielefeld.de

Theorie mit Leidenschaft: Ilse Arlt 202
Weiterhin aktuelle Fragen der Sozialen Arbeit
Maria Maiss; Peter Pantucek, St. Pölten

DZI-Kolumne 203

Versorgung von Pflegebedürftigen mit erhöhtem Betreuungsbedarf 212
Strukturfördernde Aspekte durch das Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz
Peter Sauer, Berlin; Peter Wißmann, Stuttgart

Ambulant betreute Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz 219
Erste Ergebnisse einer Studie zu Fragen der Lebensqualität
Gabriele Kleiner, Darmstadt

Kleidung und Anrede in der Sozialen Arbeit 222
Cornelia Thiels, Bielefeld

Rundschau Allgemeines 228
Soziales 229
Gesundheit 230
Jugend und Familie 230
Ausbildung und Beruf 231

Tagungskalender 232

Bibliographie Zeitschriften 233

Verlagsbesprechungen 237

Impressum 240

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlages Jacobs, Lage, bei.



Eigenverlag
Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

Theorie mit Leidenschaft: Ilse Arlt

Weiterhin aktuelle Fragen der Sozialen Arbeit

Maria Maiss; Peter Pantucek

Zusammenfassung

Im Jahr 2007 wurde an der Fachhochschule St. Pölten (Österreich) das *Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung* gegründet. In einem Kolloquium wurden das Wirken und Denken der Pionierin einer wissenschaftlichen Sozialen Arbeit gewürdigt und Bezüge zu aktuellen Fragen der Sozialen Arbeit und ihrer Wissenschaft hergestellt. Die längst fällige breitere Rezeption der *Arlt*'schen Schriften sollte damit angeregt werden. Dieser Beitrag skizziert einige Linien des Werks, in den nächsten Monaten werden die Beiträge des Kolloquium in einem Sammelband erscheinen. Die Reedition der Hauptwerke „Die Grundlagen der Fürsorge“ (1921) und „Wege zu einer Fürsorgewissenschaft“ (1958) ist in Vorbereitung.

Abstract

In 2007 the *Ilse Arlt Institute on Social Inclusion Research* was founded at the St. Pölten University of Applied Sciences in Austria. The life and thought of *Ilse Arlt*, a pioneer of scientific social work, was honoured at a colloquium where possible interrelations with current issues in social work and its science were explored as well. The aim was to stimulate a broader reception of *Arlt*'s writings which has long been overdue. Some aspects of her work are outlined in this article. Within the next few months, a reader compiling the colloquium contributions will be published and a reedition of her main two works is under way.

Schlüsselwörter

soziale Persönlichkeit – Soziale Arbeit – Theoriebildung – Wissenschaft – Ausbildung – Praxis – Österreich

Einleitung

Zu einer Zeit, in der im deutschsprachigen Fachdiskurs die Frage nach der Notwendigkeit, den Möglichkeiten sowie Grenzen, Soziale Arbeit als eigenständige wissenschaftliche Disziplin theoretisch zu fundieren zunehmend reger diskutiert wird, kann an einschlägigen Gedanken, wie sie bereits in den 1920er-Jahren bis hinauf in die 1960er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts von *Ilse Arlt* entwickelt wurden, nicht vorbeigegangen werden. Nachdem die Gründerin der ersten Fürsorgeschule der Österreich-Ungarischen Monarchie¹ und Verfasserin zen-



traler fürsorgetheoretischer Werke und Lehrbücher nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl in einschlägigen Fachdiskursen als auch in den Curricula der praktischen Ausbildungsstätten für Sozialarbeit zunehmend in Vergessenheit geraten war und ignoriert wurde, vollzieht sich seit gut zehn Jahren ein langsamer Prozess der Wiederentdeckung des *Arlt*'schen Ideenspektrums. Eingeleitet wurde die aktuelle Rezeption 1995 durch eine verdienstvolle Diplomarbeit von *Ursula Ertl* zu Leben und Werk *Ilse Arlts*. Es folgte 1996 ein Beitrag *Sylvia Staub-Bernasconis* zu *Arlts* Bedürfnistheorie, dann nach längerer Pause 2005 ein Band von *Cornelia Frey*, die *Arlt* als Vorläuferin systemischen Denkens in der Sozialen Arbeit zu verstehen versuchte.

Leben und Werk

Eine ihrer unveröffentlichten Autobiographien, die sich im Besitz der Österreichischen Akademie der Wissenschaften befindet, beginnt die in großbürgerlichen Verhältnissen aufgewachsene *Ilse Arlt* (geb. am 1. Mai 1876 als drittes von vier Kindern, gestorben am 25. Jänner 1960) mit der Feststellung: „Sich zu bibliographieren ist dann ein Genuss, wenn Neigung und Zielsetzung stets übereinstimmen, wenn man also sein Leben so und nicht anders wiederholen möchte“ (*Arlt* ohne Jahr, S. 1). Dieser Satz verwirrt, bedenkt man, dass *Ilse Arlt*² wegen eines jüdischen Großelternteils unter dem Naziregime Publikationsverbot erhielt und zusehen musste, wie ihre Schule geschlossen, ihre Schriften und eine umfangreiche Materialsammlung, welche die Grundlage eines geplanten Fürsorge- und Haushaltsmuseums bilden sollte, vernichtet wurden.

Der Satz verwirrt, wenn man bedenkt, dass *Ilse Arlt* ihre nach dem Krieg wieder eröffnete Schule nach

drei Jahren (1950) krankheitsbedingt und aufgrund großer finanzieller Schwierigkeiten endgültig schließen musste und ihren Lebensunterhalt im Alter mittels einer sehr bescheidenen Gnadenpension und zusätzlichen Einkünften aus der Vermietung eigener Wohnräume bestreiten musste.

Der Satz verwirrt, zumal es *Ilse Arlt* nicht gegönnt war zu erleben, dass ihre theoretische Arbeit, von deren zukunftsweisender Bedeutung³ sie zwar überzeugt war, in den Lehrplänen der später gegründeten Fürsorgeschulen der Stadt Wien⁴ und der Caritas einen gebührenden Platz einnehmen würde. Bis es endlich soweit kam, verging beinahe ein halbes Jahrhundert. Es ist die Zeitspanne, die es in Österreich brauchte, bis die Ausbildungsstätten für Sozialarbeit endlich den Fachhochschulstatus erlangten, damit einen öffentlichen Forschungsauftrag erhielten und in Folge dessen gerade wieder dort angelangt waren, wo *Ilse Arlt* vor Langem war: bei einer Ausbildungsstätte, die zugleich Forschungsstätte ist.

Worin bestand nun *Arlts* tiefste Neigung, die sie gleichzeitig zur Zielsetzung ihrer Arbeit machte, was ihr ermöglichte ihr Leben in der Rückschau als gelungen und wiederholenswert zu sehen? „Für mein fünftes Lebensjahr ist das schmerzhaft Grübeln über die Armut anderer ebenso nachweisbar, wie die Leidenschaft durch das Lernen“ (*ebd.*, S. 1). Beides blieb für *Arlt* ihr Leben lang bestimmend. „... soviel ich mir auch aus Zeitungen und Büchern aneignete, so ernsthaft ich als Autodidakt Nationalökonomie und Sozialwissenschaften studierte, es dauerte bis in den Anfang meiner Zwanzigerjahre, bis mir die Erkenntnis aufdämmerte, nicht bloß ich sei so dumm, um zu wissen, wie man misshandelten Kindern, verlassenen Greisen, armen Frauen hilft, sondern dieses Wissen fehlte überhaupt“ (*ebd.*). Diese Kritik an den defizitären Ansätzen der damaligen Nationalökonomie und Sozialwissenschaften, welche „nicht zu den letzten nicht mehr teilbaren Tatsachen vordringen“ einerseits und den häufig ineffektiv und ineffizient arbeitenden freiwilligen Helfervereinen andererseits ging einher mit der von *Arlt* immer klarer erkannten Notwendigkeit, die Hilfsprobleme nicht nur über die Stimme des guten Herzens, sondern „über Denken und Forschen“ lösen zu müssen. Dies beinhalte: „Messen der Armut, Kritik der Hilfsweisen, Lehrbarkeit des Fürsorgens“ (*ebd.*, S. 3).

An dieser selbst gesetzten Aufgabe, nämlich die Grundlagen einer eigenständigen Fürsorgewissenschaft basierend auf einer Armuts-, Bedürfnis- und Gedeihensforschung aufzuweisen, arbeitete *Arlt* unermüdlich bis zum Ende ihres Lebens. In ihrem

DZI-Kolumne Gute Menschen

65 Jahre, nicht mal ein Menschenalter ist es her, dass *Bertold Brechts* Theaterstück „Der gute Mensch von Sezuan“ uraufgeführt wurde. Es erzählt von drei Göttern, die die chinesische Provinz Sezuan besuchten, um in einer von Egoismus geprägten Gesellschaft gute Menschen zu finden, was sich als schier unmöglich erweist. Sie wollten beweisen, dass man gut sein und dennoch leben kann.

Die Menschheit ist seitdem um manche Erfahrungen reicher – schlimme, ermutigende und widersprüchliche. Die Auswüchse des Kapitalismus, (nicht nur) von *Brecht* gezeigelt, sind oft gescheitert und wachsen doch immer neu heran wie die Köpfe der Hydra. Das kommunistische Staatsmodell, von *Brecht* noch favorisiert, musste da eindeutiger kapitulieren. Mit einer bedeutenden Ausnahme: China. Das Land und sein System zeigten sich in den vergangenen 20 Jahren sehr wandlungsfähig, nicht in allen Bereichen gleichermaßen (siehe Tibet und die Situation der Menschenrechte), aber doch mit der eindeutigen Perspektive von mehr Demokratie, Freiheit und wirtschaftlicher Dynamik.

Sezuan ist Sichuan, eben jene chinesische Provinz, die am 12. Mai 2008 von einem schrecklichen Erdbeben heimgesucht wurde, das rund 80 000 Menschen das Leben gekostet hat. An den Reaktionen auf diese Naturkatastrophe wird erkennbar, wie sehr sich China seit *Brechts* „Sezuan“ und der danach errichteten maoistischen Diktatur verändert hat. Das Land besitzt mittlerweile einen aufstrebenden gemeinnützigen Sektor mit Nicht-Regierungsorganisationen, die diesen Namen auch verdienen. An diese NGOs und auch an staatliche Stellen haben die Chinesen bereits fast eine Milliarde Euro für die Opfer des Erdbebens im eigenen Land gespendet. Schon hat auch eine Debatte um die Zuverlässigkeit der Spendensammler eingesetzt, und es gibt „Blaupausen“ für die Einführung eines unabhängigen Spenden-Siegels. Die Suche nach den „guten Menschen“ – ein immer aktuelles Thema und keineswegs hoffnungslos.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

zweiten zentralen Werk „Wege zu einer Fürsorgewissenschaft“, welches 1958, zwei Jahre vor ihrem Tod erschien, präzisierte, systematisierte und erweiterte sie Überlegungen ihrer früher verfassten Lehrbücher „Die Grundlagen der Fürsorge“ (1921) und „Die Gestaltung der Hilfe“ (1923). Indem es *Arlt* gelang, ihre brennendste Frage, die nach den letzten Ursachen von Armut und Wohlleben/Gedeihen zur selbst gewählten Zielsetzung zu machen und dieser ihrer Neigung entsprechend, das heißt lern- und forschungsfreudig auf den Grund zu gehen – was sie als Harmonie von egoistischer Lernfreude und altruistischer Wirkungsweite erfuhr (*Arlt* ohne Jahr, S. 3) – war es ihr vergönnt sagen zu können, ihr Leben so und nicht anders wiederholen zu wollen.

Bedenkt man *Ilse Arlts* Lebensführung und die positive Selbstbewertung derselben vor dem Hintergrund ihrer Konzepte der Bedürfnisökonomie und des schöpferischen Konsumhandelns, dann lassen sich, wie durch die folgenden Ausführungen deutlich werden wird, interessante Parallelen zwischen beiden Bereichen erkennen. Auf ihrem tiefen erfahrungsgesättigten und reflexiven Wissen über Möglichkeiten der gedeihlichen Lebensführung fußte auch der achtsame Umgang mit ihren Schülerinnen: „... wir drillen nicht, sondern wir führen jede Schülerin zu sich selbst und ihren ungeahnten inneren Möglichkeiten“ (*Arlt* 1937, S. 16). Den Beruf der Wohlfahrtspflegerin⁵ erachtete die liberal und humanistisch denkende *Arlt*, die sich in ihren ersten Publikationen mit der Berufstätigkeit von Frauen auseinander gesetzt hatte, als einen, der den emanzipatorischen Anforderungen ihrer Zeit bestmöglich entspreche, da er eine Kombination der alten Frauentradition des Helfens, des neuen Frauenwunsches zu studieren und der neuen Frauenpflicht des Gelderwerbs sei.

***Arlts* Wohlfahrts- und Fürsorgetheorie**

Das Wohlfahrts- und Fürsorgeverständnis von *Ilse Arlt* zielt auf die Beförderung des individuellen und gesellschaftlichen Gedeihens und basiert im Kern auf dem von ihr entworfenen Bedürfniskonzept und ihrer Auffassung von einem schöpferischen Konsumhandeln. Im Zentrum ihrer Arbeit an den Grundlagen einer eigenständigen Fürsorgewissenschaft steht die Erforschung des Phänomens Armut. Gleichwohl richtet sie ihr Interesse nicht allein auf dieses, sondern auf das Verhältnis von Armut und Gedeihen. Damit betont sie, dass Armut keine festgefügte Tatsache, kein schicksalhafter Zustand ist, sondern eine prozessuale und multikausal bedingte Mangelbefindlichkeit, die in unterschiedlicher Weise von einem hinreichenden Niveau des menschlichen Wohllebens abweicht. Da Armut eine Negation ausdrücke, könne

sie nicht Ausgangspunkt für eine positive Arbeit, wie sie die Wohlfahrtspflege darstelle, sein. In dieser gelte es vielmehr vordergründig das Positive, das heißt das menschliche Gedeihen ins Auge zu fassen. In diesem Sinne dürfe sich die Wohlfahrtspflege nicht auf die Linderung von Leiden beschränken, sondern habe der Beförderung der Lebensfreude zu dienen (*Arlt* 1958, S. 38).

Die Armutsforschung müsse, so *Arlt*, bei der Ergründung der basalen menschlichen Bedürfnisse oder Gedeihenserfordernisse beginnen. Diese seien unter anderem aus den beobachtbaren und messbaren Mängeln zu erschließen (*ebd.*, S. 60). *Arlt* wählt damit eine anthropologische Perspektive, die nach den gemeinsamen Merkmalen und Grundvoraussetzungen der menschlichen Lebensweise fragt. Diese Weichenstellung ist insofern wichtig, als lediglich aus plausiblen gemeinsamen Grundvoraussetzungen für ein menschengerechtes Leben allgemeine humane Ansprüche und Rechte hinsichtlich der Befriedigung der lebensförderlichen Bedürfnisse abgeleitet werden können.

Im Zentrum von *Arlts* Überlegungen steht die Frage, wie sich die Phänomene Armut und Gedeihen (auf der Mikro- und Makroebene) zueinander verhalten und wie dieses Verhältnis durch die Kunst einer ökonomischen Lebensführung und Bedürfnisbefriedigung gestalterisch beeinflusst werden kann. Sie prägte in diesem Zusammenhang den Begriff des „schöpferischen Konsumieren-Könnens“. Was versteht sie darunter? *Arlt* wendet sich kritisch gegen die auch heute dominante Auffassung, den Konsum primär als Motor der Produktion zu verstehen. Konsum (das heißt Verbrauch, Verzehr, Genuss) bedeute vielmehr menschliche Bedürfnisbefriedigung, Entwicklung und Entfaltung. Konsumieren sei untrennbar auch mit Akten des Wollens, Verstehens und Urteilens verknüpft. „Konsum ist eine schöpferische Potenz, jedoch nur der freigewählte, eigenständige Konsum“ (*ebd.*, S. 74). Ob wir uns einer primär fremdbestimmten, bürokratisch, politisch oder kommerziell geregelten Weise des Konsumierens unterordnen oder das Konsumieren als Akt der Selbstbestimmung im Sinne von vernünftig und kreativ gestalteter Bedürfnisbefriedigung und -entfaltung verstehen, die dem Aufbau der Persönlichkeit dient, ist nicht zuletzt entscheidend für die Gestaltung wohlfahrtspflegerischer beziehungsweise sozialarbeiterischer Interventionen oder Dienstleistungen. Folgen wir den Argumenten *Arlts*, dann resultiert daraus eine konsequente Orientierung an den Bedürfnissen und den aktuellen und potenziellen Stärken oder Ressourcen der unterschiedlich sozial verorteten, vernetzen und

verbundenen Personen. Aus dieser Abkehr von einer Orientierung an den Defiziten resultiert auch das *Arlt'sche* Postulat, nach welchem das Ziel professioneller Fürsorge/Wohlfahrtspflege in der Steigerung der Lebensfreude, welche ja nicht zuletzt dem Bewusstsein um die eigenen Kräfte entwächst, besteht und nicht lediglich im Lindern von Leiden (*ebd.*, S. 38).

In ihrer Bedürfnistheorie unterscheidet *Arlt* 13 Bedürfnisklassen: 1. Luft/Licht/Wärme/Wasser, 2. Ernährung, 3. Wohnen, 4. Körperpflege, 5. Kleidung, 6. ärztliche Hilfe und Krankenpflege, 7. Unfallverhütung und Erste Hilfe, 8. Erholung, 9. Familienleben, 10. Erziehung, 11. Rechtspflege, 12. Ausbildung zu wirtschaftlicher Tüchtigkeit, 13. Geistespflege (Moral, Ethik, Religion) (*ebd.*, S. 62). Wie unschwer zu erkennen ist, sind diese Lebensbedürfnisse⁶ in unterschiedlicher Weise miteinander verbunden, sodass sich die Qualität der Befriedigung eines bestimmten Bedürfnisses auf die Qualität der Befriedigung der anderen und das menschliche Gedeihen insgesamt auswirkt. Die Bedürfnisbefriedigung ist nach *Arlt* abhängig von den verfügbaren ökonomischen Mitteln, von eigenen oder fremden Fähigkeiten und vom Wissen sowie von der Möglichkeit über die eigene Zeit und die Zeit anderer zu verfügen (*Arlt* 1921, S. 32). Genauso wie die Bedürfnisbefriedigung Gefahr laufen kann, die Schwelle zum Luxus hin zu überschreiten, kann sie auch Gefahr laufen, eine bestimmbar „Notschwelle“ zu unterschreiten. Mit dem Begriff der Notschwelle bezeichnet *Arlt* einen jedem Grundbedürfnis entsprechenden Entbehrungszustand, der nicht weiter unterschritten werden darf, da dies zu beträchtlichen Schädigungen für den Einzelnen und seine Umwelt führt (*ebd.*, S. 33).

Aus der Tatsache, dass diese Notschwellen beobachtbar beziehungsweise empirisch bestimmbar sind, leitet *Arlt* die zentrale Aufgabe und Verantwortung professionell tätiger Wohlfahrtspflegerinnen und -pfleger ab: Die Kunst derselben bestehe wesentlich darin, in jedem spezifischen Einzelfall zwischen einer einfachen und noch zureichenden Befriedigung und einer gegebenenfalls vorliegenden Unterbefriedigung eines bestimmten Bedürfnisses zu unterscheiden. Dies ermögliche einerseits jene Fälle zu orten, wo Gefahr im Verzug ist und andererseits die jeweils vorhandenen Vermögen und Ressourcen zur Bedürfnisregulierung und -befriedigung zu erkennen, auf welchen wohlfahrtspflegerische Zuwendungen aufzubauen haben (*Arlt* 1931, S. 42)

Für *Arlt* stellt eine *wissenschaftlich fundierte Bedürfniskunde*, welche die allgemeinen menschlichen Grundbedürfnisse sowie angemessene oder gerechte

Modi der Bedürfnisbefriedigung sukzessive besser zu erfassen vermag, die zentrale Wissensgrundlage für professionelle Fürsorgedienstleistende dar. Auf Grundlage dieser habe die Bestimmung der Art und des Umfangs der wohlfahrtspflegerischen Dienstleistungen zu erfolgen. Die Bedürfniskunde stellt aber auch die gesellschaftliche Legitimationsbasis aller professionellen Fürsorgeleistungen dar. Dass Wohlfahrtspflege auf der Basis einer wissenschaftlich fundierten Bedürfniskunde nicht nur den Benachteiligten einer Gesellschaft dient, sondern einen Beitrag für die soziokulturelle Entwicklung der Gesellschaft insgesamt zu leisten hat, verdeutlicht *Arlt* in folgender Aussage: „Der Kulturzustand eines Landes wird nicht nur durch seine Höchstleistungen bestimmt, sondern durch seine Grenznot, d.i. die tiefste geduldete Entbehrung... Unter dem Versorgungszustand ist jedoch nicht die fürsorgliche, sondern die Bedürfniskundliche Begutachtung zu verstehen, die den Befriedigungsstand aller Bedürfnisse erhebt“ (*Arlt* 1958, S. 80).

Gesetzmäßigkeiten des Helfens

Ihre „Wege zur Fürsorgewissenschaft“ beginnt *Ilse Arlt* mit einem ausführlichen Kapitel zu dem, was sie „Gesetzmäßigkeiten des Helfens“ nennt. Hier erläutert sie Schwachstellen organisierter sozialer Hilfe und formuliert damit implizit Ansprüche an die von ihr angestrebte Fürsorgewissenschaft.

▲ „Jede, auch die beste Einrichtung bewirkt zwangsläufig unerwünschte Nebenwirkungen.“ Dieser Satz fordert auf, nicht nur auf das Erwünschte zu blicken, sondern auch auf das Unerwünschte. Vielen Kolleginnen und Kollegen aus der Lehre sind die zahlreichen Seminar- und Diplomarbeiten bekannt, Fachleute aus der Praxis kennen die eindimensionalen Gutachten und Jahresberichte, die wie Propagandaschriften für eine Einrichtung, eine geplante Maßnahme wirken. So als gebe es nur Gutes daran, keine Risiken und keine möglichen oder wahrscheinlichen Nebenwirkungen. Solche Texte werden von manchen für besonders überzeugend gehalten. Sie sind es jedoch nicht, sie sind Zeichen für ein vorwissenschaftliches Verständnis der Sozialen Arbeit, für Dilettantismus. Was heißt das für sozialarbeitswissenschaftliche Forschung und Theoriebildung? Der Blick auf das Unerwünschte, das Misslingende, die Nebenwirkungen müssen zum selbstverständlichen Gestus werden. Die Misserfolge und Nebenwirkungen wären zur Quelle neuen Wissens zu machen. Dilettantismus überwinden, das heißt, den kritischen Blick auf sich selbst zu richten, sich selbst nicht zu trauen. Um *Arlt's* Satz noch einmal zuzuspitzen: Sozialarbeitswissenschaft muss gleichzeitig die kenntnis-

reichste kritische Instanz für gesellschaftliche Hilfe im Allgemeinen und professionelle Sozialarbeit im Speziellen sein.

▲ „*Meist ist die Zahl derer bekannt, denen geholfen wurde, nicht die der Übrigbleibenden.*“ *Ise Arlt* versteht die Hilfetätigkeit, die Fürsorge, als eine gesellschaftliche Aufgabe, die Auswirkungen auf den Zustand der Gesamtgesellschaft hat. Die später in der systemtheoretischen Diskussion (*Baecker 1994*) gestellte Frage, ob es sich beim System der Hilfe um ein gesellschaftliches Funktionssystem handle, hätte sie wohl mit ja beantwortet. Für eine Beurteilung der Leistungen reicht für sie nicht der Blick auf jene Klientinnen und Klienten, die in den Genuss von Unterstützung gekommen sind. Es ist stets der Bezug zur Gesamtheit jener herzustellen, die der Hilfe bedürfen oder bedurft hätten. Ein Bezug auf die Gesamtheit der Population ist in der evaluativen Forschung allerdings keineswegs Standard. Bei einer Evaluationsstudie über Suchtberatungsstellen hat ein Team der Fachhochschule St. Pölten den Erfolgsberichten der Stellen die Frage gegenübergestellt, wie viele potenzielle Klientinnen und Klienten es im Zuständigkeitsbereich der Beratungseinrichtungen gibt, und das Verhältnis der erreichten zu den nicht erreichten Personen zur Beurteilung der Wirksamkeit der Einrichtungen herangezogen. Das rief nicht nur Jubel hervor und führte durchaus zu anderen Ergebnissen. Die Frage, ob Programme beziehungsweise Einrichtungen ihr Zielpublikum in nennenswertem Ausmaß erreichen, welche Bedürfnissen sie wie ausschließen, ist stets relevant. Auch beim Case Management, verstanden als Systemmanagement, hat sich der Blick zuerst auf die Gesamtpopulation jener, die der Hilfe bedürfen, zu richten. *Ise Arlts* erster Satz von den unerwünschten Nebenwirkungen zielte darauf, sich auch auf das zu konzentrieren, was man nicht gerne sieht. Dieser zweite Satz von den „Übrigbleibenden“ verlangt, das vorerst Unsichtbare sichtbar zu machen.

▲ „*Die Durchführung an sich guter Einrichtungen ist oft fehlerhaft oder mangelhaft. Immer fehlt die Leistungsbilanz, immer die Gesamtschau für jedes Individuum.*“ Die Beispiele, die *Ise Arlt* anführt, sind Beispiele der Missachtung des Lebenszusammenhangs der Klientel. Und das ist auch der immer noch gültige Kern ihrer Kritik: Es ist das Leben der Betroffenen, und da jedes und jeder einzelnen, an dem die Hilfe zu messen ist. In der Wissenschaft handelt man sich Probleme ein, wenn man diesen Auftrag ernst nimmt. Die Lebensgeschichten der betroffenen Menschen sind nicht so leicht zugänglich wie die Daten der Einrichtungen, die Geschichten sind

schwierig auszuwerten und der Erfolg der Hilfe ist nicht immer eindeutig feststellbar. Am *Arlt-Institut* haben wir begonnen, eine Datenbank mit Fallgeschichten anzulegen, eine Sammlung, die späterer Auswertung harrt. Systematische Fallstudien zu betreiben ist aufwendig und will finanziert werden. Von der Notwendigkeit, solche Studien zu betreiben, sind wir überzeugt. „Wann wird der Mensch, der in seinen Notwendigkeiten und individuellen Möglichkeiten genau erkannte einzelne Mensch, im Mittelpunkt der Betrachtung stehen, und nicht das Gefüge der Fürsorge?“ (*Arlt 1958, S. 17*).

▲ „*Mangels eines anerkannten geistigen Forums können sich Fehlmeinungen jahrzehntelang breitmachen, ohne widerlegt zu werden, oder Gesetze werden erlassen, deren Überprüfung nicht erst durch die Wirklichkeit hätte erfolgen sollen, sondern durch planmäßiges Studium*“ (*ebd., S. 23*). Das „anerkannte geistige Forum“ fehlt immer noch. Sozialarbeit ist eine institutionsgebundene Profession. Ihr fehlt eine Organisationsform, durch die Standards formuliert und durchgesetzt werden könnten. Der Grad der Standardisierung ist beschämend gering. Zentrale Arbeitsformen der Sozialarbeit werden von verschiedenen Autorinnen und Autoren verschieden benannt. Diagnostische Leistungen können nicht auf Basis anerkannter Standards erbracht werden, weil es diese nicht gibt, das Forum zur Festlegung der Standards ist noch ungegründet. Der internationale Vergleich ist aufgrund nicht nur unterschiedlicher Rechtssysteme, sondern auch wegen unterschiedlicher Begrifflichkeiten schwierig. So ist es kein Wunder, dass Standardisierungen für die Sozialarbeit bisher vorwiegend von außen kommen, von der Politik in Form von Gesetzen, oder von der Medizin. Die Klassifikationssysteme ICD10 (Internationale Klassifikation der Krankheiten) und vor allem ICF (Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit) umfassen zunehmend auch soziale Fakten und Belastungen, deren Formulierung eigentlich von der Sozialen Arbeit hätte kommen müssen, wenn sie denn ein „anerkanntes geistiges Forum“ hätte, und das müsste international sein. Noch ist hier keine Lösung in Sicht. Aber die Soziale Arbeit wird weiterhin erheblich unter ihren Möglichkeiten bleiben, wenn keine Schritte in diese Richtung gesetzt werden.

Volkspflege, wie sie *Ise Arlt* genannt hat, Soziale Arbeit, der heute gebräuchliche Begriff, ist eine Profession und eine Wissenschaft, die das System der gesellschaftlichen Hilfe zum Gegenstand hat. Über professionelle Standards können nicht die Trägerorganisationen der Sozialen Arbeit entscheiden. Über-

lässt man ihnen dieses Feld, gibt man den Anspruch auf eine wissenschaftliche professionelle Praxis auf. So wie jede Sozialarbeiterin, jeder Sozialarbeiter dem Ethos der Profession verpflichtet ist, so wird die Festlegung und Weiterentwicklung von Standards fachgerechten Helfens die Aufgabe eines „anerkannten geistigen Forums“ sein müssen.

Lebensfreude

Wir verlassen nun *Ilse Arlt* „Gesetzmäßigkeiten des Helfens“ und widmen uns freudigerem, genau gesagt, der Lebensfreude. „Lebensfreude – dies ist eines der Kernstücke der Hilfe, ist das Kriterium, die unumstößliche Zielsetzung statt des bloßen Leidens linderns. Das zweite Kernstück heißt Gegenleistung, nicht im Sinne einer Bezahlung, sondern in der Kunst, der Demütigung vorzubeugen, indem man den Befürsorgten seinerseits irgendwie helfen lässt“ (*ebd.*, S. 38). Mit diesem irritierenden Satz müssen wir erst einmal fertig werden. Was er für die praktische Sozialarbeit heißt, das ist relativ leicht auszubuchstabieren, und die Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis wird dieser Satz wahrscheinlich auch weniger beunruhigen. Aber was kann Lebensfreude für die Wissenschaft heißen? Auch in den staatlichen Sozialprogrammen und Gesetzen wird von Lebensfreude selten die Rede sein. *Arlt* schreibt hier von einem Kriterium, nach dem soziale Praxis beurteilt werden kann, Lebensfreude zu ermöglichen, diese zuzugestehen. Das ist die Absage an alle Vorstellungen, die Hilfebedürftigen müssten demütig sein, Kooperation beweisen und müssten sich an die Vorstellungen der Institution anpassen. Lebensfreude, das heißt einen vollen Anspruch auf Leben anzuerkennen.

Wir können noch einen Schritt weiter gehen. Lebensfreude scheint uns auch eine Voraussetzung für das Betreiben von guter Sozialarbeitswissenschaft zu sein. Ohne sie fehlt der Maßstab, fehlt das emotionale Wissen über die Möglichkeiten des Lebens, fehlt das Verständnis für die Umwege zur Freude unter schwierigen und dürftigen Bedingungen. Sozialarbeitswissenschaft benötigt die Freude am Leben in seinen verschiedenen Erscheinungsformen. Erst diese ermöglicht es, anderen diese Freude auch zuzugestehen und im Fall das Potenzial eines ganzen Lebens zu erkennen.

Wir brauchen das, nicht nur im Front-Line Social Work, sondern auch in der Forschung. Am *Arlt*-Institut haben wir in den letzten beiden Jahren in einem Forschungsprojekt Fremdunterbringungsfälle untersucht. Die Interpretationssitzungen waren teils fröhliche Sitzungen, teils recht emotionale, bei denen man

auch schon mal empört war, wenn man auf Ignoranz von professionellen Agierenden gegenüber den Lebensäußerungen der Betroffenen gestoßen ist. Beim einen oder anderen Fall fand sich eine amtliche, eine Herrschaftssprache, fand sich Unverständnis wichtiger und qualifizierter Professioneller gegenüber den Versuchen der Klientel, ihr Leben zu beeinflussen und zu genießen. Die Befremdung und Empörung, die Solidarität des Interpretatorenteams mit dem Lebenswillen der Klientinnen und Klienten, waren kein Hindernis bei der Deutung der Fälle. Sie motivierten im Gegenteil zur genauen Analyse. Das Beachten der Lebensaktivität der Klientinnen und Klienten, dessen was sie tun, wie sie es tun, wie sie mit der Organisation umgehen und mit ihrem eigenen Leben, das ist das Mittel zur Analyse der Organisation. Anders gesagt: Wenn wir das Funktionieren der Hilfe verstehen wollen, müssen wir auf die betroffenen Menschen schauen, nicht auf die Hilfe.

Die Wissenschaft der Sozialen Arbeit ist keine technokratische Wissenschaft. Sie braucht eine Basis von Lebensfreude bei denen, die sie betreiben, und sie braucht die Freude an der Lebensfreude der Klientel der Sozialen Arbeit, auch und gerade wenn sie sich nur in Ansätzen zeigt, auch und gerade wenn sie den Professionellen die Arbeit zu erschweren scheint.

Nun fehlt noch die Interpretation des zweiten Teils dieses Zitats: die Gegenleistung der Klientel als Mittel, um Hilfe nicht zur Demütigung verkommen zu lassen. Demütigung durch Hilfe wird von *Ilse Arlt* als Möglichkeit vorausgesetzt, ja sie wird sogar als so wahrscheinlich angesehen, dass eine Vorkehrung dagegen eines von beiden Kernstücken der Hilfe sein soll. Demütigung ist im Sozialwesen weit verbreitet. Die Demütigung, überhaupt auf das Sozialwesen angewiesen zu sein, bildet die Basis. Demütigende Inszenierungen des Wartens, des von einer Stelle zur anderen geschickt Werdens, der peinlichen Befragung. Und viele andere beabsichtigte und unbeabsichtigte Demütigungen.

Wir sind inzwischen gewohnt, Klientinnen und Klienten zuzugestehen, dass sie sich selbst helfen dürfen und können. Das geht manchmal bis zur Verweigerung der Unterstützung, wenn sie für „nicht motiviert“ gehalten werden. Ein äußerst fragwürdiges Etikett, das Teil einer Herrschaftsstrategie ist. Im Grunde wird den Betroffenen zugetraut, dass die entscheidenden Aktivitäten von ihnen kommen können und auch kommen müssen, und Soziale Arbeit weiß, dass sie all ihre Kunst aufwenden muss, um die Klientel in die Akteursposition zu bringen. *Arlt* geht hier einen Schritt weiter. Sie sieht die Menschen

nicht nur als „ihres eigenen Glückes Schmied“. Im Zeitalter der fortgeschrittenen Individualisierung ist zwar dieser Satz abgekommen, nicht aber die dahinter stehende Haltung. *Arlt* erkennt die Betroffenen auch als Menschen, die ihre Selbstachtung dadurch gewinnen, dass sie Beiträge für andere leisten können. Die Gabe bedarf der Gegengabe, um nicht demütigend zu sein. Den Klienten eine Möglichkeit zur Gegengabe einzuräumen, diese Gegengaben auch anzunehmen oder Dritten zugute kommen zu lassen – erst dadurch wird das vollendet, was wir *Respekt* nennen.

Vorerst ist das eine methodische Anweisung, und als solche ist sie schon anspruchsvoll, erweitert den Blick. Wie ist sie in die Wissenschaft zu integrieren? Wiederum dadurch, dass damit ein Kriterium der Beurteilung benannt ist. Hilfeprogramme, die Klienten und Klientinnen nicht auch als Gebende vorsehen und vorkommen lassen, sind demnach tendenziell demütigend. Im weiten Begriff von der Sozialraumorientierung, wie wir ihn vertreten⁷, werden die Betroffenen in ihrer Einbindung in ihre soziale Umwelt in den Blick genommen. Sie sind Partner in sozialen Austauschbeziehungen, Gebende und Nehmende, Mitgesellschafter in dieser Gesellschaft, die sich ihnen über die Beziehungen in ihrer Lebenswelt erschließt.

Sozialarbeitswissenschaft kann so gesehen nie nur eine Wissenschaft von Defiziten und deren Behebung sein, sondern auch eine Wissenschaft von den Beiträgen der Armen, Verletzlichen und Unterdrückten (zur) für die Gesellschaft, eine Wissenschaft von der Ermöglichung dieser Beiträge. (Diese Trias findet sich in der Präambel zum Code of Ethics (1996) der *National Association of Social Workers* der USA: „people who are vulnerable, oppressed, and living in poverty“). Noch einmal geht es nun um unsere Wissenschaft: In ihrem Buch „Grundlagen der Fürsorge“, entstanden 1921, schreibt *Arlt* von der „Unzulänglichkeit der Hilfe nach der Notform“ (da die „Elendsform einmal Wirkung, ein andermal Ursache sein kann“) (*ebd.*, S. 27) „von jeder Elendsform zweigen nahezu alle anderen Elendsformen ab“ (*ebd.*). Sie hat das mit einer Grafik dargestellt. Aus der einen Not kann eine andere resultieren, aus dieser wiederum eine weitere. Die Hilfe, die nur nach der Notform („Arbeitslosigkeit“, „Sucht“ und andere mehr) organisiert ist, ist daher zwangsläufig immer wieder unangemessen⁸. Armut, Hilfebedürftigkeit sei kein Zustand, sondern ein Prozess, schreibt sie mehrfach an anderen Stellen ihres Werkes. Die Situation der Klientel erschließe sich erst aus ihrer Geschichte.

Die Spezialisierung der Hilfen, die Einschränkung der Zuständigkeit von Einrichtungen auf je eine „Notform“ ist den Betroffenen unangemessen. *Arlt* zieht daraus nicht den Schluss, die spezialisierten Hilfen aufzugeben, sie empfiehlt die qualifizierten Volkspflegerinnen als jene Fachkräfte, die den Gesamtblick auf die Person in ihrer Situation herstellen können. Wir finden diesen Gedanken in den guten Formen des modernen Case Management wieder. Für die Sozialarbeitswissenschaft heißt das wiederum, dass der Blick auf die wirklichen Lebenssituationen der Klientel, auf das Werden dieser Situationen, unverzichtbar ist.

Arlts Schriften sind ein großes Plädoyer für den Blick auf die gesellschaftliche Situation, die Wirtschaft, als Voraussetzung des Lebens, des Wohlergehens und der Not; auf die einzelnen Menschen, in deren Lebenssituation sich die gesellschaftliche Situation konkretisiert, und auf die Einrichtungen des Sozialwesens, die sich in diesem Spannungsfeld bewegen, es für die Individuen unterstützend gestalten wollen. Ein anspruchsvolles Programm. Ihr Weg, dieses Programm zu erfüllen, ist der, die Institutionen am Anspruch wirkungsvoller Hilfe zu messen. Und wirkungsvolle Hilfe, das ist für sie immer individualisierte Hilfe. Nein, das stimmt so nicht ganz: Liest man *Arlt* genau, so meint sie, dass Hilfe vorerst als schematische Hilfe wirkungsvoll sein kann, aber nur bis zu einem bestimmten Grad. Zahlreiche potenzielle Klienten und Klientinnen erreicht die schematische Hilfe nicht, für jene muss es individualisierte Hilfe geben. Ihr Interesse gilt den Grenzen der schematischen und den Möglichkeiten der individualisierten Hilfe. Wir formulieren für uns als These im Anschluss an *Arlts* Argumentation: Sozialarbeit beginnt dort, wo die schematische Hilfe aufhört, wirksam zu sein. Und Sozialarbeitswissenschaft ist eine Wissenschaft von den Grenzen der schematischen und den Potenzialen der individualisierten Hilfe.

Aktuelle Anschlusspunkte

Arlt konzipiert ihren wohlfahrtspflegerischen Ansatz vor dem Hintergrund und in Verbindung mit national-ökonomischen Anliegen, mit Fragen der Wohlfahrtsökonomie und der Verbesserung der individuellen und gesellschaftlichen Entwicklungschancen. Sie betont die Interdependenz von ökonomischer und individueller Freiheit. Insgesamt betrachtet umfasst ihr Wohlfahrtskonzept zahlreiche Elemente, die in aktuellen Debatten zu Fragen der Lebensqualität im Zentrum stehen. So bezeichnen zum Beispiel der indische Wirtschaftswissenschaftler und Philosoph *Amartya Sen* und die amerikanische Philosophin *Martha Nussbaum* in ihren Analysen zur Lebensqualität die

von ihnen aufgelisteten allgemeinen menschlichen Eigenschaften und Funktionsfähigkeiten (diese überlappen sich zum Teil mit den Bedürfnisklassen *Arlts*)⁹ treffend als „substanzielle Freiheiten“ im Sinne von materiellen Bedingungen, die stets mitbefördert werden müssen, wenn von gerechter Umverteilung öffentlicher Güter, menschlicher Entwicklung, Emanzipation, Empowerment, Hilfe zur Selbsthilfe oder Hilfe durch Nichthilfe gesprochen wird.

Wenn heute im Kontext der Sozialen Arbeit das Postulat der Berücksichtigung von Diversität erhoben wird, so ist dies für Kenner der *Arlt*'schen Schriften nichts Neues, bestand doch eines ihrer zentralen Anliegen darin, ihre Schülerinnen darin zu befähigen „Mannigfaltigkeit, nicht Masse zu sehen, Eigenart und nicht Gleichförmigkeit und dadurch jedem im Einzelfall gerecht zu werden“ (*Arlt* ohne Jahr, S. 4). In diesem Zusammenhang betonte *Arlt* auch, dass effektive wohlfahrtspflegerische Handlungen nicht nur personen-, sondern auch kontextsensibel getätigt werden müssen, das heißt dass spezifische Besonderheiten unterschiedlicher regionaler Lebensräume erkannt und anerkannt werden müssen. So gelte es, Fürsorgeideen von der Peripherie her und nicht zentralistisch gesteuert zu entwickeln. Denn im Gegensatz zu der vom städtischen auf den ländlichen Raum ausstrahlenden Fürsorge gelänge es Modellen ländlicher Prägung zu einer adäquaten lokalen Anpassung zu gelangen, was eine stärkere Identifikation und Akzeptanz durch die Bevölkerung vor Ort ermögliche.

Aktuelle Anschlusspunkte an das *Arlt*'sche Denken ergeben sich auch dort, wo gegenwärtig Kritik an spezialisierten sozialarbeiterischen Dienstleistungsangeboten geäußert wird, die auf Kosten einer stärker generalisierend ausgerichteten Sozialarbeit gehen, welche mit diversen anderen Professionen, deren Aufgabenfelder sich im Schnittpunkt der sozialen Daseinsvorsorge treffen, zusammenarbeiten. *Arlts* Ansatz erinnert daran, dass das gesellschaftliche Teilsystem Soziale Hilfe/Arbeit als Teil einer *umfassenden Wohlfahrtspflege* zu verstehen ist, welche nicht nur den einzelnen Benachteiligten einer Gesellschaft dient, sondern einen Beitrag für die soziokulturelle Entwicklung der Gesellschaft insgesamt leistet. Die Soziale Arbeit in Gestalt einer angewandten Armutsforschung habe nach *Arlt* die Aufgabe, eingetretene oder drohende Schäden zu erkennen, die unmittelbaren oder entfernteren Ursachen und ihre weiteren Wirkungen für Person und Umwelt zu verstehen und das Verständnis für das Tempo der Lageverschlechterung zu schaffen (*Arlt* 1958, S.51): „Die Analyse sämtlicher günstiger oder ungünstiger Fak-

toren, die Kenntnis der möglichen und der vorhandenen Hilfsweisen, die Wege zu ihrer Einleitung, das Überprüfen ihrer Wirksamkeit“ gehöre zu den Aufgaben der Fürsorge. Das *Arlt*'sche Bedürfnis- und Konsumkonzept stellt differenzierte und ausbaubare Kategorien und Begriffe zur Verfügung, auf Basis derer brauchbare Instrumente für eine rechtzeitige Ortung, Analyse, Benennung und Vermeidung von Armutsphänomenen und sozialen Problemen einschließlich deren multikausalen Bedingungen und Wechselwirkungen gewonnen werden können.

Eine Relektüre der *Arlt*'schen Denkens ist auch dort zu empfehlen, wo es um die Frage geht, welchen Stellenwert und Einfluss das Teilsystem Soziale Hilfe/Arbeit im Rahmen sozialpolitischer Diskurse über (Gerechtigkeits)Standards für zu erbringende Sozialleistungen und soziale Inklusionsmöglichkeiten und -chancen einnehmen könnte. Vor dem Hintergrund des *Arlt*'schen Denkens müsste gegenwärtig die Stimme des Teilsystems Soziale Hilfe/Arbeit in Widerstreit mit einem Sozialstaatsmodell geraten, welches nicht an den individuellen Bedürfnissen der einzelnen von unterschiedlichen Formen der Ausgrenzung betroffenen Personen, die mitunter sehr verschiedene Inklusions- und Partizipationsleistungen benötigen, orientiert ist, sondern an allgemeinen Bedarfen, die primär den Interessen der mitbestimmenden Agierenden und Körperschaften entsprechen. Ein derartiges korporatistisches Sozialstaatsmodell würde durch die regulative Idee der Bedürfnisorientierung, wie *Arlt* sie bereits ins Zentrum ihrer Wohlfahrtspflege stellte, zu einem stetigen Umbau in Richtung einer gerechteren und differenzierteren Inklusionspolitik herausgefordert werden. Wiederholt gilt es demnach die von *Arlt* gestellte Frage kritisch zu stellen: „Wann endlich wird der Mensch, der in seinen Notwendigkeiten und individuellen Möglichkeiten genau erkannte einzelne Mensch, im Mittelpunkt der Betrachtung stehen und nicht das Gefüge der Fürsorge?“ (*ebd.*, S. 31).

Mit diesem Zitat lässt sich erneut eine Brücke schlagen zwischen *Arlts* wohlfahrtstheoretischen Gedanken, die einer Ethik des guten und gedeihlichen Lebens und der Beförderung der Lebensfreude folgen, und deren konkreter Umsetzung in ihrer Lehr- und Forschungsstätte, den „Vereinigten Fachkursen für Volkspflege“. Die organisatorischen, inhaltlichen und den Lehr-, Lern- und Forschungsstil betreffenden Rahmenbedingungen waren in dieser Schule so gestaltet, dass die angehenden Volkspflegerinnen neben der Aneignung berufsrelevanter praktischer Fähigkeiten die Vielfalt der Wahrnehmungs-, Empfindungs-, Verstehens-, Erkenntnis- und Reflexionshaltungen

trainieren konnten, die ihnen in ihrer späteren beruflichen Tätigkeit ermöglichen sollten, „in jeder damals existierenden Fürsorge- und Hilfsform unbedingt hilfreich eingreifen und sich auch in neu entstehende Formen einarbeiten“ zu können (Arlt 1957 zitiert in: Ertl 1995, S. 29). Dieser Anspruch verlangte nach Arlt die Fähigkeit zur Aktualisierung folgender Grundsätze des Helfens: „Raschheit, Menschenwürde, Güte, Freiheit, sachliche Richtigkeit, zweckmäßige Anpassung und wirtschaftlicher Grundsatz der ‚größten Leistung bei geringstem Aufwand‘“ (Arlt 1958, S. 3). Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums ihrer Schule (im Jahr 1937) bemerkte Arlt: „So aber dürfen wir unser eigenes Fortbestehen als Beweis für die Richtigkeit der Volkspflege ansehen. Eines aber muß ich jetzt gestehen: hätte sich ein einzigesmal eine Fürsorgeaufgabe ergeben, für die unsere Schülerinnen grundsätzlich ungeeignet gewesen wären, so hätte ich die Schule sofort geschlossen, denn dann wäre ein Fehler im ganzen System gewesen“ (Arlt 1937, S. 15).

Arlt vertrat den Anspruch „... jede Schülerin zu sich selbst und ihren ungeahnten inneren Möglichkeiten [zu führen]“ (ebd., S. 16). Die angehenden Wohlfahrtspflegerinnen sollten zu Erkenntnissen undhaltungen befähigt werden, die ihnen ermöglichen, die jeweils angemessene Weise eines gedeihlichen und freudvollen Lebens bei sich selbst und in der Folge bei den Nutzenden ihrer Dienstleistungen sorgfältig und achtsam aufzuspüren und durch gezielte bedürfnisorientierte Maßnahmen zu stärken. Diese Forderung ist überaus anspruchsvoll und als solche über die Zeiten hinweg als kritischer Qualitätsmaßstab zu betrachten, dem eine große Relevanz immer dort zukommt, wo Ausbildungstrends im Feld der Sozialen Arbeit Gefahr laufen, das Einüben in die Vielfalt der für diese Profession nötigen Rationalitäts- und Handlungsformen zu reduzieren oder durch die Dominanz einer bestimmten (zum Beispiel einer betriebswirtschaftlichen) zu gefährden.

Heute Ilse Arlt lesen

So anerkannt die Absolventinnen der Arlt'schen Fachkurse gewesen sein mögen, blieb sie als Theoretikerin in Österreich doch eine Außenseiterin (Simon 1995), ihr Konzept floss kaum in den Mainstream ein und die von ihr angestrebte umfassende wissenschaftliche Fundierung der Sozialen Arbeit blieb ein Wunschtraum. Es kann nur vermutet werden, welches Potenzial sie als Wissenschaftlerin hätte realisieren können, wenn sie in eine anregendere Gemeinschaft eingebunden gewesen wäre. Ihre Texte heute zu lesen, bringt jedoch eine Fülle von Anregungen – und bestärkt die Hoffnung, dass die Wissenschaft von der

Sozialen Arbeit ein äußerst komplexes Projekt sein kann, das sich der Bezugswissenschaften von der Volkswirtschaft bis zur Sozialethik nicht nur bedient, sondern ihnen auch Anregungen liefern könnte.

Einige Aspekte des Arlt'schen Denkens und Wirkens konnten in diesem Beitrag nicht oder nur unzureichend gewürdigt werden. Ihre didaktischen Leistungen als Schulleiterin zum Beispiel wären einen eigenen Aufsatz wert. Desgleichen wäre ihr Projekt einer „Haushaltskunde“ unter heutigen Bedingungen neu zu überlegen. Die interessierten Leserinnen und Leser seien auf weitere, noch anstehende Publikationen verwiesen, oder, noch besser, auf das Studium der Arlt'schen Originaltexte (siehe Hinweis auf die DZI-Bibliothek). Wir hoffen, dass diese bald wieder leicht zugänglich vorliegen werden. Wir schließen diese Ausführungen mit jenem Wappenspruch, den Arlt von ihrem Großvater¹⁰, der seine einfache Herkunft nie verleugnet und bedürftigen Menschen seine fachärztliche Hilfe gratis angeboten habe, übernommen hatte. Mit ihm schloss sie ihre Autobiographie: „*Primum humanitas!*“ (Arlt ohne Jahr, S. 6).

Anmerkungen

1 „Die vereinigten Fachkurse für Volkspflege“ wurden 1912 gegründet. In einem Brief an Anna Rosenfeld, Direktorin der Fürsorgeschule der Stadt Wien schrieb Ilse Arlt am 28. Oktober 1957: „Ich erwähne noch, daß die ‚Vereinigten Fachkurse für Volkspflege‘ nicht, wie es in Wien üblich ist, sie zu bezeichnen, die erste österreichische Schule für Fürsorge war, sondern die überhaupt erste auf der Welt, die sich die Aufgabe stellte, ihre Schülerinnen für jede damals existierende Fürsorge- und Hilfsform so zu schulen, daß sie unbedingt hilfreich eingreifen und sich auch in neu entstehende Formen einarbeiten konnten. Alle anderen Unterrichtsformen waren damals nur ein Anlernen für einen Zweig im Betrieb“ (Arlt 1957 zit. in: Ertl 1995, S. 29). 2 Arlts Großvater mütterlicherseits (Dr. Benedikt Hönig Edler von Hönigsberg) gehörte der israelitischen Religion an, wurde aber am 17. Februar 1848 römisch katholisch getauft (vgl. Ertl 1995, S. 69).

3 Die Zukunft der Fürsorgearbeit (Sozialarbeit) beruhe nach Arlt auf der systematischen Ergründung der mannigfaltigen Ursachen und Wirkungen von Armut und sozialen Problemen in Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftszweigen und in der späteren Entwicklung einer ökologischen Hochschule mit praxisbezogener Forschung einschließlich der Umsetzung der dabei gewonnen Einsichten in die Ausbildung und die praxisbezogene Anwendung. Alle mit der Lebenspflege beschäftigten Berufe (Erziehende, Lehrende, Anstaltsleitungen, Ärzte, Fürsorgerinnen) würden darin vernetzt und entgegen jeder Spezialfürsorge um die Gesamtaufgabe der Beförderung der Ganzheit des individuellen und gesellschaftlichen Gedeihens bemüht sein (Arlt ohne Jahr, S. 4). Ein epochemachender Gedanke, wenn man bedenkt, dass in Österreich bis zum heutigen Tag auf spezifischer Spartenausbildung beharrt wird (siehe Sozialarbeit/Sozialpädagogik/Kindergartenpädagogik) und noch in den 1980er-Jahren in der Sozialarbeiterausbildung die praxisbezogene Forschung und die Studienbibliotheken in den Ausbildungsplänen nicht gesichert waren.

4 Der Fürsorgeschule der Stadt Wien vermachte Arlt noch zu Lebzeiten ihre verbliebenen Sammlungen und Schriften.

5 Ihre einschlägigen Vorstellungen über dieses Berufsbild stellte Arlt bereits 1910 auf dem internationalen Kongress für „Öffentliche Arbeits- und private Wohlfahrtspflege“ in Kopenhagen vor.

6 Bedürfnisse sind nach Arlt „seelische Vorgänge“, die der Bedürfnisbefriedigung vorausgehen. Sie sind durch innere Lebensvorgänge oder äußere Umstände entstanden, sie können bewusst (zum Beispiel als Unlust) oder nicht bewusst sein, sie können den Wunsch nach Beseitigung der Unlust auslösen, ihre Befriedigung kann bis zu einem bestimmten Maß aufgeschoben werden oder in Widerstreit mit anderen Bedürfnissen treten und unterdrückt werden, sie werden über erworbene Bilder der Bedürfnisbefriedigung gesteuert, sie unterliegen als „Begehren“ sittlich-ethischer Beurteilung und sie können kurze oder sich über Jahre erstreckende Handlungen der Bedürfnisbefriedigung auslösen (Arlt 1921, S. 37 f.).

7 Vgl. dazu Pantucek 2007.

8 Diese Feststellung ist insofern pikant, als der Prozess der Wahrnehmung und Definition sozialer Probleme als Prozess in der Sphäre der Politik notwendigerweise die Skandalisierung von „Notformen“ voraussetzt. Dementsprechend beziehen sich „fürsorgerische“ Programme auch immer auf eine Notform. Folgt man Arlt, und wir sind gerne bereit, ihr bei ihrer Argumentation zu folgen, so muss Soziale Arbeit ihr durch das Programm definierte Mandat notwendig überschreiten, indem sie sich nicht auf die Behandlung der „Notform“ beschränkt, zu deren Bearbeitung und Lösung das Programm entworfen und beschlossen worden ist.

9 Vgl. dazu Maiss, Maria, 2007.

10 Dr. Ferdinand Karl Ritter von Arlt war als Bergbauernkind in bitterer Armut aufgewachsen und später aufgrund seiner großen Verdienste als Ordinarius für Augenheilkunde vom Kaiser nobilitiert.

Literatur

Arlt, Ilse: Autobiographisches Manuskript. Aufbewahrt in der Materialsammlung des Österreichischen Biographischen Lexikons und biographische Dokumentation, Österreichische Akademie der Wissenschaften. Wien ohne Jahr

Arlt, Ilse: Die Grundlagen der Fürsorge. Wien 1921

Arlt, Ilse: Gestaltung der Hilfe. In: Maresch, Maria (Hrsg.): Lebenspflege in Vergangenheit und Gegenwart. Wien 1923

Arlt, Ilse: Sparsame Fürsorge. In: Soziale Arbeit, Wien/Leipzig 1931

Arlt, Ilse: 25 Jahre Volkspflege. Vortrag vom 25. September 1937 anlässlich des 25-jährigen Bestandes der Vereinigten Fachkurse für Volkspflege. Wien/Linz 1937

Arlt, Ilse: Brief an Frau Direktor Anna Rosenfeld vom 28. Januar 1957. In: Ertl, Ursula: Ilse Arlt. a.a.O. 1995, S. 29

Arlt Ilse: Wege zu einer Fürsorgewissenschaft. Wien 1958

Baecker, Dirk: Soziale Hilfe als Funktionssystem der Gesellschaft. In: Zeitschrift für Soziologie 2/1994, S. 93-110

Ertl, Ursula: Ilse Arlt. Studien zur Biographie der wenig bekannten Wissenschaftlerin und Begründerin der Fürsorgeausbildung in Österreich. Diplomarbeit. Würzburg-Schweinfurt-Aschaffenburg 1995

Frey, Cornelia: „Respekt vor der Kreativität der Menschen“. Ilse Arlt: Werk und Wirkung. Opladen 2005

Maiss, Maria: Sozialarbeit im Dienste der Beförderung des menschlichen Gedeihens und der Lebensfreude. Vortrag. St. Pölten 2007

National Association of Social Workers: Code of Ethics. Washington D.C. 1996

Nussbaum, Martha C.: Nature, Function and Capabilities: Aristotle on Political Distribution. In: Oxford Studies in Ancient Philosophy 1986, S. 145-184

Nussbaum, Martha C.; Sen, Amartya (Hrsg.): The quality of Life. Oxford 1993

Pantucek, Peter: Sozialraum und Professionalisierung der Sozialen Arbeit. In: Haller, Dieter und andere (Hrsg.): Jenseits von Tradition und Postmoderne. Sozialraumorientierung in der Schweiz, Österreich und Deutschland. Weinheim 2007, S. 38-49

Simon, Maria Dorothea: Von Akademie zu Akademie. Zur historischen Entwicklung der Sozialarbeiterausbildung am Beispiel der Schule der Stadt Wien. In: Wilfing, Heinz (Hrsg.): Konturen der Sozialarbeit. Wien 1995, S. 15-24

Staub-Bernasconi, Silvia: Lebensfreude dank einer wissenschaftlichen Bedürfniskunde?! Aktualität und Brisanz einer fast vergessenen Theoretikerin Sozialer Arbeit: Ilse Arlt (1876-1960). In: Manuskript, teilveröffentlicht in: Sozialarbeit 3/1996, S. 18-31

Folgende Monographien und Aufsätze von Ilse Arlt gehören zum Bestand der DZI-Bibliothek und können in Kopie zur Verfügung gestellt werden:

Arlt, Ilse: Die Grundlagen der Fürsorge. Wien 1921, *Signatur: DZI-31345a*

Arlt, Ilse: Die Gestaltung der Hilfe. In: Maresch, Maria (Hrsg.): Lebenspflege in Vergangenheit und Gegenwart. Wien 1923, S. 71-141, *Signatur: DZI-67666*

Arlt, Ilse: Armutsforschung. In: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 4/1925, S. 145-153, *Signatur: DZI-25418*

Arlt, Ilse: Das Beobachten sozialer Tatsachen. In: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 4/1926, S. 169-173, *Signatur: DZI-25420*

Arlt, Ilse: Schaffende Arbeit und Fürsorgeunterricht. In: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 11/1928, S. 545-551, *Signatur: DZI-25422*

Arlt, Ilse: Soziale Arbeit und Industrie. In: Vorberichte zum Internationalen Wohlfahrtspflegekongress. Nr. 25/1928, S. 1-16, *Signatur: DZI-40422a*

Arlt, Ilse: Vereinheitlichung der Fürsorgeausübung und -forschung. In: Vorberichte zum Internationalen Wohlfahrtspflegekongress. Paris 1928, *Signatur: DZI-40421a*

Arlt, Ilse: Fürsorgeausbildung in Österreich. In: Vorberichte zum Internationalen Wohlfahrtspflegekongress. Nr. 2/1928, S. 1-8, *Signatur: DZI-40422a*

Arlt, Ilse: Klima und Armut. In: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 11/1929, S. 567-570, *Signatur: DZI-25424*

Arlt, Ilse: Wege zu einer Fürsorgewissenschaft. Wien 1958, *Signatur: DZI-30443*

Versorgung von Pflegebedürftigen mit erhöhtem Betreuungsbedarf

Strukturfördernde Aspekte durch das Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz

Peter Sauer; Peter Wißmann

Zusammenfassung

Mit dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz, eingeführt im Jahr 2002, wollten die Gesetzesinitiatoren „strukturpolitisch sinnvolle Weichen“ durch ein „Bündel von Maßnahmen zur Stärkungen und Förderung der häuslichen Pflege von Pflegebedürftigen mit erheblichem Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung“ stellen. In der folgenden Abhandlung soll geprüft werden, ob dieses Ziel erreicht wurde und ob die Novellierung des Sozialgesetzbuches XI, durch den Bundestag am 14. März 2008 beschlossen und ab dem 1. Juli 2008 in Kraft tretend, einen weiteren Beitrag dazu leistet.

Abstract

The amended nursing care services law, introduced in Germany in 2002, was aimed at setting the course for pursuing a sensible structural policy through implementing a series of measures to promote home care services for people who require a higher level of supervision and nursing care. The purpose of the following paper is to examine whether this goal has been achieved and whether the amendment of the German Social Code Book XI – which was decided by the Bundestag, the lower house of the German parliament, on 14th March 2008 and will come into effect on 1st July 2008 – is a further contribution towards this objective.

Schlüsselwörter

Pflegebedürftigkeit – Versorgung – Qualität – Finanzierung – Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz (PflEG) – niedrigschwelliges Angebot

1. Hintergrund

Mit der Einführung des Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetzes, als § 45 a-c in das Sozialgesetzbuch X (SGB XI) eingebracht, hat der Gesetzgeber für Pflegebedürftige mit einem erhöhten Betreuungsbedarf eine zusätzliche Leistung von 460 Euro pro Jahr eingeführt. Damit wird auch eine Kritik an dem weitgehend verrichtungsbezogenen Begriff der Pflegebedürftigkeit nach § 14 dieses Gesetzes deutlich. Diese zusätzlichen Betreuungsleistungen (§ 45 b Absatz 1 SGB XI) sind zweckgebunden für qualitätsgesicherte Betreuungsleistungen einzusetzen. Im Rahmen der Novellierung des Pflegeversicherungsgesetzes wird

dieser zusätzliche Betreuungsbetrag auf 100 Euro monatlich (Grundbetrag) beziehungsweise 200 Euro (erhöhter Betrag) aufgestockt.

Diese Betreuungsleistungen können sowohl von den bestehenden Einrichtungen wie Tages- oder Nachtpflege, der Kurzzeitpflege und den zugelassenen Pflegediensten erbracht werden als auch von nach Bundeslandrecht anerkannten sogenannten niedrigschwelligen Betreuungsangeboten. Damit hat der Gesetzgeber eine neue Versorgungsstruktur etabliert, die sich zwischen Pflegeleistungen, die überwiegend von der Familie erbracht werden, und professionellen Angeboten schiebt. Niedrigschwellige Betreuungsangebote sind solche „in denen Helfer und Helferinnen unter pflegfachlicher Anleitung die Betreuung von Pflegebedürftigen mit erheblichem Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung in Gruppen oder im häuslichen Bereich übernehmen sowie pflegenden Angehörige entlasten und beratend unterstützen“ (§ 45 c Absatz 3 Satz 1 SGB XI). Es kommen Betreuungsgruppen für Demenzerkrankte, Helferinnenkreise zur stundenweisen Entlastung pflegender Angehöriger im häuslichen Bereich, Tagesbetreuung in Kleingruppen oder Einzelbetreuung durch anerkannte Helfende, Agenturen zur Vermittlung von Betreuungsleistungen sowie Familienentlastende Dienste in Betracht.

Die Qualitätssicherung dieser neuen Versorgungsstruktur soll über die Notwendigkeit der Anerkennung solcher Angebote nach Landesrecht, eine angemessene Schulung und Fortbildung der Helfenden, eine kontinuierliche fachliche Begleitung und Unterstützung durch Fachkräfte und eine versicherungsrechtliche Absicherung erreicht werden. Die Bundesländer haben entsprechende Verordnungen zu Voraussetzungen, Zielen, Inhalten, Dauer und Durchführung von niedrigschwelligen Angeboten erlassen, allerdings nur fünf von ihnen bereits im Jahr des Inkrafttretens des Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetzes (PflEG) im Jahre 2002. Die Verordnungen präzisieren und erweitern die Rahmenbedingungen, die im Gesetz genannt werden.

Die Berliner Verordnung zum Beispiel stellt über die im Gesetz genannten Bedingungen noch auf die Regelmäßigkeit des Angebots und auf Verlässlichkeit ab, präzisiert auch, was unter geeigneten Fachkräften zu verstehen ist (Fachkräfte der Kranken-, Alten- und Heilerziehungspflege, Sozialpädagogen und Sozialarbeiterinnen) und fordert in § 3 Pflege-Betreuungs-Verordnung (PBetreu VO) bei Gruppenangeboten geeignete Räumlichkeiten. Schleswig-Holstein verankert einen jährlichen Tätigkeitsbericht in seiner

Verordnung und Nordrhein-Westfalen präzisiert, was unter den verschiedensten Angeboten zu verstehen ist.

Um zu einer Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen, aber auch von Versorgungskonzepten beizutragen, förderten die Pflegekassen bisher im Umfang von jährlich zehn Millionen Euro den Auf- und Ausbau solcher niedrigschwelligen Betreuungsangebote. Dieser Zuschuss wurde im gleichen Umfang durch eine Förderung der Länder oder der jeweiligen kommunalen Gebietskörperschaft (§ 45 c Absatz 2 Satz 1 SGB XI) ergänzt, so dass insgesamt ein Fördervolumen von 20 Millionen Euro pro Jahr erreicht wurde. Die Novellierung des SGB XI stockt diese Mittel insgesamt auf 50 Millionen Euro im Jahr auf. Neben den niedrigschwelligen Angeboten können aus diesen Mitteln auch Modellförderungen (§ 45 c Absatz 4 SGB XI) finanziert werden, die insbesondere die Möglichkeiten einer wirksamen Vernetzung der für demenzkranke Pflegebedürftige erforderlichen Hilfen in den einzelnen Regionen erproben sollen, sowie Leistungen zur Förderung ehrenamtlicher Strukturen (§ 45 d SGB XI).

2. Niedrigschwellige Angebote

2.1 Angebotsstrukturen

Obwohl seit der Einführung des Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetzes und entsprechender Verordnungen der einzelnen Bundesländer jetzt mehr als fünf Jahre vergangen sind, lassen sich über den Umfang und die Qualität der strukturfördernden Effekte bisher keine generalisierenden Aussagen machen. In Berlin zum Beispiel wurden Ende 2007 von der zuständigen Senatsverwaltung insgesamt 92 Angebote ausgewiesen (*Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales* 2007). Diese reichen von im Abstand von mehreren Wochen stattfindenden Tanznachmittagen für Menschen mit Demenz über Einzelbetreuungen im häuslichen Bereich, die kontinuierlich angeboten werden, und halb- oder ganztägigen Angeboten in Einrichtungen der Behindertenhilfe bis hin zu ein- und mehrtägigen Reisen. Träger sind ambulante diakonische Pflegeeinrichtungen, die Alzheimer Gesellschaft Berlin, die Alzheimer Angehörigen Initiative, der Allgemeine Blinden- und Sehbehindertenverein, das Nachbarschaftsheim Schöneberg, der Humanistische Verband Deutschlands, die Lebenshilfe und andere mehr. Viele Träger halten nur ein Angebot vor, einige Träger aber auch mehrere (*Sauer; Wißmann* 2006, S. 15).

In Berlin sind neben den institutionellen Anbietern auch Einzelpersonen zugelassen (Ende 2007 insgesamt zwölf), sofern diese neben dem Abschluss einer

Ausbildung den Nachweis erbringen, dass sie eine regelmäßige, verlässliche und qualitätsgesicherte Betreuung und Beaufsichtigung gewährleisten können (§ 3 Absatz 5 PBetreu VO Berlin). Dies sind überwiegend Fachkräfte mit einem musiktherapeutischen Hintergrund, die ein entsprechendes Angebot der Betreuung unterbreiten. Es sind aber auch Fachkräfte, die Einzelbetreuungen im häuslichen Bereich oder Tagesfahrten und mehrtägige Reisen anbieten. Im Flächenland Niedersachsen sind etwa 200 Träger von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten anerkannt, von denen 147 Einzelbetreuungen in Form eines Helferkreises, 127 Gruppenbetreuungen, 46 Tagesbetreuungen und fünf Familien entlastende Dienste in Form von Einzel- oder Gruppenbetreuungen anbieten (*Schmidt; Wolff* 2007, S. 127).

Nordrhein-Westfalen hat mit seinen inzwischen elf Demenz-Servicezentren einen umfassenden Ansatz gewählt, der auf die Beratung von Demenzkranken und ihrer Angehörigen sowie auf die Ergänzung, Weiterentwicklung und Unterstützung bestehender Hilfeangebote setzt. Darüber hinaus haben diese Zentren die Aufgabe, Maßnahmen zur Verbesserung der Informationen über diese Krankheit und mögliche Hilfen durchzuführen, um zu einer verbesserten Kooperation und einer Enttabuisierung von Demenz beizutragen. Insgesamt wurden zu Beginn des Jahres 2008 mehr als 730 niedrigschwellige Angebote von zirka 320 Trägern gemacht, die ein breites Spektrum von Einrichtungen abbilden. In Brandenburg wurden Anfang 2007 insgesamt 108 Träger anerkannt (www.lasv.brandenburg.de), die zum Teil mehrere Angebote (Betreuungsgruppen, Betreuung in der Häuslichkeit, Helferkreis) vorhalten. Schleswig-Holstein (www.landesagentur-sh.de) weist für 2007 32 Angebote für geistig oder psychisch erkrankte Personen und 79 Angebote für Menschen mit demenzbedingten Erkrankungen aus.

Die Schwierigkeiten, generalisierende Aussagen zu machen, liegen zum einen in der quantitativen Erfassung der niedrigschwelligen Angebote. In verschiedenen Quellen werden unterschiedliche Zahlen genannt. Der einzige Überblick über die Zahl der Angebote, die Anbieter, die Art der Angebote und die finanzielle Förderung findet sich im vierten Bericht zur Pflegeversicherung. Über die Qualität der dort wiedergegebenen Daten kann keine Aussage gemacht werden. Einige länderspezifische Übersichten sind im Internet veröffentlicht. Sie sind nicht immer leicht zu finden und auch nicht immer benutzerfreundlich. Die Schwierigkeiten ergeben sich zum anderen aus der durchaus gewünschten Vielfalt der Angebote, die von ihrer jeweiligen Zielgruppenaus-

richtung (demenzbedingte Fähigkeitsstörungen, geistige Behinderungen, psychische Erkrankungen), der Form der Betreuung (Einzel-, Gruppenbetreuung) und den Programminhalten sehr unterschiedlich sind, einen regelmäßigen oder eher sporadischen Charakter haben, sich auf einige wenige Stunden oder auf eine ganz-, manchmal aber auch mehrtägige Betreuung beziehen können.

Auch die Trägerstruktur, die von ambulanten Pflegediensten in unterschiedlicher Trägerschaft über Vereine von Betroffenen und Nachbarschaftseinrichtungen bis hin zu Kirchengemeinden und ökumenischen Zusammenschlüssen reichen, erleichtert die Systematisierung keineswegs. So kann bisher nicht erfasst werden, welche Kapazitäten (Anzahl der Helfenden und der Fachkräfte) die einzelnen Angebote haben und ob diese aufrechterhalten werden. Dazu kommt noch, dass die bisherigen Begrifflichkeiten nicht eindeutig sind. Bisher gibt es nur einige auf städtische Gebiete, zum Beispiel auf die Stadt Halle (Beyrodt; Roling 2006), oder einzelne Länder, zum Beispiel auf Thüringen (Daßler u. a. 2006), und auf Berlin (Sauer; Wißmann 2006) bezogene Evaluierungsstudien, die über Aussagen zur Struktur hinaus auch solche zum Umfang der Leistungserbringung, zur Inanspruchnahme, zu Anbietern, zur Anbieterstruktur oder zu Entgelten machen.

2.2 Aufbau von niedrigschwelligen Angeboten

Der Aufbau niedrigschwelliger Betreuungsangebote hängt von einer Reihe von Faktoren ab, zu denen die finanziellen Fördermöglichkeiten der Pflegekassen und der Länder, der bürokratische Aufwand zur Anerkennung der niedrigschwelligen Angebote, die Beratung der Träger in inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Fragen, Erfahrungen im Umgang mit den entsprechenden Zielgruppen und der Zugang zu Helferinnen und Helfern (Schmidt; Wolff 2007, S. 127 ff., Sauer; Wißmann 2006, S. 53), aber auch strukturelle Voraussetzung wie die Infrastruktur in der Region oder die Existenz von Hol- und Bringendiensten gehören. Grundlegende Voraussetzung ist aber, dass sich ein Verband oder Einzelpersonen dieser Aufgabe annehmen. Hier ist zum Beispiel in Berlin zu beobachten, dass sich einzelne Wohlfahrtsverbände sehr stark in diesem niedrigschwelligen Bereich engagieren und zum Teil eigene programmatische Schwerpunkte gebildet haben, während andere dort kaum oder gar nicht tätig sind.

Zwischenzeitlich gibt es zum Aufbau niedrigschwelliger Betreuungsangebote eine ganze Reihe von Arbeitshilfen, die sich sowohl auf einzelne Angebote

wie zum Beispiel auf die häusliche Betreuung (Schulz u. a. 2004, *Alzheimer Gesellschaft Baden-Württemberg* 2007), auf Betreuungsgruppen (Hipp 2006), auf Angehörigengruppen (Bayer-Feldmann 2006, *Angehörigenberatung e. V.* 2006) als auch auf den Gesamtansatz der Niedrigschwelligkeit (Schmidt; Wolff 2006) beziehen.

2.3 Nachfrage nach diesen Betreuungsleistungen

Auch wenn dieser Leistungsbereich erhebliche jährliche Zuwachsraten aufweist, wird diese zusätzliche Betreuungsmöglichkeit insgesamt noch eher zögerlich in Anspruch genommen. So wurden im Jahr 2006 insgesamt 27,3 Millionen Euro von den Pflegekassen für diese Betreuungsleistungen ausgegeben (*Bundesministerium für Gesundheit* 2007), 23,1 Millionen Euro im Jahr zuvor. Für 2006 sind dies Ausgaben für etwa 59 000 Pflegebedürftige, wenn man davon ausgeht, dass alle Nachfragenden das volle Budget von 460 Euro ausgeschöpft haben. Nachfrage und Angebot stehen in Wechselwirkung zueinander: Ein eher spärliches Angebot wird eine vorhandene Nachfrage nicht bedienen können, ist die Nachfrage nicht vorhanden, werden auch nur wenige Träger bereit sein, ein solches Angebot vorzuhalten.

Die Nachfrage wird erheblich vom Informationsstand der Betroffenen beeinflusst, wobei wiederum die Anbieter wichtige Informationsträger sein können. Bei der Berliner Evaluierungsstudie hat sich zum Beispiel gezeigt, dass die Informationsversorgung der Pflegebedürftigen, die im Rahmen des § 45 a SGB XI von ambulanten Pflegestationen versorgt werden, weitgehend über diese Anbieter erfolgt. Ähnliches gilt auch bei den Einrichtungen der Tages- und Kurzzeitpflege (Sauer; Wißmann 2006, S. 20). Vorgelagerte Dienstleistungserbringer spielen bei der Informationsversorgung nur eine sehr untergeordnete Rolle. Dies weist auch darauf hin, dass diese Leistungen des SGB XI bei vielen Gesundheits- und Pflegedienstleistenden kaum bekannt sind. Bei der Nachfrage ist entscheidend, wie offensiv (pflegende) Familienangehörige mit ihrer Situation umgehen. Viele Erfahrungen zeigen, dass Angehörige häufig erst dann externe Hilfen annehmen, wenn ihre Belastungsgrenze erreicht oder schon überschritten ist. Gerade bei den niedrigschwelligen Angeboten wird angenommen, dass hier die Hemmschwelle der Inanspruchnahme von Hilfe niedriger ist.

Der Aufwand für alle Beteiligten im Hinblick auf die Nutzung dieses zusätzlichen Budgets ist sehr hoch, da hier keine Sachleistungen erbracht werden, sondern Betreuungen individuell in Rechnung gestellt

werden, dieser Betrag bei der Pflegekasse beantragt werden muss, die Pflegebedürftigen eventuell in Vorlage treten und so weiter. Deshalb stellen auch die Information und Beratung der Betroffenen eine wichtige Aufgabe der Träger solcher Angebote dar.

2.4 Helferinnen und Helfer

Die Betreuungsleistungen im Rahmen der niedrigschwelligen Angebote werden in der Regel von geschulten und fachlich begleiteten Helferinnen und Helfern erbracht. In einigen Ländern wird ein bestimmter zeitlicher Umfang der Schulung empfohlen (30 Stunden in Nordrhein-Westfalen, 20 Stunden in Niedersachsen), auch Inhalte werden genannt. Das Problem kleinerer Träger besteht darin, für solche Schulungen eine Mindestanzahl von potenziellen Helferinnen und Helfern zusammenzubringen. Deshalb werden die Kurse in einigen Ländern durch Kompetenz- oder Beratungszentren zentral angeboten. Kleinere Träger ersetzen häufiger die Basisschulung durch eine intensivere Begleitung. Hier stehen Instrumente wie Einzelgespräche, Team- und Fallbesprechungen, Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen, Supervision, Reflexionsgruppen und Ähnliches zur Verfügung. Zu den Inhalten der Schulungen gibt es diverse Empfehlungen (Schmidt; Wolff 2006, S. 41, Schulz u. a. 2004, S. 21). Zentrale Themen sind gerontopsychiatrische Krankheitsbilder, mögliche Therapien, der Umgang mit dem veränderten Verhalten des Pflegebedürftigen, die Situation der pflegenden Angehörigen, das Erlernen kompetenzfördernder Angebote, Verhalten in Notsituationen sowie das Vermitteln einer Übersicht über Hilfeangebote und gesetzliche Grundlagen.

Der Zugang zu Helferinnen und Helfern stellt eine große Herausforderung für die Träger dieser Angebote dar. Während bürgerschaftliches Engagement grundsätzlich attraktiver wird, scheint dies für den Bereich der Pflege nicht zuzutreffen. Es ist sicher mit einer Reihe von Rahmenbedingungen wie Siedlungsstruktur, sozio-ökonomischer Situation, Altersstruktur, soziale Bindungen/Wertorientierungen und mit Trägerkonstellationen verknüpft (Strasser; Stricker 2007, S. 7 ff.). Zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in diesem Bereich sieht die Novellierung des SGB XI auch die Möglichkeit der finanziellen Förderung von Gruppen von ehrenamtlich Tätigen sowie sonstigen zum bürgerschaftlichen Engagement bereiten Personen und von Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen vor, die sich die Unterstützung von Menschen mit erheblichem allgemeinen Betreuungsbedarf sowie deren Angehörigen zum Ziel gesetzt haben (§ 45 d SGB XI). Die Träger solcher niedrigschwelligen Angebote

berichten über unterschiedliche Erfahrungen. Gute (und kostenlose) Schulung und Fortbildung, regelmäßige Begleitung, Mischung der Teams (Alter und Geschlecht), angenehme Rahmenbedingungen, motivationales Klima beim Träger, Höhe der Aufwandsentschädigung und Ähnliches erleichtern die Gewinnung und den Einsatz von Helferinnen und Helfern. Das Krankheitsbild und dessen Tabuisierung in der Öffentlichkeit sowie die sich aufdrängende Auseinandersetzung mit der eigenen Zukunft im Alter erschweren sie. Bedeutend für den Träger dieser Angebote ist auch die grundsätzliche Wertschätzung von bürgerschaftlichem Engagement. Die Motive von Helferinnen und Helfern können sehr unterschiedlich sein. Sie reichen von dem Wunsch, sich sozial zu engagieren, der wiederum in eine christliche oder andere weltanschauliche Orientierung eingebettet sein kann, über den Erwerb von Wissen und Erfahrung, die Vorbereitung auf eigene berufliche Tätigkeiten, die Weitergabe von Erkenntnissen bis eben hin zur Bearbeitung eigener Probleme und Erfahrungen.

Entsprechend der Ausrichtung des Trägers, den spezifischen regionalen Gegebenheiten, den dominanten Motivationen der Helferinnen und Helfer unter anderem haben sich unterschiedliche Honorierungs- und Anerkennungsverfahren etabliert. Einige Träger gewähren eine pauschale Aufwandsentschädigung (zum Beispiel von 15 Euro pro Monat), andere binden diese an die geleisteten Betreuungsstunden (zum Beispiel zwei bis fünf Euro pro Stunde). Steuerliche Obergrenze einer Aufwandsentschädigung ist die sogenannte Übungsleiterpauschale in Höhe von 2 100 Euro pro Jahr.

2.5 Entgelte

Die Träger stellen den Pflegekanden die Betreuungsleistungen in Rechnung. Die Entgelte schwanken zwischen zwei und 20 Euro pro Stunde (siehe dazu den interessanten Überblick über die Entgeltsätze in Niedersachsen in *Landesvereinigung für Gesundheit in Niedersachsen e.V.* 2006, S. 15 ff.), wobei die Schwankungsbreite abhängig von der Art der Hilfe (Einzel-/Gruppenbetreuung) und dem Träger ist (Schmidt; Wolff 2007, S. 133). Die geforderten Entgelte für die niedrigschwelligen Betreuungsleistungen beschreiben dann auch den Umfang der Leistungen und damit ihre Kontinuität, sofern sie ausschließlich aus diesem zusätzlichen Budget finanziert werden und nicht ergänzende Quellen wie eigenes Einkommen oder gegebenenfalls die Verhinderungspflege nach § 39 SGB XI mit hinzukommen. Das Budget von 460 Euro pro Jahr ermöglicht bei einem Entgelt von zum Beispiel fünf Euro pro Stunde für die häusliche Betreuung bei einem einmaligen Einsatz von

zwei Stunden wöchentlich die Versorgung für 46 Wochen. Höhere Entgelte natürlich entsprechend weniger Einsätze, geringere Entgelte dem zu Folge mehr (Sauer 2007, S. 201).

In der Regel sind die Entgelte der Anbieter niedrigschwelliger Betreuung deutlich geringer als die entsprechenden Entgelte von ambulanten Pflegestationen; es gibt aber durchaus auch solche, die auf dem Niveau professioneller Dienstleister liegen. Aus der Sicht der Träger stellt sich die Frage, ob diese Entgelte kostendeckend sind (unter Berücksichtigung der Kosten einer Fachkraft, der Aufwandsentschädigung für die Helferinnen und Helfer, der Kosten für Fortbildung, der anderen Sachkosten) oder ob hier – um eine gewisse Nachfrage zu ermöglichen – eine öffentliche Förderung unabdingbar ist.

Die Ausweitung dieser zusätzlichen Leistungen auf 100 beziehungsweise 200 Euro pro Monat ermöglicht eine wesentlich umfangreichere Versorgung von Menschen mit erhöhtem Betreuungsbedarf, so dass eine Kontinuität in der Versorgung erreicht wird und damit eine verbesserte Entlastung. Das deutlich höhere Budget, damit einhergehend eventuell auch die Möglichkeit einer besseren „Honorierung“ der Helferinnen und Helfer, bietet für Träger die Chance, neue Angebote zu schaffen und bestehende Angebote im niedrigschwelligen Bereich auszubauen, so dass die Versorgungsstruktur wesentlich verbessert und mehr Entlastungsmöglichkeiten für Familien mit Pflegebedürftigen mit erhöhtem Betreuungsbedarf geschaffen werden können. Aus der Sicht der Anbieter niedrigschwelliger Leistungen muss jedoch gesehen werden, dass diese Leistungen mit dem erweiterten Budget auch für professionelle Anbieter interessanter werden. Dies muss keinesfalls nur als Gefahr gesehen werden, da sich daraus interessante Kooperationsmöglichkeiten zwischen professionellen Anbietern und niedrigschwelligen Projekten ergeben können.

2.6 Finanzielle Förderung

Die finanzielle Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote nach § 45 c Absatz 1 SGB XI wird von den Pflegekassen für 2006 insgesamt mit 10,6 Millionen Euro angegeben, wobei 5,2 Millionen auf die Förderung niedrigschwelliger Angebote direkt und 1,7 Millionen auf die Förderung von Modellvorhaben (siehe unten) entfallen. Die Bundesländer haben diese Mittel, die nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel verteilt werden, sehr unterschiedlich ausgeschöpft. Ein Land nutzt nur etwa vier Prozent des ihm zustehenden Betrages, viele Länder zwischen 30 und 40 Prozent, und nur wenige haben diese Mittel zu 80 bis 100 Prozent genutzt. Im Durchschnitt

ergab sich bei allen Bundesländern eine Inanspruchnahme von knapp 67 Prozent (*Deutscher Bundestag* 2008, S. 149 ff.). Zu dieser Förderung der Pflegekassen kommt noch einmal die entsprechende Landesförderung oder die Förderung der Kommunen. Diese haben dazu diesbezügliche Verordnungen erlassen, die zum Teil mit denen zur Anerkennung der niedrigschwelligen Angebote gekoppelt wurden. Es sind zwei divergierende Förderungswege zu beobachten. Einzelne Länder, zum Beispiel Niedersachsen (*Schmidt; Wolff* 2007, S. 125), knüpfen die finanzielle Förderung an eine bestimmte Leistungsstruktur (zum Beispiel Anzahl der zur Verfügung stehenden Helferinnen und Helfer) oder einen bestimmten Leistungsumfang (zum Beispiel Anzahl der jeweiligen Einsätze), andere Länder nicht.

3. Modellprojekte

Deutliche Unterschiede sind auch im Hinblick auf die Modellförderung nach § 45 c Absatz 4 SGB XI zu beobachten. Einzelne Bundesländer haben bisher noch gar keine Modellprojekte gefördert, andere tun dies sehr umfänglich, wie Bayern und Nordrhein-Westfalen. Themen sind zum Beispiel die Erprobung der Funktion von Seniorenbegleiterinnen und -begleitern, von Assistenten und Assistentinnen im Betreuungs- und Haushaltsbereich, Nachbarschaftshilfe, die Gewinnung und Schulung von Ehrenamtlichen, die Etablierung von Netzwerken, die Versorgung im ländlichen Raum oder ambulant betreute Wohngemeinschaften. Schon der Begriff Modellförderung scheint von den Bundesländern nicht einheitlich gebraucht zu werden, da es durchaus Modellprojekte gibt, deren Thematik mit denen von niedrigschwelligen Angeboten identisch ist. Einzelne Bundesländer haben zur Unterstützung des Aufbaus solcher niedrigschwelliger Betreuungsangebote Kompetenz- oder Beratungszentren (Baden-Württemberg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und andere) aufgebaut, die häufig bei Betroffenenverbänden (zum Beispiel bei den Alzheimer Gesellschaften) angesiedelt sind und die aus der Modellförderung nach § 45 c Absatz 4 SGB XI finanziert werden. Einzelergebnisse über die Modellförderung liegen aus Bayern (*Tschainer* 2007) und Baden-Württemberg (*Kern* 2007) vor. Insgesamt ist die Kommunikation der Ergebnisse von Modellversuchen eher beschränkt, obwohl alle eine wissenschaftliche Begleitung haben sollen.

4. Strukturbeeinflussung im professionellen Bereich

Auch wenn sich nur ein Teil der ambulanten Pflegeeinrichtungen und der Einrichtungen der Tages- und Kurzzeitpflege an diesen Maßnahmen nach § 45 a SGB XI beteiligen, in Berlin zirka 52 beziehungsweise

57 Prozent der Einrichtungen, können diese einen erheblichen Einfluss auf die Versorgung mit diesen zusätzlichen Leistungen haben. In Berlin wird ihr Anteil an der Versorgung auf etwa zwei Drittel geschätzt (Sauer; Wißmann 2006, S. 45). Es zeigt sich jedoch, dass diese Leistungen bei den meisten professionellen Anbietern bisher eher Nischenprodukte sind. Sie werden überwiegend nur für wenige Pflegebedürftige erbracht. Dazu wird vorhandenes Personal genutzt. Für den Bereich der Tages- und Kurzzeitpflege werden meistens keine spezifischen Angebote vorgehalten. Deshalb wird man in der Regel bei den professionellen Anbietern eher von einer Kapazitätsauslastung denn von einer Kapazitätsausweitung sprechen können.

Eine kleine Gruppe von ambulanten Pflegeeinrichtungen, die sich auf die Betreuung von Wohngemeinschaften konzentrieren, hat ein deutliches Engagement im niedrigschwelligen Bereich entfaltet. Hintergrund ist sicher, dass in diesen ambulant betreuten Wohngemeinschaften das Zusammenführen von Ansprüchen möglich wird und damit ein interessantes Budget zur Verfügung steht, das auch eine kontinuierliche Betreuung ermöglicht. Durch die Novellierung des SGB XI wurde diese Möglichkeit der Zusammenfassung von Ansprüchen in das Gesetz aufgenommen (§ 36 Absatz 1).

Auch wenn nicht von einer Kapazitätsausweitung gesprochen werden kann, so hat das Engagement in diesem Bereich für die Beteiligten doch einen Umgang mit einem relativ offenen Budget erbracht, das konzipiert, beworben, organisatorisch umgesetzt, abgerechnet werden muss und zu dem die Kunden umfassend beraten werden müssen. Hier ist also eher von einer qualitativen Beeinflussung zu sprechen. Durch die Kooperationsbeziehungen zwischen ambulanten Pflegestationen und Anbietern von niedrigschwelligen Angeboten hat sich ein Struktureffekt ergeben, der von beiderseitigem Nutzen sein kann. Darüber hinaus kann in einigen Ländern bei einzelnen Verbänden beobachtet werden, dass sie strategische Allianzen aufbauen, indem sie die Pflegestationen zum Träger solcher niedrigschwelligen Angebote machen. Wenn aufgrund dieser Angebote von pflegenden Familienangehörigen ein erster Schritt zur Zulassung einer externen Hilfe gemacht wurde, dann können diese Betreuungsleistungen zu einem Gewinn von Pflegekunden beitragen. Im Hinblick auf ein abgestuftes Hilfesystem können niedrigschwellige Leistungen als Angebotsbausteine verstanden werden, die für Kundinnen und Kunden erkennbar zu einer umfassenden Qualität des Gesamtangebots beitragen.

5. Fazit

Auch wenn ein umfassender Nachweis (zum Beispiel durch eine Querschnittevaluation) über die quantitativen und qualitativen Struktureffekte auf Bundesebene bisher nicht vorliegt, hat das Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz mit dem zusätzlichen Budget sicher einen ersten Schritt getan, dem erhöhten Betreuungsbedarf bei Menschen mit gerontopsychiatrischen Veränderungen Rechnung zu tragen. Das beschränkte Budget hat bisher weder einen besonderen Impuls auf die Nachfrage noch auf das Angebot solcher Leistungen ausgeübt, die sich wiederum wechselseitig bedingen, und obwohl die Inanspruchnahme insgesamt noch sehr bescheiden ist, so lässt sich doch eine Reihe strukturbeeinflussender Effekte nachweisen:

- ▲ Die administrativen Voraussetzungen sind geklärt, entsprechende Verordnungen erlassen und das Verwaltungshandeln zur Anerkennung und Förderung niedrigschwelliger Angebote ist eingeübt.
- ▲ In einzelnen Bundesländern sind die niedrigschwelligen Angebote in umfangreichere Programme integriert worden.
- ▲ Wohlfahrtsverbände und sonstige potenzielle Träger sowie Einzelpersonen, aber auch professionelle Dienstleister haben sich mit zusätzlichen Betreuungsmöglichkeiten für Menschen mit Demenz, die ehrenamtlich erbracht werden, aber qualitätsgesichert sind, auseinandergesetzt.
- ▲ Angebotsstrukturen wurden geschaffen und Verfahren (Zugang und Beratung von Pflegekunden und -kundinnen, Gewinnung, Schulung und Begleitung von freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Abrechnungen mit den Pflegekassen) erprobt.
- ▲ Unterstützungsstrukturen in Form von Kompetenz- und Beratungszentren sind etabliert.
- ▲ Erste Erfahrungen liegen in Form von Berichten, Evaluierungen und Publikationen vor. Handreichungen für unterschiedliche Bereiche sind vorhanden.

Unter diesen Gesichtspunkten kann der Zeitraum seit der Einführung des Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetzes als „Erprobungs- oder Vorphase“ bezeichnet werden, auf deren Erfahrungen und Strukturen aufgebaut werden kann. Die Möglichkeiten, die sich mit der Erhöhung des Betreuungsbetrags auf 100 beziehungsweise 200 Euro, der Öffnung dieser Leistungen auch für Personen der sogenannten Pflegestufe 0, des Zusammenfassens von Ansprüchen, der Erhöhung der finanziellen Förderung auf insgesamt 50 Millionen Euro und der neu eingeführten zusätzlichen Betreuung von pflegebedürftigen Heimbewohnern und -bewohnerinnen mit erheblichem Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung nach § 87 b SGB XI eröffnen, könnten in der Zukunft zu

einer wesentlich besseren Versorgung von Menschen mit gerontopsychiatrischen Veränderungen beitragen. Wobei es ganz entscheidend darauf ankommen wird, ob die verschiedenen Anbieter in diesem Bereich eine Chance für sich erkennen und neue Ideen entwickeln (Wißmann 2007, S. 87 ff., Ganß 2007, S. 111 ff.) beziehungsweise ob die Nachfrage diese zusätzlichen Betreuungsmöglichkeiten als Hilfe anerkennt.

Literatur

Alzheimer Gesellschaft Baden-Württemberg: Häusliche Betreuungsdienste für Menschen mit Demenz. Stuttgart 2007. http://www.alzheimer-bw.de/cms/_data/BASISKONZEPTION_HDB-mit_Logo-070328-hi.pdf

Angehörigenberatung e. V.: Handbuch HelferInnenkreise – Freiwillige in der sozialen Betreuung demenzkranker Menschen – Konzeption, Schulungsleitfaden, Arbeitsmaterialien und CD. Nürnberg 2006

Bayer-Feldmann: Gruppen für Angehörige von Demenzkranken. Praxisreihe der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e. V., Band 7. Berlin 2006

Beyrodt, Melanie; Roling, Gudrun: Niedrigschwellige Betreuungsangebote für Menschen mit Demenz in Halle/Saale. Halle 2006

Bundesministerium für Gesundheit: Jährliche Rechnungsergebnisse der Pflegeversicherung (PJ1-A1). Berlin 2007

Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwicklungsgesetz). Berlin 2007

Daßler, Michael u.a.: Niedrigschwellige Betreuungsangebote in Thüringen: Angebotsstruktur und Implementationserfahrungen. Studie im Auftrag der Alzheimer Gesellschaft Thüringen e. V. Erfurt 2006

Deutscher Bundestag: Gesetzesentwurf der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung der Leistungen bei häuslicher Pflege von Pflegebedürftigen mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf (Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz – PflEG), Bundestagsdrucksache 14/6949 vom 24.9.2001

Deutscher Bundestag: Vierter Bericht über die Entwicklung der Pflegeversicherung. Berlin 2008

Ganß, Michael: Wieder ins Gespräch kommen – aufsuchende künstlerische Arbeit in Familien mit Demenz. In: Sauer, Peter; Wißmann, Peter: a.a.O., 2007, S. 111-118

Hipp, Sabine: Betreuungsgruppen für Alzheimer-Kranke. Praxisreihe der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e. V., Band 1. Berlin 2006

Kern, Sylvia: Bestehendes verbessern, Neues entwickeln. Beratungs- und Vermittlungsagentur Baden-Württemberg. In: Sauer, Peter; Wißmann, Peter a.a.O. Frankfurt 2007, S. 141-150

Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e. V.: Niedrigschwellige Betreuungsangebote nach dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz in Niedersachsen. Hannover 2006

Sauer, Peter: Fünf Jahre niedrigschwellige Angebote – eine sozialpolitische Bewertung. In: Sauer, Peter; Wißmann, Peter: a.a.O., 2007, S. 187-206

Sauer, Peter; Wißmann, Peter: Evaluation der Leistungen zum Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz, Abschlussbericht. Berlin 2006

Sauer, Peter; Wißmann, Peter: Niedrigschwellige Hilfen für Familien mit Demenz. Frankfurt 2007

Schmidt, Tania-Aletta; Wolff, Birgit: Handbuch Niedrigschwellige Betreuungsangebote. Hannover 2006

Schmidt, Tania-Aletta; Wolff, Birgit: Niedrigschwellige Dienstleistungen – Erfahrungen aus Niedersachsen. In: Sauer, Peter; Wißmann, Peter: a.a.O. 2007 S. 119-140

Schulz, Christel u.a.: Helferinnen in der häuslichen Betreuung von Demenzkranken. Praxisreihe der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e.V. Band 4. Berlin 2004

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales: Liste der anerkannten Betreuungsangebote. Berlin 2007. Aktuell unter: www.berlin.de/imperia/md/content/pflege/angebote/betreuungsangebote_barrierefrei.pdf

Strasser, Hermann; Stricker, Michael: Bürgerschaftliches Engagement und Altersdemenz: Auf dem Weg zu einer neuen „Pflegekultur“? In: Duisburger Beiträge zur Soziologischen Forschung 2/2007

Tschainer, Sabine: Strukturförderung durch Modellprojekte – Erfahrungen aus Bayern. In: Sauer, Peter; Wißmann, Peter: a.a.O. 2007, S. 173-186

Wißmann, Peter: Chancen nutzen – ambulante Wohngemeinschaften und niedrigschwellige Angebote. In: Sauer, Peter; Wißmann, Peter: Niedrigschwellige Hilfen für Familien mit Demenz, a.a.O. 2007, S. 87-94

Ambulant betreute Wohn- gemeinschaften für Menschen mit Demenz

Erste Ergebnisse einer Studie zu Fragen der Lebensqualität

Gabriele Kleiner

Zusammenfassung

Ambulant betreute Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz stellen eine neue Wohnform innerhalb der Altenhilfestrukturen dar. Sie formulieren als Zielvorstellung Normalität, Alltagsorientierung und Entlastung, aber auch Engagement von Angehörigen, Integration in die Gesellschaft und Teilhabe. Untersuchungsgegenstand der dreijährigen vergleichenden Studie sind die beiden in der Stadt Darmstadt bestehenden Wohngemeinschaften. Im Fokus der Studie steht die Frage nach der Lebensqualität der betroffenen Menschen mit Demenz, dem Engagement der Angehörigen und Ehrenamtlichen sowie die Einbindung in das Wohnquartier.

Abstract

Ambulatorily supervised group homes for people with dementia are a new way of living within the overall existing structures of care for the elderly. The goals are to provide normality, everyday orientation and relief, to encourage the commitment of relatives and to facilitate integration into society, and participation. The objects of this three-year comparative study are two group communities located in the German city of Darmstadt, with the main focus being placed on the quality of life experienced by people with dementia, the commitment of relatives and volunteers and the integration into the relevant residential quarter.

Schlüsselwörter

Demenz – Wohngemeinschaft – Betreuung –
ambulant – Lebensqualität

Einleitung

Aufbauend auf den sehr guten – inzwischen langjährigen – Erfahrungen von ambulant betreuten Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz in Berlin und anderen Bundesländern wurde auf Initiative des DemenzForumDarmstadt¹ im Jahr 2004 die erste ambulant betreute Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz in Darmstadt initiiert, im Februar 2005 zogen die ersten der insgesamt neun Mieterinnen und Mieter in das Haus „WG Bachstraße“² ein. Der Aufbau einer weiteren ambulant betreuten Wohngemeinschaft, der „WG Erbacher Straße“, wurde durch die Bereitstellung von Wohnraum durch

das Evangelische Krankenhaus Elisabethenstift gGmbH als Vermieter bereits ein Jahr später ermöglicht, der Einzug der zwölf Mietparteien begann im Dezember 2006. Durch die Absicherung einer siebenmonatigen Projektleitung und anschließenden zweijährigen Projektbegleitung, finanziert durch die Hans- und Ilse-Breuer-Stiftung³, war im Vorfeld der zweiten Wohngemeinschaft – anders als bei der ersten mit einer nur dreimonatigen Projektleitung – eine intensive Aufbauarbeit und Initiierung eines Angehörigengremiums möglich, welches inzwischen die Funktion der Auftraggebergemeinschaft übernommen hat.

Die Verbesserung der Pflege und Betreuung von Menschen mit Demenz ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen der Gesellschaft. Ambulant betreute Wohngruppen sind ein erster Schritt in Richtung Deinstitutionalisierung der stationären Altenpflege, sie stellen eine Alternative zu den bisherigen Pflegeangeboten dar. Die Gründe für neue Wohn- und Betreuungsansätze liegen insbesondere in:

- ▲ der demographischen Entwicklung und damit der Zunahme der Gruppe von Menschen mit Demenz,
- ▲ dem gesellschaftlichen Strukturwandel,
- ▲ der Notwendigkeit einer stärkeren Bedürfnisdifferenzierung,
- ▲ dem Rückgang familiärer Betreuungsressourcen und
- ▲ der zunehmenden Erkenntnis, dass die vorhandenen Versorgungsstrukturen nicht durchgängig den Bedürfnissen von Menschen mit Demenz entsprechen.

Als handlungsleitend wurden zwischenzeitlich von verschiedenen Akteuren Qualitätskriterien erarbeitet und veröffentlicht (*Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* 2004, *Verein für Selbstbestimmtes Wohnen im Alter* e.V. 2003, *Alzheimer Gesellschaft Brandenburg* e.V. 2005), die sich im Wesentlichen beziehen auf:

- ▲ Selbstbestimmung und Autonomie als zentrale Werte des Miteinanders im Prozess der partnerschaftlichen Beziehungsgestaltung.
- ▲ Integration von Angehörigen und ehrenamtlich engagierten Menschen als Verantwortungsteilung von Professionellen, Angehörigen, Dienstleistern und ehrenamtlich Engagierten aus dem Wohnquartier.
- ▲ Gestaltung des Alltags als Abkehr vom Primat der Pflege und Hinwendung zum Primat des Wohnens bei größtmöglicher Erhaltung von Alltagsvertraulichkeit.
- ▲ Sicherung der fachpflegerischen Qualität durch Beauftragung von und Kooperation mit ambulanten Dienstleistenden.

▲ Unabhängigkeit in der Wohnraumanmietung und -gestaltung durch Trennung von Miet- und Pflegevertrag.

▲ Kommunikation aller beteiligten Akteure und Akteurinnen durch die Implementierung von Moderations- und Koordinationsstrukturen.

▲ Sicherstellung der Kosten und Finanzierung in der Ausbalancierung von bestehendem Sozialleistungsrecht und neuen Finanzierungsformen.

Für die Weiterentwicklung der ambulant betreuten Wohngemeinschaften sind die Erfahrungen der einzelnen Wohngemeinschaftsinitiativen und der damit Beschäftigten hinsichtlich der Umsetzung der formulierten Qualitätskriterien und der Etablierung von Kommunikationsstrukturen zur Reflexion dieser Erfahrungen entscheidend. Diese Kommunikationsstrukturen gestalten sich länderspezifisch sehr unterschiedlich. Ein bundesweiter Zusammenschluss hat sich im Rahmen des Modellprojektes „Qualitätssicherung in ambulant betreuten Wohngemeinschaften für Menschen (nicht nur) mit Demenz“, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahr 2007 konstituiert.⁴ Bezüglich der beiden Darmstädter Wohngemeinschaften soll in einer vergleichenden Studie, die in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt im Zeitraum Februar 2008 bis Dezember 2010 durchgeführt wird, den folgenden Fragestellungen nachgegangen werden:

Selbstbestimmung und Autonomie

Die entscheidenden Zielformulierungen in den Konzeptionen beider Wohngemeinschaften lauten Selbstbestimmung und Autonomie. Es ist davon auszugehen, dass die Kleinräumigkeit der Einrichtung und eine günstige personelle Ausstattung ein hohes Maß an Selbstständigkeit sicherstellt. Die Untersuchung wird der Frage nachgehen, inwieweit diese angestrebten Zielvorstellungen vom Engagement der Angehörigen, der gesetzlichen Betreuenden und von ehrenamtlich engagierten Menschen abhängig sind.

Verantwortungsübernahme und Engagement

Während in der Konzeption der „WG Bachstraße“ formuliert wird, dass „die Angehörigen fester Bestandteil in dem Alltag der Wohngemeinschaft werden“ (Baumgärtner; Kleiner 2004) wird in der „WG Erbacher Straße“ die Rolle der Angehörigen konzeptionell deutlicher verankert, wenn es heißt: „Die Angehörigen bleiben bei dieser Wohn-, Lebens- und Betreuungsform in ihrer Verantwortungsrolle eingebunden. Bereits in der Planungsphase ist ein Zusammenschluss der Angehörigen sinnvoll, damit die

Identifikation und aktive Mitgestaltung aller Belange der Wohngemeinschaft möglich wird“ (Burgholte-Niemitz; Trefftz 2006, S. 9). Diesbezüglich wird eine starke Differenz zwischen den beiden Gruppen der Angehörigen und der gesetzlichen Betreuenden angenommen. Insbesondere die veränderten Vergütungskriterien für Berufsbetreuer und -betreuerinnen können sich auf deren Engagement auswirken. Darüber hinaus wird zu untersuchen sein, ob es einen Unterschied gibt zwischen (gesetzlich) betreuten Mieterinnen und Mietern mit ausgeprägten sozialen Kontakten zu Nachbarn, Freunden oder anderen und denjenigen, die bis zum Einzug eher zurückgezogen gelebt haben. Im Verlauf der Studie wird auch untersucht, inwieweit sich das Engagement der Angehörigen und ehrenamtlich engagierten Menschen aufgrund des Krankheitsverlaufs und der damit verbundenen Anforderungen verändert.

Gefahrenpotenziale

„Die Selbstpflege, Kochen, Waschen, Putzen, Einkaufen sind Elemente der Tagesstruktur, der Dienstplan des ambulanten Dienstes kann sich aufgrund der Synergieeffekte sehr deutlich an den Bedürfnissen der Mieter und Mieterinnen orientieren. In der Wohngemeinschaft herrschen keine heimtypischen Organisationsstrukturen, sondern das Leben ähnelt eher einer familiären Wohnsituation mit einem Maximum an Freiheit und Selbstbestimmung. So viel Eigenverantwortung wie möglich und so viel Hilfe und Pflege wie nötig; damit kann ein hohes Maß an Lebensqualität für die Mieter und Mieterinnen möglich werden“ (ebd., S. 13 f.). Diese für beide Darmstädter Wohngemeinschaften formulierten Ziele größtmöglicher Normalität des Alltags stellen eine hohe Anforderung an alle Beteiligten, insbesondere an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ambulanten Dienstes sowie an die Angehörigen. Ziel der Studie ist es, Gefahrenpotenziale zu analysieren, um Qualitätssichernde Standards auf personeller und struktureller Ebene weiterentwickeln zu können.

Funktion Hauskoordination

In der „WG Bachstraße“ ist die Hauskoordinatorin Angestellte des DemenzForumDarmstadt und mit allen Aufgaben der Koordination, Organisation und Mentorinnenfunktion beauftragt. In der „WG Erbacher Straße“ wurde diese Tätigkeit von Seiten der Angehörigen nach wenigen Monaten mehrheitlich nicht mehr für notwendig erachtet und die ihr übertragenen Aufgaben von dem Angehörigengremium übernommen. In der Studie wird diese unterschiedliche Konstellation – auch im Hinblick auf die Etablierung der zweijährigen Projektbegleitung in der zweiten Wohngemeinschaft – zu evaluieren sein.

Bürgerschaftliches Engagement

Es zeigt sich, dass in Zeiten demographischen und gesellschaftlichen Wandels familiäre Strukturen einer vielfältigen Veränderungen unterliegen und sich mit ihnen die Form der Verantwortungsübernahme (auch) für pflegebedürftige Angehörige verändern werden. Die so häufig zitierte „geteilte Verantwortung“, neue Formen von Koproduktionen (Klie 2006) stehen in der Diskussion und fordern als eine wichtige Aufgabe die Stabilisierung und den Ausbau vorhandener Strukturen und die Schaffung von neuen Netzwerken.

In dem Konzept der „WG Bachstraße“ war die Einbindung von ehrenamtlich engagierten Menschen von Beginn an verankert und es wird der Bezug zum Stadtteil deutlich formuliert (Baumgärtner; Kleiner 2004, S. 22). Bürgerschaftliches Engagement in Form von Mentoren und/oder Patenschaften stellt hier eine angedachte Beteiligungsform auch im Wohnquartier dar. Für die „WG Erbacher Straße“ zählt dieser Bereich zu den Aufgaben der Angehörigen-Auftrag-gebergemeinschaft, diesbezügliche Aktivitäten stehen noch am Anfang. Inwieweit bürgerschaftliches Engagement von einer gelungenen Einbindung im Wohnquartier, einer dahingehend ausgerichteten Öffentlichkeitsarbeit sowie einer gemeinwesenorientierten Altenhilfeplanung abhängt, ist eine weitere Fragestellung der Studie.

Stand der Forschung und Methodenwahl

Erste Versuche, sich der subjektiven Welt von Menschen mit einer dementiellen Erkrankung zu nähern, stellen die Interviews von Bosch (1998) dar, die in ihrer Untersuchung die Methode der Grounded Theory (Glaser; Strauss 1967) genutzt hat. Zu nennen ist auch die Untersuchung von Meier (1995) auf der Grundlage der von ihm entwickelten Entscheidungsanalyse in Verbindung mit der Theorie des sozialen Urteilens sowie die von Niebuhr (2004) durchgeführten und ebenfalls auf der Grundlage der Grounded Theory analysierten Interviews mit Demenzkranken. Niebuhr ist zuzustimmen wenn sie festhält, „dass... der Anteil derjenigen Arbeiten, die sich direkt und unmittelbar der subjektiven Erlebniswelt von Demenzkranken nähern, sehr gering ist. Dies weist auf eine deutliche Forschungslücke hin und zeigt den Bedarf an weiteren Untersuchungen, in denen auch demenziell erkrankte Menschen selbst stärker zu Wort kommen“ (ebd.).

Interviews von Menschen mit Demenz

Ein weiteres Ziel der Studie über die Darmstädter Wohngemeinschaften ist es, durch Befragungen der Menschen mit Demenz Lebensqualität als differen-

zielles Konstrukt zu analysieren und neben den pflege-relevanten Kategorien die in den Konzeptionen der Wohngemeinschaften verankerten Ziele von „Normalität und Vertrautheit“, „Privatheit und Sozialkontakte“, „Sicherheit und Autonomie“ zu evaluieren.

Gruppendiskussion mit Angehörigen und Betreuenden

Um einen möglichst hohen Grad an Alltagsbezügen zu gewährleisten und eine Interaktion zwischen den Angehörigen und gesetzlichen Betreuenden zu ermöglichen, wird das Instrument der Gruppendiskussion gewählt. Es wird darum gehen, mit dieser Methode den Alltag in der Wohngemeinschaft in all seinen Facetten als „Prozesse der Konstruktion sozialer Wirklichkeit“ (Flick 2005, S. 168) zum Gegenstand zu machen.

Interviews mit Fachkräften

Die Stadt Darmstadt legt im Bereich der Altenhilfe einen „Ansatz der kooperativen, interdisziplinären und prozessorientierten Altenhilfeplanung“ (Magistrat der Stadt Darmstadt 2003, S. 3) zugrunde. In den Interviews mit Expertinnen und Experten wird es darum gehen, die Einstellungen der vor Ort in der Altenhilfe tätigen Fachleute und Verantwortungs-träger zur Entwicklung neuer Wohnformen für Menschen mit Demenz in Erfahrung zu bringen sowie Kooperations- und Planungsperspektiven zu diskutieren.

Die Hessische Landesregierung formuliert in ihren seniorenpolitischen Grundsätzen als Ziel, „... in Zusammenarbeit mit engagierten Trägern, neue Formen der Ausgestaltung von Wohn- und Pflegegruppen für Demente zu erproben. Leitidee ist dabei die ohnehin laufende Entwicklung der stationären Altenpflege weg von krankenhaushähnlichen Großstationen hin zu überschaubaren Wohn- und Pflegegruppen nutzbar zu machen und für diesen Personenkreis gezielt weiterzuentwickeln“ (Hessisches Sozialministerium 2003, S. 29). Die Darmstädter Studie wird einen Beitrag dazu leisten, indem sie die Menschen mit Demenz, Angehörige, Professionelle und Ehrenamtliche zu Wort kommen lässt.

Anmerkungen

- 1 Siehe www.demenzforumdarmstadt.de
- 2 Gefördert wurde die Wohngemeinschaft von der Stiftung Software AG, Darmstadt (www.software-ag-stiftung.de) und aus Mitteln des Deutschen Hilfswerks (DHW).
- 3 www.breuerstiftung.de
- 4 www.demenzwohngemeinschaften.de
- 5 vgl. Magistrat der Stadt Darmstadt, 2003, S. 3

Literatur

- Alzheimer-Gesellschaft Brandenburg e.V.:** Ambulante Betreuung von Menschen mit Demenz in Wohngemeinschaften. Potsdam 2005
- Baumgärtner, L.; Kleiner, G.:** Rahmenkonzeption/WG Bachstraße. Darmstadt 2004 (unveröffentlicht)
- Bosch, C.:** Vertrautheit – Studie zur Lebenswelt dementierender alter Menschen. Wiesbaden 1998
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:** Ambulant betreute Wohngemeinschaften für demenziell erkrankte Menschen. Berlin 2004
- Burgholte-Niemitz, J.; Trefftz, R.:** Konzeption, WG Erbacher Straße. Darmstadt 2006
- Flick, Uwe:** Qualitative Sozialforschung. Hamburg 2005
- Glaser, B.G.; Strauss, A.L.:** The Discovery of Grounded Theory Strategies for Qualitative Research. New York 1967
- Hessisches Sozialministerium:** Seniorenpolitische Grundsätze des Landes Hessen. Wiesbaden 2003
- Klie, Thomas:** Freiburger Memorandum. Freiburg 2006
- Magistrat der Stadt Darmstadt:** Bericht zur Altenhilfeplanung. Darmstadt 2003
- Meier, D.:** Lebensqualität im Alter. Bern 1995
- Niebuhr, M.:** Interviews mit Demenzkranken. KDA – Vorge stellt 71. Köln 2004
- Verein für selbstbestimmtes Leben im Alter e.V.:** Qualitätskriterien für ambulant betreute Wohngemeinschaften für dementiell erkrankte Menschen. Berlin 2003

Kleidung und Anrede in der Sozialen Arbeit

Cornelia Thiels

Zusammenfassung

Die im Rahmen einer empirischen Untersuchung am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Bielefeld befragten Klienten und Klientinnen bevorzugten für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eher legere Kleidung, auch wenn erwachsene, behinderte Frauen die förmlichste Aufmachung mit der höchsten Kompetenz verbanden. Freundlichkeit, Verständnis und der Eindruck, mit den Fachkräften über Probleme sprechen zu können, brachten die Klientinnen und Klienten eher mit der informelleren Kleidung in Zusammenhang. Die Mehrheit der Klientel möchte mit dem Vornamen angesprochen werden und gut die Hälfte auch ihre Sozialarbeiterin, ihren Sozialarbeiter mit dem Vornamen anreden.

Abstract

The clients interviewed for our study tend to prefer for their social workers to wear casual clothing, although adult handicapped women associated the most formal attire with the highest degree of competence. Casual dressing was associated by clients with friendliness, understanding and the impression that they can talk about their problems easily. The majority of the clients want to be called by their first names and just over half of them want to address their social workers by their first names as well.

Schlüsselwörter

Sozialarbeiter – Klient-Beziehung – Wirkung – Befragung – Kleidung – Anrede

Einleitung

Gottfried Keller ist nicht der einzige Schriftsteller, der mit seinem „Kleider machen Leute“ vorweggenommen hat, was spätere Forschung bestätigte. Patientinnen psychiatrischer Stationen eines Londoner Lehrkrankenhauses hielten Ärztinnen¹ für Psychiatrie in Kostüm beziehungsweise Anzug oder weißem Kittel für kompetenter als dieselben Personen in Jeans und T-Shirt (*Gledhill* u. a. 1997). Sie bevorzugten diese Kleidung für die sie behandelnden Ärztinnen, obwohl sie denselben Personen in legerer Kleidung mehr Freundlichkeit zuschrieben und meinten, dass es leichter sei, mit ihnen zu sprechen als mit denen in Anzug oder Kostüm. Zwei Drittel der Ärztinnen, die durch ihre Ausbildung mit den genannten Stationen verbunden waren, fanden Anzug oder Kostüm am angemessensten. Die Mehrzahl in der Gemeinde versorgter psychiatrischer Patientinnen in

London bevorzugte bei ihren Ärztinnen für Psychiatrie und für Allgemeinmedizin formelle, bei Sozialarbeiterinnen legerere Kleidung (McGuire-Snieckus u. a. 2003). Dazu passend wünschten sich die meisten, ihre Ärztinnen mit Titel und Nachname anzureden, Sozialarbeiterinnen dagegen mit Vornamen und von beiden Berufsgruppen mit dem Vornamen angesprochen zu werden (McGuire-Snieckus u. a. 2003, Gledhill u. a. 1997). Je höher ihr Platz in der Krankenhaushierarchie, desto eher redeten die Medizinerinnen die Kranken mit Titel und Nachname an und 92 Prozent bevorzugten selbst, mit Titel und Familienname angesprochen zu werden (Gledhill u. a. 1997). Von 200 informell befragten erwachsenen Patienten und Patientinnen einer Unfall- und Notfallabteilung eines britischen Krankenhauses bevorzugten 90 Prozent, relativ förmliche Kleidung und einen weißen Kittel bei Ärzten und Ärztinnen (Welch 1992). Identifizierbarkeit spielt offenbar eine Rolle und es fragt sich, was das für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bedeutet.

Ziel der vorliegenden Studie war es, die Frage zu klären, ob die Ergebnisse von Gledhill u. a. (1997) und McGuire-Snieckus u. a. (2003) auf die Soziale Arbeit in Deutschland anwendbar sind. Dabei überprüften wir folgende Hypothesen:

- ▲ Klientinnen bevorzugen Sozialarbeiterinnen in legerer Kleidung.
- ▲ In dieser halten sie diese für freundlicher.
- ▲ Kompetenz wird eher mit förmlicher Aufmachung verbunden.
- ▲ Von den ungezwungener Auftretenden erwarten die Klientinnen, leichter mit ihnen sprechen zu können, sowie mehr Verständnis.
- ▲ Klientinnen möchten von Sozialarbeiterinnen mit dem Nachnamen angeredet werden und dies erwidern.
- ▲ Das trifft auch auf die professionell Helfenden zu.
- ▲ Die Helfenden bevorzugen im Dienst legere Kleidung.
- ▲ Sie lehnen das Tragen von Namensschildern ab, obwohl ihre Klientel diese hilfreich fände.

Stichprobe und Methode

Über fünf von zehn zur Mitarbeit eingeladene regionale Jugendämter wurden 46 Klientinnen sowie 68 Mitarbeiterinnen für die Teilnahme an der Untersuchung gewonnen. In den von Bodelschwinghschen Anstalten Bethel luden Gruppenleiter in zwei Häusern und zwei Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) Nutzerinnen zur Teilnahme an der Studie ein und begleiteten die 60, die einwilligten, zu den Interviews. Im sozialen Dienst der Gesamteinrichtung wurden 44 Mitarbeiterinnen rekrutiert.

Entsprechend Gledhill u. a. (1997) wurden jeweils fünf Farbfotos einer jungen Frau und eines jungen Mannes in unterschiedlich formeller Kleidung, aber gleicher Haltung und neutralem Gesichtsausdruck vor weißem Hintergrund aufgenommen. Nur die Abbildung im weißen Kittel entfiel. Die Frauen trugen Rock und Bluse (in der zweiten Serie mit andersfarbigem Jackett), Hose und Bluse, Rock und T-Shirt beziehungsweise Hose und einen schwarzen Rollkragenpullover, Kostüm beziehungsweise Hose mit weißer Bluse und passendem Jackett, Bluejeans und T-Shirt beziehungsweise einen grob gestrickten, weißen Pullover. Die Kleidung der Männer bestand aus Hose, langärmeligem Hemd und Schlips, Hose und langärmeligem Hemd ohne Schlips, Freizeithose und -hemd, Anzug, Hemd und Schlips, Bluejeans und T-Shirt. Die Teilnehmenden aus den Jugendämtern kritisierten an der stark an das Vorbild britischer Ärztinnen angelehnten Kleidung die fehlende modische Note. Dies wurde bei der Fotoserie für die von Bodelschwinghschen Anstalten Bethel berücksichtigt.

Interview mit Klientinnen

Der Fragebogen von Gledhill u. a. (1997) wurde ins Deutsche übersetzt und an die Soziale Arbeit angepasst. Je nachdem, ob die befragte Klientin von einer Frau oder einem Mann betreut wurde, kam die weibliche oder männliche Fotoserie zum Einsatz. Die Interviews verliefen wie folgt:

- ▲ Anhand einer gesamten Bildfolge wurde die Klientin gefragt, wie sich ihre Sozialarbeiterin für die Arbeit kleiden sollte.
- ▲ Demographische Daten wurden erhoben.
- ▲ Die Fotos wurden in zufälliger Reihenfolge gezeigt und bei jedem gefragt, ob es eine angemessene Kleidung für die Sozialarbeiterin der Interviewten wäre.
- ▲ Die Interviewten hatten die Aufgabe, die Fotos in Rangfolgen zu ordnen: einmal nach Freundlichkeit, dann nach ausgestrahlter Kompetenz und schließlich danach, mit wem die Befragten am ehesten über ihre Probleme sprechen zu können glaubten und wie verständnisvoll die Dargestellte wirkte.
- ▲ Es wurde gefragt, ob die Sozialarbeiterin gewöhnlich ein Namensschild trägt und ob dies wünschenswert sei.
- ▲ Die Klientinnen wurden gefragt, ob sie von ihrer Sozialarbeiterin mit Vor- oder (Titel und) Nachname angeredet werden möchten und wie sie sie selbst anreden wollen.

In den von Bodelschwinghschen Anstalten Bethel wurde die Eignung des Fragebogens mit fünf behinderten Menschen getestet. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, manche Fragen – bei fast unverändertem Wortlaut im Vergleich zur Befragung der

Jugendamt klientel – zu erläutern, um Missverständnisse zu vermeiden. Lediglich die Frage nach der Anrede mit Titel entfiel in Bethel ersatzlos.

Fragebogen für Mitarbeitende im Jugendamt und im sozialen Dienst Bethel

Gefragt wurde nach der genauen Berufsbezeichnung, dem Alter (nur in Bethel), der Einstellung bezüglich der Anrede für Klienten und Sozialarbeiterinnen, Namensschildern, und – anhand der zum Geschlecht der Befragten passenden Fotoserie – welche Kleidung Mitarbeitende im Jugendamt und im sozialen Dienst bei der Arbeit tragen sollten.

Statistik

Die Daten wurden mit dem Programm SPSS für Windows 11.5 und 12 analysiert. Prozentangaben sind auf- oder abgerundet.

In den Häusern der Behindertenhilfe und den Werkstätten für behinderte Menschen wurden jeweils 30 Interviews geführt, von denen sechs abgebrochen werden mussten, weil sich die Befragten aufgrund ihrer geistigen Einschränkungen nicht eindeutig äußern konnten oder die Fragen für sie nicht relevant waren. Von den 54 erfolgreich Interviewten waren 22 weiblich.

**Interviews mit Klientinnen und Klienten
Jugendamtstichprobe (erste Teilstichprobe)**

	Anzahl
angefragte Jugendämter.....	10
teilnehmende Jugendämter.....	5
Klientinnen und Klienten.....	46
davon weiblich.....	32

Herkunftsland

Deutschland.....	36
Russland.....	3
Türkei.....	2
Polen.....	1
Kroatien.....	1
Italien.....	1
ehemaliges Jugoslawien.....	1
Ägypten.....	1

Alter

3-15-Jährige.....	10
16-20-Jährige.....	23
21-31-Jährige.....	13

Beschäftigung

Schüler oder Schülerinnen.....	25
Studentin.....	1
Auszubildende.....	3
Arbeiterinnen oder Arbeiter.....	5
Angestellte.....	4
Hausfrauen.....	4
fehlende Angaben.....	4

Kleidungsstil

Die Hälfte der weiblichen, über das Jugendamt befragten Klientinnen bevorzugte Bluejeans und T-Shirt für Mitarbeiterinnen des Jugendamts. Die männlichen Jugendamtsklienten votierten mit jeweils 36 Prozent gleich häufig für diesen legersten Kleidungsstil und für Hose mit Bluse oder Hemd ohne Schlips. Mit der zuletzt genannten Aufmachung waren 76 Prozent aller Jugendamtsklientinnen „zufrieden“ und nur 24 Prozent „unzufrieden“.

Die Vorlieben der behinderten Menschen verteilten sich gleichmäßiger. Der halblegere Stil (helle Kordhose mit dunklem Rollkragenpullover beziehungsweise die dunkle Jeans mit schwarzem, langärmeligem Hemd) erhielt mit 28 Prozent die meisten Nennungen, danach folgte der legere Stil (Bluejeans und Schlapperpullover beziehungsweise T-Shirt) mit 20 Prozent. Dazu passend fanden 48 Prozent den halblegeren Stil gut (beste Note), den förmlichen (Anzug beziehungsweise Rock, Bluse und Jackett) ebenso viele „nicht so gut“ (die schlechteste Bewertung). Bei getrennter Auswertung für den Wohn- und den Werkstattbereich zeigte sich, dass der halblegere Kleidungsstil besonders in der WfbM Anklang fand. Dort bewerteten ihn 32 Prozent mit „gut“, in den Häusern dagegen nur 17 Prozent, ebenso viele wie sich für „noch gut“ entschieden.

Ordnen der Fotos

Im Jugendamt wirkte der legerste Kleidungsstil auf 48 Prozent der befragten Klientel am freundlichsten, Anzug beziehungsweise Kostüm sowie Rock und Bluse beziehungsweise Hose, Hemd und Schlips dagegen nur auf jeweils sieben Prozent. Gut 30 Prozent schrieben Bluejeans und T-Shirt auch die höchste Kompetenz zu, dem förmlichsten Kleidungsstil mit 26 Prozent allerdings die zweithöchste. Aufgeschlüsselt nach Geschlecht erwarteten männliche Studienteilnehmer die meiste Kompetenz am häufigsten (35 Prozent) von Mitarbeitern in Hose und Bluse beziehungsweise Hemd, was – da es sich nur um 14 von 46 Befragten handelt, in der Gesamtschau nicht sehr ins Gewicht fällt. Mit nur sieben Prozent wurden Rock und Bluse beziehungsweise Hose, Hemd und Schlips von den Männern am weitaus seltensten mit der höchsten Kompetenz in Verbindung gebracht. Knapp 40 Prozent aller Befragten hielten die am legersten Gekleideten für die verständnisvollsten, die in Anzug beziehungsweise Kostüm sowie Rock und Bluse beziehungsweise Hose, Hemd und Schlips

dagegen nur jeweils sieben Prozent. Mit 55 Prozent schnitten Jeans und T-Shirt auch am besten bei der Frage ab, mit wem die Jugendamtsklientinnen am ehesten über ihre Probleme sprechen könnten. Für Rock und Bluse beziehungsweise Hose, Hemd und Schlips entschieden sich vier Prozent, Kostüm oder Anzug sowie Hose und Bluse beziehungsweise Hemd ohne Schlips jeweils neun Prozent. Getrennt nach dem Geschlecht der Befragten lag die legerste Kleidung weiterhin vor allen anderen Kleidungsarten bezüglich der Freundlichkeit. Klientinnen schrieben diesem Stil auch am häufigsten (mit 34 Prozent) die größte Kompetenz zu, dagegen 36 Prozent der Klienten Hose und Bluse oder Hemd. Am verständnisvollsten schätzten 41 Prozent der Klientinnen und 36 Prozent der Klienten die am legersten Gekleideten ein. Allerdings hielten weitere 41 Prozent der Mädchen und Frauen die mit Rock und T-Shirt beziehungsweise Freizeithose und kurzärmeligem Hemd Gekleideten für am verständnisvollsten. Die meisten weiblichen Interviewten (50 Prozent) meinten, am ehesten mit in T-Shirt und Bluejeans Gekleideten über ihre Probleme sprechen zu können. Rock und T-Shirt beziehungsweise Freizeithose und kurzärmeliges Hemd erhielten diesbezüglich die meisten Nennungen (43 Prozent) von männlichen Befragten.

In den Einrichtungen für behinderte Menschen wurden Anzug beziehungsweise Rock, Bluse und Jackett hinsichtlich Freundlichkeit von 54 Prozent am schlechtesten bewertet, Hose, Bluse und Jackett beziehungsweise Hemd und Schlips von 37 Prozent am zweitungünstigsten. Beim Aufschlüsseln nach Altersgruppen ergab sich, dass insbesondere die 20- bis 40-Jährigen mit dem förmlichsten Kleidungsstil die geringste Freundlichkeit verbanden. Die halblegere Aufmachung (dunkler Rollkragenpullover, helle Kordhose beziehungsweise dunkle Jeans und Hemd) belegte am häufigsten die ersten beiden Plätze, der modische Stil (Bluse, karierte Hose oder Anzughose mit einfarbigem Hemd) am häufigsten den ersten, aber deutlich seltener den zweiten, der legerste nicht seltener die Ränge eins und zwei in derselben Häufigkeit.

Bei der Frage nach der Kompetenz schnitten Anzug beziehungsweise Rock, Bluse und Jackett mit 44 Prozent auf Platz eins am besten ab, Bluejeans und T-Shirt beziehungsweise Schlapperpullover am schlechtesten. Getrennt nach Geschlechtern äußerten 68 Prozent der Frauen eine hohe Erwartung von Kompetenz bei förmlicher Kleidung, während mit 37 Prozent mehr Männer für diesen Stil den letzten Platz in der Rangfolge vergaben. Die modische Aufmachung erreichte am häufigsten Rang drei, die halblegere Platz vier.

Helle Kordhose mit dunklem Rollkragenpullover beziehungsweise dunkle Jeans mit schwarzem Hemd (halbleger) fanden 41 Prozent bezüglich des erwarteten Verständnisses „noch gut“ und 24 Prozent sogar „gut“. Der förmlichste Stil dagegen erhielt von 39 Prozent der Befragten die schlechteste Note. Der modische Stil belegte am häufigsten Platz vier, den legeren beurteilten 30 Prozent mit „gut“ und 22 Prozent neutral. Die restlichen Stimmen verteilten sich relativ gleichmäßig. Bezüglich der Frage „Mit wem könnten Sie am ehesten über Ihre Probleme sprechen?“ wurde der förmliche Stil am häufigsten auf den letzten Rang verwiesen, der legerere dagegen auf den ersten, der halblegere auf den zweiten, der modische auf den dritten.

Anrede

Mehr als zwei Drittel (69 Prozent insgesamt, 74 Prozent der weiblichen und 57 Prozent der männlichen Befragten) wollten lieber mit ihrem Vor- als mit ihrem Nachnamen (und Titel) angesprochen werden. Gut die Hälfte (53 Prozent insgesamt, 52 Prozent der Frauen und Mädchen, 57 Prozent der Männer und Jungen) mochten die Mitarbeiterinnen des Jugendamts lieber mit dem Vornamen ansprechen. In den Einrichtungen für behinderte Menschen bevorzugten 76 Prozent, mit Vornamen genannt zu werden, und sogar 23 von 26 Personen in der Werkstatt, aber nur 18 von 28 im Wohnbereich. Gut die Hälfte (52 Prozent) der Befragten entschied sich für den Vornamen als Anrede für ihre Sozialarbeiterin, 20 von 32 Männer und acht von 22 Frauen. Nur eine Minderheit von 26 Prozent fand, dass die Anrede von Klientinnen von deren Alter abhängig ist.

Namensschild

Drei von 46 Befragten gaben an, dass die für sie zuständige Mitarbeiterin des Jugendamts ein Namensschild trägt. Fast ein Viertel (11 von 46) fände es sinnvoll. Einer von 54 behinderten Menschen gab an, dass seine Sozialarbeiterin ein Namensschild trägt, sechs wussten es nicht. Zwölf (22 Prozent) sprachen sich dafür aus, 70 Prozent dagegen, vier entschieden sich nicht.

Fragebogen für Fachkräfte der Sozialarbeit

In Jugendämtern wurden 68 Fragebögen von 49 Sozialarbeiterinnen, -arbeitern, 15 Sozialpädagoginnen, einer von einer Diplom-Kulturpädagogin und drei Personen ohne Angabe des Berufs ausgefüllt. Von den Antwortenden waren 43 Frauen und 22 Männer. Im sozialen Dienst der von Bodelschwinghschen Anstalten Bethel gaben neun Sozialarbeiter und 27 Sozialpädagogen, darunter 20 Frauen und 16 Männer, verwertbare Fragebögen ab.

Bevorzugter Kleidungsstil

Nur 48 (65 Prozent) von 68 Jugendamtmitarbeitenden entschieden sich für eines der fünf Fotos. Die übrigen 20 wählten entweder mehrere oder begründeten, warum sie sich auf keines festlegen mochten. Die Mehrzahl der verwertbar antwortenden Frauen (64 Prozent) fand Bluejeans und T-Shirt als Arbeitskleidung am angemessensten, 21 Prozent votierten für Hose und langärmelige Bluse, 14 Prozent für Rock und T-Shirt. Die meisten Männer (63 Prozent) entschieden sich langärmeliges Hemd und Hose, jeweils 16 Prozent für kurzärmeliges Hemd und Freizeithose beziehungsweise Bluejeans und T-Shirt und nur fünf Prozent für den Anzug. In den von Bodelschwingschen Anstalten Bethel wählten 44 Prozent helle Kordhose und dunklen Rollkragenpullover beziehungsweise dunkle Jeans und schwarzes, langärmeliges Hemd als optimale Kleidung für ihre Arbeit aus. Nur acht Prozent entschieden sich für den förmlichsten Stil. Die übrigen drei Möglichkeiten erhielten 14 bis 17 Prozent der Stimmen.

Anrede

Im Jugendamt redet die große Mehrheit (94 Prozent) der befragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Klientel mit Nachnamen (und Titel) an und möchte selbst ebenso angesprochen werden (97 Prozent). In den von Bodelschwingschen Anstalten Bethel trifft beides auf alle zu. Ein Großteil (86 Prozent) hält das Siezen der Klientel für ein Zeichen von Respekt und 14 Prozent von Distanz. Nur acht Prozent meinten, dass die Anrede vom Alter abhängig sei.

Namensschilder

Im Jugendamt trugen sieben der 68 befragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Namensschild, in den von Bodelschwingschen Anstalten Bethel keiner.

Überprüfung der Hypothesen

Unsere Befragung untermauerte die erste Hypothese weitgehend. Wie bei den gemeindepsychiatrischen Patientinnen in London bevorzugte die Mehrheit der Jugendamtklientel einen mehr oder weniger legeren Kleidungsstil für ihre Sozialarbeiterin, ihren Sozialarbeiter, nämlich Hose und Bluse beziehungsweise Hemd oder Bluejeans und T-Shirt. Weibliche Befragte sprachen sich häufiger für die zuletzt genannte Kleidung aus als männliche. Der legere und halblegere Stil fand auch bei den behinderten Menschen den meisten Anklang, allerdings weniger im Wohnbereich als im Werkstattbereich, was mit den unterschiedlichen Aufgaben der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter am einen oder anderen Arbeitsplatz zu tun haben mag.

Die zweite Hypothese findet ihre Bestätigung in beiden Untersuchungsteilen. Im Jugendamt wirkte der legerste Kleidungsstil auf fast die Hälfte der Befragten am freundlichsten, während die förmlichste und zweitförmlichste Aufmachung in dieser Hinsicht die letzten Plätze belegten. Dies war auch in den Einrichtungen für Behinderte der Fall. Unsere Ergebnisse bestätigten die dritte Hypothese nicht durchgehend. Die höchste Kompetenz wurde im Jugendamt durch das zahlenmäßige Überwiegen des weiblichen Geschlechts insgesamt dem legersten Kleidungsstil zugeordnet. Auf die Mehrzahl der 14 männlichen Jugendamtklienten wirkte allerdings am häufigsten Hose mit Bluse oder Hemd am kompetentesten und auf die gesamte Gruppe am zweithäufigsten der förmlichste Kleidungsstil. Die Antworten der behinderten Menschen insgesamt fielen wie erwartet aus: Der förmlichste Kleidungsstil belegte am häufigsten Platz eins bei den Kompetenzrankings, der legerste am häufigsten den letzten. Getrennt nach Geschlechtern lässt sich dies Votum allerdings auf die Frauen zurückführen, während mehr Männer den förmlichsten Stil auf den letzten Rang verwiesen.

Eine mögliche Erklärung für die unterschiedlichen Einschätzungen der beiden Teilstichproben könnte darin liegen, dass nur die behinderten Menschen eine Erläuterung des Begriffs „Kompetenz“ erhielten, nämlich: „Welche der gezeigten Personen scheint das meiste Wissen über ihren Beruf zu haben?“ Die Jugendamtklientel mag etwas anderes mit „kompetent“ gemeint haben, beispielsweise die 33 Teenager cooles Aussehen und/oder die 32 Mädchen und Frauen eine Kleidung, die bei Aufgaben im Haushalt und mit Kleinkindern keinen unnötigen Pflegeaufwand erfordert. Andererseits können die Männer in der Werkstatt für Behinderte förmliche Kleidung für unpraktisch halten.

Die Unterschiede im Vergleich zu Patientinnen psychiatrischer Stationen in London sind vermutlich im Wesentlichen auf die unterschiedlichen Rollenerwartungen an Ärztinnen auf psychiatrischen Stationen eines Lehrkrankenhauses einerseits (Gledhill u. a. 1997) und Sozialarbeiterinnen im Jugendamt, Werkstätten und dem Wohnbereich für behinderte Menschen zurückzuführen.

Bezüglich der vierten Hypothese meinten die meisten erwartungsgemäß, über Ihre Probleme eher mit mehr oder weniger leger als mit förmlich gekleideten Sozialarbeiterinnen sprechen zu können. Der fünften Hypothese entsprechend ergab sich beim Sortieren der Fotos von den am verständnisvollsten

zu den am wenigsten verständnisvoll wirkenden im Jugendamt eine Reihe von der legersten zur förmlichsten Kleidung. Auch in den Einrichtungen für Behinderte schnitt der förmlichste Stil am schlechtesten ab, der zweitlegere am besten.

Entgegen der sechsten Hypothese möchte die Mehrheit der Befragten mit Vornamen angesprochen werden. Das mag an den vielen Jugendlichen in der einen und der geistigen Entwicklung der anderen Teilstichprobe gelegen haben. Dennoch sind Differenzierungen möglich: Sowohl männliche Klienten im Jugendamt als auch Nutzer des Wohnbereichs der von Bodelschwingschen Anstalten Bethel votierten häufiger für den Gebrauch des Nachnamens, was zu der bei ihnen öfter vorhandenen Vorliebe für einen etwas förmlicheren Kleidungsstil passt. Der Gebrauch des Vornamens als Anrede für die Sozialarbeiterin fand nicht so häufig Anklang wie in der umgekehrten Richtung. Nur die männlichen Befragten im Jugendamt entschieden sich genau gleich häufig für den Vornamen beim Anreden und Angeredetwerden. Unter der übrigen Klientel gab es mehr, die selbst mit dem Vornamen angesprochen werden, ihre Sozialarbeiterin aber in dieser Form nicht ansprechen wollten.

Besonders ausgeprägt fand sich diese Asymmetrie unter den Frauen in Bethel. Dies ließe sich dahingehend interpretieren, dass sich männliche Jugendamtsklienten ihren professionellen Helferinnen (mehrheitlich Frauen) ebenbürtig fühlen, während diese Selbsteinschätzung der sozialen Stellung sowohl durch weibliches Geschlecht als auch durch intellektuelle Behinderung beeinträchtigt wird, was durchaus der Behandlung in unserer Gesellschaft entsprechen mag. Dem sollte nicht durch unhinterfragtes Erfüllen des Wunsches nach Anrede mit Vornamen und gleichzeitiges Beibehalten des Angesprochenwerdens mit dem Nachnamen Vorschub geleistet werden. Auch von einer generellen, gegenseitigen Benutzung des Vornamens nur aufgrund der Ergebnisse dieser Studie ist abzuraten. Sie basiert nur zum kleineren Teil auf Erwachsenen, die nicht behindert sind. Selbst wenn sich in einer weiteren Untersuchung normal begabte Erwachsene für die symmetrische Benutzung des Vornamens aussprechen sollten, bleibt zu überlegen, ob dies nicht verschleierte, dass Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen professionell Helfende und nicht Kumpel oder Freunde sind.

Unsere Ergebnissen entsprechen weitestgehend der siebten Hypothese: Fast alle befragten Fachkräfte der Sozialarbeit reden ihre Klientel mit Nachnamen an und möchte selbst ebenso angesprochen werden. Erwartungsgemäß hielten nur sehr wenige Sozialar-

beiterinnen und Sozialarbeiter Kostüm oder Anzug im Dienst für angemessen. Allerdings votierte nur die Gruppe der weiblichen Mitarbeiterinnen des Jugendamts mit knapp zwei Dritteln für Bluejeans und T-Shirt. Männer in diesem Bereich und beide Geschlechter in den von Bodelschwingschen Anstalten Bethel entschieden sich für langärmeliges Hemd und Hose beziehungsweise helle Kordhose und dunklen Rollkragenpullover. Einschränkend muss daran erinnert werden, dass nur knapp zwei Drittel der Jugendamtsmitarbeitenden sich für eines der fünf Fotos entschied, was auch an der wenig modischen Auswahl lag.

Wie vermutet, lehnt die Mehrheit der Beschäftigten das Tragen von Namensschildern ab. Allerdings findet auch weniger als ein Viertel ihrer Klientel, dass dies sinnvoll ist. Außer der in der Einleitung erwähnten Untersuchung von *McGuire-Snieckus* u. a. (2003) fanden wir keine empirische Arbeit zur Frage von Kleidung und Anrede in der Sozialen Arbeit und nur eine Publikation mit Überlegungen zur Wichtigkeit von Aufmachung und Auftreten von Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen (*Smith* 1987). Recherchiert wurde in den Datenbanken PsycInfo, Sociological Abstracts und PsycArticles mit den Begriffen clothes, dress oder appearance einerseits und effect, trust, relationship andererseits, und zum Eingrenzen dienten zusätzlich die Begriffe client, beholder, patient sowie (health service) user. Zur Frage der Anrede wählten wir die Schlüsselworte address, Duzen, Siezen, family name, first name einerseits und effect, trust und relationship andererseits und zum Eingrenzen dienten client und patient.

Die Studie beruht auf einer Stichprobe, die insbesondere in Anbetracht der großen Unterschiede zwischen den Befragten relativ klein ist. Die erste Fotoserie wurde von vielen Sozialarbeiterinnen nicht akzeptiert – vermutlich, weil sie sich zu sehr an das britische Vorbild anlehnte. Dieser Fehler wurde zwar korrigiert, allerdings auf Kosten der Einheitlichkeit der Befragungsunterlagen. Die Untersuchung war ursprünglich für Erwachsene konzipiert und hätte zumindest bezüglich der Anrede nach dem Alter aufgeschlüsselt werden sollen. Da die Felder der Sozialen Arbeit sehr vielfältig sind, können die Ergebnisse nicht ohne Weiteres verallgemeinert werden.

Schlussfolgerung

Ähnlich wie in England bevorzugen auch in Deutschland Klienten und Klientinnen eher legere Kleidung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, auch wenn die Gruppe erwachsener, behinderter Frauen die förmlichste Erscheinung mit der höchsten Kompe-

tenz verband. Möglicherweise spielen Freundlichkeit, Verständnis und der Eindruck, mit den Experten über Probleme sprechen zu können, eine größere Rolle, und diese Aspekte verbanden die Klientinnen eher mit einem informelleren Stil. Es fragt sich allerdings und sollte bei normal begabten Erwachsenen untersucht werden, ob eine etwas förmlichere Kleidung den Eindruck größerer Kompetenz erweckt, ohne weniger freundlich und verständnisvoll zu wirken. Vorsicht scheint vor allem vor einem unreflektierten Erfüllen des Wunsches geboten, mit dem Vornamen angesprochen zu werden, insbesondere, wenn sich die Sozialarbeiterin, der Sozialarbeiter weiterhin mit dem Nachnamen ansprechen lässt.

Danksagung

Grundlage dieses Artikels sind die Diplomarbeiten von *Eva Maria Möring*, *Nora Grohmann* (Jugendamt), *Maik Sandmann* und *Marco Wiebusch* (Einrichtungen für behinderte Menschen) bei *Cornelia Thiels* und den Zweitlesern *Berthold Lomberg* und *Heinz Offe*. *Julia Gledhill*, *James Warner* und *Michael King* stellten ihre Instrumente (*Gledhill* u.a. 1997) zur Verfügung. Wir danken allen, die an der Befragung teilgenommen haben. Die studentische Hilfskraft *Ulrike Burandt* führte die Literaturrecherche durch.

Anmerkung

1 Der Begriff Sozialarbeiterin, Sozialarbeiter wird auch für Sozialpädagogen und andere professionell Helfenden im weiteren Bereich der Sozialen Arbeit verwendet, deren genaue Berufsbezeichnungen im ersten Absatz unter der Überschrift Fragebogen für Sozialarbeiterinnen im Ergebnisteil aufgeschlüsselt sind.

Literatur

- Gledhill**, J. A. u. a.: Psychiatrists and Their Patients: Views on Forms of Dress and Address. In: *The British Journal of Psychiatry* 171/1997, S. 228-232
- Keller**, G.: Kleider machen Leute. In: *Die Leute von Seldwyla*. Frankfurt am Main 2006, S. 286-332
- McGuire-Snieckus**, R. u. a.: Patient, client or service user? A survey of patient preferences of dress and address of six mental health professions. In: *Psychiatric Bulletin* 27/2003, S. 305-308
- Smith**, P. R.: Social workers and uniforms. In: *Social Work* 32/1987, S. 449-450
- Welch**, M.: Doctors' dress. In: *Journal of the Royal Society of Medicine* 85/1992, S. 120

► Allgemeines

Sprachdatenbank der Europäischen Union (EU) hilft bei Übersetzungen. Die EU-Kommission hat ihre Sprachdatenbank frei zugänglich gemacht. Die Sammlung von über einer Million Sätzen und deren hochwertiger Übersetzung in 22 der 23 EU-Amtssprachen (nur Irisch fehlt noch) ist bei Entwickelnden maschineller Übersetzungssysteme hoch begehrt. Automatische Übersetzungsprogramme übernehmen von Humanübersetzungen, wie Wörter und Sätze im Zusammenhang richtig zu übersetzen sind. Die EU-Institutionen verfügen nach eigenen Angaben über weit mehr vielsprachige Texte als jede andere Organisation, weil die EU-Vorschriften in allen Amtssprachen vorliegen müssen. Ihre Übersetzungsdienste arbeiten mit 253 möglichen Sprachkombinationen. Dabei entstehen jährlich etwa 1,5 Mio. Übersetzungsseiten. Informationen: <http://iate.europa.eu> *Quelle: AWO magazin 3.2008*

Nachhaltigkeitsbericht. Wie können Bürgerinnen und Bürger ihr Land zukunftsfest machen? Welche Schwerpunkte müssen sie setzen? Bei der im Jahr 2002 entwickelten Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung geht es vor allem um wichtige Zukunftsentscheidungen in den Bereichen Energie, Umwelt und Forschung, aber auch in der Sozial- oder Finanzpolitik. An der Weiterentwicklung der Strategie kann sich im Jahr 2008 die ganze Bevölkerung beteiligen, denn der Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie wird zusammen mit den Bürgerinnen und Bürger entwickelt. Seit Mai 2008 sind sie sowie Verbände aufgefordert, sich mit Anregungen und Vorschlägen an der Erarbeitung des endgültigen Berichts zu beteiligen. Nähere Informationen stellt die Bundesregierung in einem Konsultationspapier zur Verfügung, das die bisherigen Überlegungen zum Inhalt des Berichts zusammenfasst. Information: www.dialog-nachhaltigkeit.de *Quelle: Sozialpolitische Informationen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 1.2008*

Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus. Berliner Forum Gewaltprävention. Forschungsbericht. Hrsg. Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag. Berlin 2007, 100 S., kostenlos *DZI-D-8192*

Vor dem Hintergrund des Erstarkens neofaschistischer Parteien und Gruppierungen hatte die Landeskommision Berlin gegen Gewalt im März 2006 beschlossen, eine Expertise zum Thema Rechtsextremismus in Auftrag zu geben. Untersucht werden sollte, ob die einzelnen Projekte, die gegen Rechtsextremismus arbeiten, den aktuellen Problemlagen gerecht werden und geeignet sind, diesen entgegenzuwirken. Die Studie liefert einen umfassenden Überblick über das Problemfeld und beschreibt die Projektarbeit der Jahre 2005 und 2006 unter den Gesichtspunkten der Zielgruppen, Zielgebiete und Methoden, wobei auch die sozialräumliche Dimension mit berücksichtigt wird. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für Empfehlungen zu künftigen Veränderungen im Bereich der Präven-

tion und Intervention. Bestellanschrift: Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Klosterstraße 47, 10179 Berlin, Tel.: 030/90 27 29 13, Fax: 030/90 27 29 21

Ehegattennachzug. Die Migrations-, Integrations- und Ausländerbeauftragten der Länder haben im April 2008 die Erfahrungen mit den seit gut einem halben Jahr geltenden Neuregelungen zum Ehegattennachzug erörtert. Das im August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz, mit dem das seit Anfang 2005 geltende Zuwanderungsgesetz geändert wurde, sieht als eine Voraussetzung für den Ehegattennachzug vor, dass eine Verständigung zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache möglich sein muss (§ 30 Abs.1 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz). Den Beauftragten ist bewusst, dass insbesondere für nachreisende Frauen frühe und gute Kenntnisse der deutschen Sprache sinnvoll und hilfreich ist, um den Integrationsprozess zu beschleunigen und die individuellen Rechte innerhalb der Familie durchzusetzen. In der Praxis haben sich jedoch einige Schwierigkeiten ergeben. Die Konferenz fordert daher die Bundesregierung auf, nach Ablauf eines Jahres seit Inkrafttreten des Gesetzes eine Evaluation durchzuführen, um die tatsächlichen Auswirkungen zu überprüfen; Ehegatten in Ausnahmefällen eine Einreise zu ermöglichen, wenn sie in ihren Herkunftsländern objektiv keine Möglichkeit haben, Deutsch zu lernen und zu veranlassen, dass die im Visumverfahren nachgewiesenen Sprachkenntnisse auf den nach der Einreise abzuleistenden Integrationskurs angerechnet werden. *Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz vom 30. April 2008*

Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Spanien. Ende des Jahres 2007 standen dem spanischen Arbeitsmarkt über 9,5 Mio. erwerbsfähige Frauen zur Verfügung, während sich im Jahr 1977 ihre Zahl auf lediglich 3,5 Mio. belief. Somit haben sich innerhalb der vergangenen 30 Jahre die Möglichkeiten und das Interesse der Frauen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, verdreifacht. Damit erfüllt Spanien die Zielmarke der Lissabonstrategie, die eine Erwerbsfähigkeitsquote der Frauen von über 60 % vorsieht. *Quelle: Aktuelle Nachrichten aus Spanien der Botschaft von Spanien vom 30. April 2008*

► Soziales

Mehr Rechte für Menschen mit Behinderungen. Anlässlich des Europäischen Protesttages für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen wies die sächsische Sozialministerin Helma Orosz darauf hin, dass das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen am 3. Mai 2008 formell in Kraft getreten ist, 30 Tage, nachdem mit Tunesien und Ecuador 20 Mitgliedstaaten die Konvention ratifiziert haben. Das Übereinkommen regelt erstmals in einem Dokument die verbindlichen Rechte behinderter Menschen auf eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Die 50 Artikel des Übereinkommens regeln die Rechte behinderter Menschen in sehr vielen Bereichen. Das beginnt bei elementaren Rechten wie dem auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie auf gleichberechtigten Zugang zu Trinkwasser. Die Konvention fordert aber auch eine umfassende Barrierefreiheit, den gleichberechtigten Zugang behinderter Menschen zu allen Bildungsan-

geboten und das Verbot jeglicher Diskriminierung. Das Übereinkommen wurde im Dezember 2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen. Vorangegangen waren lange Beratungen, an denen auch behinderte Menschen aus vielen Ländern der Welt maßgeblich beteiligt waren. Die Bundesrepublik Deutschland war eines der ersten Länder, die am 30. März 2007 die Konvention unterzeichnet haben. Rechtsverbindlich wird sie für Deutschland aber erst mit einer formellen Ratifikation, die nach einer Zustimmung von Bundestag und Bundesrat erfolgen kann. Dieses Ratifizierungsverfahren steht noch aus. *Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales 49/08*

Schuldnerberatung in der Potsdamer Innenstadt. Im Jahr 2006 gründete eine Gruppe Studierender des Fachbereichs Sozialwesen der Fachhochschule Potsdam unter der Anleitung von Frau Professor Dr. Ingrid Schulz-Ermann eine Schuldnerersterberatung. Mit der Übernahme der Trägerschaft durch den Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bezirksverband Potsdam e.V. ist es gelungen, die Beratungsstelle auch über das Studienprojekt „Schuldner- und Insolvenzberatung – ein Tätigkeitsfeld der Sozialen Arbeit“ weiterzuführen und als wichtiges Beratungselement neben der Eltern- und Erziehungsberatung am Familienzentrum an der Fachhochschule zu etablieren. Das Angebot der Schuldnerberatung im Familienzentrum ergänzt seit dem 15. April 2008 die ebenfalls in Trägerschaft der AWO befindlichen Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Bornim und Werder. Zum Beratungsangebot gehören eine Bestandsaufnahme der Schulden, das Sichten der Unterlagen für einen Überblick über die Gläubiger, eine Begrenzung des Schuldenanstiegs, das Erstellen von Haushaltsplänen zur besseren Einschätzung des vorhandenen Budgets sowie spezifische Informationen zur Schuldnerberatungsstelle und anderen sozialen Einrichtungen. Das Angebot richtet sich ausdrücklich auch an Studierende, die mit finanziellen Problemen konfrontiert sind. Informationen: Familienzentrum, Tel.: 03 31/580-2454, E-Mail: schuldnberatung@fh-potsdam.de *Quelle: Medieninformation Nr. 44 der Fachhochschule Potsdam vom 14. Mai 2008*

Sozialverband VdK fordert eine Pflicht zur Riester-Rente. Das Zögern der Politik bei der zusätzlichen Altersvorsorge erhöht nach Ansicht des Sozialverbandes die Gefahr, sozial abzustürzen. Wer nicht vorsorge, dem könne Altersarmut drohen, warnte der Präsident des Verbandes. Der Verband fordert, dass neben der gesetzlichen Rente eine obligatorische betriebliche Altersvorsorge aufgebaut wird, in die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber paritätisch einzahlen. Freiwillig haben bisher nur 10 % aller Beschäftigten eine solche Versicherung abgeschlossen. *Quelle: VdK Zeitung 5/2008*

Qualität im Betreuungswesen. Berichte vom 10. Vormundschaftsgerichtstag. Hrsg. Andrea Diekmann und Sybille M. Meier. Bundesanzeiger Verlag. Köln 2007, 190 S., EUR 20,- *DZI-D-8252* Dieser Band enthält die Schriftfassungen der Vorträge anlässlich des 10. Vormundschaftsgerichtstags, der im November 2006 in Erkner stattfand und sich mit dem Thema „Qualität im Betreuungswesen“ auseinandersetzte. Im Vordergrund des Fachkongresses standen Überlegungen

zur Entwicklung von Qualitätsstandards für die Betreuungsarbeit. Diese sollen für alle Beteiligten eine Orientierung bieten und zur Förderung der Professionalität des Betreuerhandels beitragen. Gegenstand weiterer Referate waren die Aufgaben von Betreuungsbehörden und Betreuungsvereinen, der Begriff des „freien Willens“ im Betreuungsgesetz und der Umgang mit Zwang bei psychiatrischen Behandlungen und Pflegeheimaufenthalten. Auch Fragen der Lebensqualität im Alter und die aktuelle rechtspolitische Diskussion wurden auf der Fachtagung erörtert. Bestelladresse: Vormundschaftsgerichtstag e.V., Kurt-Schumacher-Platz 9, 44787 Bochum, Tel.: 02 34-6 40 65 72, Fax: 02 34-6 40 89 70, E-Mail: vgt-ev@vgt-ev.de

► Gesundheit

Ausgaben für Gesundheit im Jahr 2006. Die Ausgaben für Gesundheit beliefen sich im Jahr 2006 auf insgesamt 245 Mrd. Euro. Dies war ein Anstieg um 5,7 Mrd. Euro oder 2,4 % gegenüber dem Vorjahr. Damit betrugen die Ausgaben 10,6 % des Bruttoinlandsproduktes oder gut 2 970 Euro je Einwohner, Einwohnerin (2005: 2 900 Euro). Der größte Ausgabenträger im Gesundheitswesen war die gesetzliche Krankenversicherung. Ihre Ausgaben erreichten im Jahr 2006 139,8 Mrd. Euro und lagen somit um 3,9 Mrd. Euro oder 2,9 % über denen des Vorjahres. 22,5 Mrd. Euro oder 9,2 % der Gesamtausgaben entfielen in dem Berichtsjahr auf die private Krankenversicherung. Einrichtungen der ambulanten Gesundheitsversorgung spielen in Deutschland traditionell eine bedeutende Rolle. Auf diese Einrichtungen entfiel im Jahr 2006 fast die Hälfte der gesamten Ausgaben (118,6 Mrd. Euro oder 48,4 %). Sie stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,8 %. Vom Ausgabenvolumen her betrachtet waren Arztpraxen (36,4 Mrd. Euro), Apotheken (34,7 Mrd. Euro) und Zahnarztpraxen (15,8 Mrd. Euro) die wichtigsten ambulanten Einrichtungen. Im (teil)stationären Sektor wurden mit 90,1 Mrd. Euro 2,9 % mehr aufgewendet als im Jahr zuvor. Diese Summe entspricht einem Anteil von 36,8 % an den gesamten Ausgaben. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 172/08*

Schlaganfallforschung. Die Charité-Universitätsmedizin Berlin übernimmt ab sofort die Leitung des länderübergreifenden Konsortiums zur Schlaganfallforschung „Affording Recovery in Stroke“ (ARISE). Es ist neben „Eustroke“ in Mannheim eines von zwei Großprojekten, die von der Europäischen Union mit insgesamt 22 Mio. Euro für einen Zeitraum von fünf Jahren gefördert werden. Gemeinsam bilden sie im „European Stroke Network“ das bislang größte Forschungsnetzwerk Europas. An ARISE beteiligen sich Kliniken, Institute und Unternehmen aus zehn europäischen Ländern, darunter Finnland, Schweden und Polen. *Quelle: Berliner Ärzteblatt 4.2008*

Blindenschriftbücher. Die Deutsche Blindenstudienanstalt (blista) in Marburg hat einen Onlinekatalog erstellt, der alle 40 000 im deutschsprachigen Raum verfügbaren Blindenschriftbücher sowie 65 000 Hörbücher enthält. Jedes Jahr kommen etwa 80 000 Neuerscheinungen auf den deutschen Büchermarkt, aber aufgrund der hohen Herstellungskosten können jährlich nur einige Dutzend Titel in die tastbare Blindenschrift (Brailleschrift) übertragen werden. Zudem ist es für blinde Leserinnen und Leser

bisher schwierig herauszufinden, ob ein Buch überhaupt in Blindenschrift zur Verfügung steht und bei welcher Bibliothek es auszuleihen ist. Wer im Onlinekatalog ein Buch gefunden hat, kann es dort direkt anfordern. Der neue Katalog bietet auch die Möglichkeit, gezielt nach Büchern in Vollschrift oder in der sogenannten Kurzschrift zu suchen, was besonders für Lesanfängerinnen und -anfänger hilfreich ist. Der Onlinekatalog ist zu finden unter www.blindenschrift.net *Quelle: Z B – Zeitschrift: Behinderte Menschen im Beruf 1.2008*

Fitness. 66,8 Mio. Fahrräder standen laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2006 in privaten Haushalten – 6 Mio. mehr als im Jahr 2000. Auch das Strampeln in den eigenen vier Wänden wird immer beliebter: 28 % der Deutschen haben einen Hometrainer. Radfahren hat sich nicht umsonst zum Ausdauersport für jedes Alter entwickelt: Die Gelenke werden dabei weit weniger belastet als bei vielen anderen Sportarten. Zudem werden die Kreislauffunktionen verbessert, das Herzinfarktrisiko sinkt, das Immunsystem wird gestärkt. Laut der Deutschen Sporthochschule Köln wirken sich bereits zehn Minuten tägliches Radeln positiv auf Muskulatur und Durchblutung aus, ab 50 Minuten wird der Fettabbau angeregt. *Quelle: tag, Zeitschrift der Knappschaft 2.2008*

Modellprojekt Pflegestützpunkte in Berlin. Die Berliner Koordinierungsstellen Rund ums Alter, vertreten durch die Träger Albatros e.V. und Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e.V. haben einen Zuschlag für das Modellprojekt Pflegestützpunkt erhalten, das mit 30 000 Euro bis Dezember 2008 gefördert wird. Mit dem am 18. Januar 2008 gestarteten Modellvorhaben „Werkstatt Pflegestützpunkte“ des Bundesministeriums für Gesundheit wurden bundesweit 16 Pflegestützpunkte errichtet, um deren beispielhaften Aufbau in der Modellregion zu erproben. Das Kuratorium Deutsche Altershilfe in Köln begleitet die Projekte wissenschaftlich. Pflegestützpunkte sollen erste Anlaufstellen für Menschen bei Fragen rund um die Pflege sein. Sie bieten pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen, aber auch Menschen, die noch keine Leistungen der Pflegeversicherung erhalten, Information und Beratung, Unterstützung bei der Auswahl der für sie passenden Angebote und bei Bedarf ein umfassendes Fallmanagement. Auch die Vernetzung der pflegerischen, medizinischen, rehabilitativen oder sozialintegrativen Angebote vor Ort gehört zu den Aufgaben dieser Beratungsstellen. *Quelle: Pressemitteilung des Pflegestützpunktes Köpenick vom 28. April 2008*

► Jugend und Familie

Positionspapier zur Personalentwicklung in der Jugendhilfe. Im Zuge des demographischen Wandels geraten Kinder und Jugendliche mehr und mehr in die Rolle einer gesellschaftlichen Minderheit. Sie werden dadurch zugleich auch zu einem zunehmend „knappen und kostbaren Gut“, für dessen Erziehung und Bildung im Hinblick auf die Zukunftssicherung der Gesellschaft dringend bestmöglich qualifizierte und motivierte Fachkräfte gebraucht werden. Vor diesem Hintergrund benennt ein Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) drei zentrale Anforderungen an die Personalentwicklung: 1. Sowohl auf der Führungsebene bei Einrichtungen

und Trägern der Jugendhilfe als auch im Rahmen der Jugendhilfeplanung und Steuerung ist eine systematische Personalentwicklung zu verankern. Hierzu gehören insbesondere Maßnahmen der Weiterqualifizierung des Personals, die Vorbeugung eines Burnoutsyndroms, die Vermeidung einseitiger Belastungen, altersgerechte Arbeitsorganisation und die Herstellung einer breiten Altersmischung in Teams. 2. Die Ausbildungsgänge, die für Tätigkeiten in der Jugendhilfe qualifizieren, sind für junge Menschen mit Migrationshintergrund attraktiver zu gestalten. 3. Stellenausschreibungen sind so abzufassen, dass sich Fachkräfte mit Migrationshintergrund in besonderer Weise positiv angesprochen fühlen. Internet: www.agj.de/pdf/5/Anforderungen_Personalentwicklung.pdf

Jugend in Berlin. 3. Fachpolitischer Diskurs „Verantwortung für eine Kultur des Aufwachsens – Die Berliner Jugendhilfe im Aufbruch.“ Dokumentation. Hrsg. Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Selbstverlag. Berlin 2007, 146 S., kostenlos *DZI-D-8227*

Diese Dokumentation enthält die Beiträge einer Fachtagung über die Veränderung der Berliner Jugendhilfe in Richtung Sozialraumorientierung. Die Tagung diente Entscheidungstragenden aus Jugendhilfe und -politik als Forum zum Austausch von Erfahrungen und zur Diskussion verschiedener Interventionsmöglichkeiten und Ansätze. Thematisiert wurde insbesondere der Strukturwandel in der Berliner Jugendhilfe unter Anführung einzelner Praxisbeispiele und neuer Modelle wie Verwandtschaftsrat oder FiF-Familie im Feld®, um auf dieser Grundlage Vorschläge für den weiteren Reformprozess zu entwickeln. Unter anderem sei es nötig, die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule zu verbessern sowie passende Kommunikationsstrukturen aufzubauen. Bestelladresse: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Beuthstraße 6-8, 10117 Berlin, Referat Gesamtjugendhilfeplanung, Tel.: 030/90 26-55 59, Fax: 030/90 26-55 08, E-Mail: korinna.schmidthals-schoele@senbwf.verwalt-berlin.de

Schwangere in Notsituation. Sachsens Sozialministerin Helma Orosz appellierte an schwangere Frauen in Notsituationen, von der Gesellschaft angebotene Hilfen anzunehmen. Es gibt neben der eigenen Familie eine ganze Reihe professioneller Hilfemöglichkeiten, angefangen von dem Haus- oder Frauenarzt, über Beratungsdienste und Sozialleistungen bis hin zu Hilfen durch das Jugendamt. Die Gesellschaft kann und will schwangeren Frauen helfen, damit aus Problemen keine Krisen werden. „Aber auch dieses dichte Netz von Hilfemöglichkeiten kann nicht greifen, wenn Frauen aus Scham, aus Angst vor beruflichen und sozialen Konsequenzen oder anderen Gründen versuchen, eine Schwangerschaft möglichst geheim zu halten“, so Helma Orosz. Gerade wenn eine werdende Mutter das Gefühl habe, dass im engeren sozialen Umfeld niemand Verständnis für sie aufbringe, möge sie sich an ihren Arzt, ihre Ärztin, eine Schwangerschaftsberatungsstelle oder das Jugendamt wenden. Finanzielle Unterstützung, zum Beispiel für die Erstaussstattung des Babys, kann in Notlagen die Stiftung „Hilfe für Familien, Mutter und Kind“ des Freistaates Sachsen geben. Jede Schwangerschaftsberatungsstelle bietet Unterstützung an und nimmt Anträge auf. *Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales 53/08*

Neue Wege entdecken. Praxisbeispiele für den Umgang mit dem Umgang. Hrsg. Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband NRW e.V. (VAMV). Selbstverlag. Essen 2007, 36 S., EUR 4,- *DZI-D-8228*

Dieser Ratgeber beschäftigt sich anhand von Fallbeispielen mit den Kommunikationsproblemen geschiedener Eltern und beschreibt individuelle Konzepte zur Konfliktbewältigung in vermeintlich ausweglosen Situationen. Die Beiträge konzentrieren sich auf Aspekte der Trennungssituation im Hinblick auf gemeinsame Kinder. Zum Beispiel werden typische Problemsituationen aufgezeigt, die aus unbearbeiteten Spannungen und Negativhaltungen entstehen können, um anschließend erfolgversprechende Strategien vorzustellen, wie etwa das Führen von Verhandlungen oder das Treffen fairer Vereinbarungen. In der Broschüre finden sich viele Tipps zur Gestaltung der postfamiliaren Kontakte nach einer Scheidung. Bestelladresse: VAMV LV NRW e.V., Juliusstraße 13, 45128 Essen, Tel.: 02 01/827 74-70, E-Mail: info@vamv-nrw.de. Internet: www.vamv-nrw.de

► Ausbildung und Beruf

Irena Sendler gestorben. Im Alter von 98 Jahren ist die polnische Sozialarbeiterin Irena Sendler im Mai 2008 verstorben. Über ihre mutige Rettungsaktion während des Zweiten Weltkrieges war in der „Sozialen Arbeit“, Heft September 2007, ausführlich zu lesen. Professor Joachim Wieler schilderte in seinem Beitrag, wie Irena Sendler als Sozialarbeiterin jüdische Kinder aus dem Warschauer Ghetto rettete und dabei fast selbst ihr Leben verloren hätte. Durch ihre Tätigkeit in einer Wohlfahrtsabteilung in Warschau war sie einer der wenigen Menschen, die von den deutschen Besatzern Zugang zum Ghetto erhielten. Nachdem sie sich der Untergrundorganisation „Żegota“ angeschlossen hatte, bewahrte sie insgesamt 2 500 jüdische Kinder vor dem sicheren Tod, indem sie diese mit gefälschten Papieren versah und auf den verschiedensten Wegen aus dem Ghetto schleuste, um sie in Gastfamilien, in Waisenhäusern oder Klöstern unterzubringen. Die wahren Dokumente der Kinder bewahrte sie in Einweckgläsern auf, die sie vergrub. 60 Jahre vergingen, bevor dieser beispiellose Einsatz in größerem Rahmen bekannt wurde. 2006 wurde Irena Sendler auf dem Weltkongress der Internationalen Vereinigung der Sozialarbeiter in München die Ehrung als „Most Distinguished Social Worker“ zuteil.

Redaktion Soziale Arbeit

Hebammen beraten Familien. Abschlusssbericht der wissenschaftlichen Projektbegleitung. Von Eva Schneider. Hrsg. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland Pfalz. Selbstverlag. Mainz 2007, 30 S., kostenlos *DZI-D-8226*

Das Projekt „Hebammen beraten Familien“ wurde in den Jahren 2005 und 2006 im Rahmen der Initiative VIVA FAMILIA in Rheinland-Pfalz erprobt. Über die übliche Betreuung hinaus sollten speziell geschulte Hebammen zusätzlich familienbezogene Beratungs- und Vermittlungsarbeit leisten und verstärkt die sozialen Belange der Familie in ihre Dienste mit aufnehmen. Zum Beispiel sollten sie familienrelevante Unterstützungs- und Bildungsangebote aufzeigen und die Eltern über Möglichkeiten der Gesundheitsförderung und Prävention informieren. Die Autorin stellt fest, dass die zentralen Ziele des Projekts erreicht

wurden. Durch die Qualifizierung wurden die Hebammen befähigt, Eltern in schwierigen Situationen hilfreich zur Seite zu stehen. Bestelladresse: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz, Referat für Reden und Öffentlichkeitsarbeit, Bauhofstraße 9, 55116 Mainz, Tel.: 061 31/16-20 16, E-Mail: Bestellservice@masgff.rlp.de, Internet: www.masgff.rlp.de

Straßenkinderpädagogik. Die Pädagogische Hochschule Freiburg richtet in Kooperation mit der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Universität Heidelberg ab dem Wintersemester 2008/09 erneut den Masterstudiengang „Pädagogik für Kinder und Jugendliche der Straße“ aus. Dieser interdisziplinäre und internationale Studiengang betrachtet die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen, von Kindern ethnischer Minderheiten, insbesondere von „Straßenkindern“ in den Großstädten der armen Länder, aber auch in reichen Industrienationen als Problemfall gesellschaftlicher Verantwortung. Er qualifiziert pädagogische Fachkräfte für die nachhaltige Bildungsarbeit mit den betroffenen jungen Menschen. Der Studiengang wird als Vollzeitstudium (vier Semester) angeboten, Studienorte sind Heidelberg und Freiburg. Nächster Bewerbungsschluss ist der 15. Juli 2008. Information und Beratung: Kompetenzzentrum Patio 13, Pädagogische Hochschule Heidelberg, Zeppelinstraße 3, 69120 Heidelberg, Tel.: 062 21/47 76 50, Internet: www.patio13.de

Management von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen. Die Technische Universität Kaiserslautern bietet in Kooperation mit der Universität Witten/Herdecke im Wintersemester 2008/09 den viersemestrigen, postgradualen Fernstudiengang Management von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen an. Ziel der Ausbildung ist die Vermittlung des erforderlichen Wissens und der notwendigen Kompetenzen zur Führung und Leitung von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen. Die Inhalte des Studiengangs orientieren sich an den zentralen Handlungsfeldern im Gesundheits- und Sozialwesen: Strategisches Management, Ressourcenmanagement, Change Management und Qualitätsmanagement. Das Fernstudium wendet sich vor allem an Fach- und Führungskräfte von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen sowie an Personen, die eine leitende Position in diesem Bereich anstreben. Anmeldungen sind bis zum 15. Juli 2008 möglich. Information und Anmeldung: Technische Universität Kaiserslautern, Distance and International Studies Center, Postfach 3049, D-67653 Kaiserslautern, Internet: www.zfuw.de

Tagungskalender

1.7.2008 Oldenburg. Fachtagung: Soziale Ungleichheit und Gesundheit – Theorie für Praxis: Konzepte gegen Kinderarmut – Kommunen sind am Zug!? Information: Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit, Constantiaplatz 4, 26721 Emden, Internet: www.fh-oow.de

2.-4.7.2008 Rehburg-Loccum. Tagung: Wie gesund ist unsere Pflege? Eine Bestandsaufnahme anlässlich der Reform der Pflegeversicherung. Information: Evangelische Akademie Loccum, Postfach 21 58, 31545 Rehburg-Loccum, Tel.: 057 66/81-0, Internet: www.loccum.de

2.-4.7.2008 Magdeburg. 8. SommerAkademie zur Gesundheitsförderung: Gesunde Lebenswelten gemeinsam gestalten – Politiken, Programme und Praktiken gesundheitsfördernder, sozialer Stadtentwicklung. Information: Organisationsteam der SommerAkademie, c/o Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, Breitscheidstraße 2, 39114 Magdeburg, Tel.: 03 91/886 42 87, E-Mail: sommerakademie@sgw.hs-magdeburg.de

14.7.2008 Salzburg. Internationale Pädagogische Werktagung: Gemeinsam erziehen. Das umkämpfte Kind zwischen Familie, Bildungsinstitutionen und Gesellschaft. Information: Internationale Pädagogische Werktagung Salzburg, Raiffeisenstraße 2, 5061 Elsbethen, Tel.: 0043/662/662-80 47/7511, Internet: http://pwt.kirchen.net

5.-7.9.2008 Nürnberg. 12. Bundestagung: Autismus – der individuelle Weg. Information: autismus Deutschland e.V., Bebelallee 141, 22297 Hamburg, Tel. 040/511 56 04, Internet: www.autismus.de

9.-10.9.2008 Kiel. eHealth Conference 2008: Telematik kommt an. Information: Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V., Hansaring 43, 50670 Köln, Tel. 02 21/91 28 67-6, E-Mail: ehealth@gvg-koeln.de

10.-12.9.2008 Magdeburg. Jahrestagung: Erziehungshilfen – mehr als Netz und doppelter Boden. Gemeinsam Perspektiven schaffen! Information: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen/IGfH, Schaumainkai 101-103, 60596 Frankfurt am Main, Tel. 069/63 39 86-0, Internet: www.igfH.de/jahrestagung 2008

17.-19.9.2008 Hannover. Veranstaltung: Kooperation im Jugendstrafverfahren. Wie die Verfahrensbeteiligten (besser) kooperieren. Information: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Lützerodestraße 9, 30161 Hannover, Tel. 05 11/348 36 40, Internet: www.dvjj.de

Bibliographie Zeitschriften

1.00 Sozialphilosophie/ Sozialgeschichte

Bilson, Andy: Promoting compassionate concern in social work: reflections on ethics, biology and love. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 37, 2007, Nr. 8, S. 1371-1386. *DZI-2406*

Hamburger, Franz: Im Namen der Aufklärung? Über den öffentlichen Umgang mit dem Islam in Deutschland. - In: Neue Praxis ; Jg. 38, 2008, Nr. 1, S. 96-99. *DZI-2387*

Lohmann, Rosemarie: Abschied von Frau Dr. Fides von Gontard (28.1.1917-9.10.2007): Leiterin des Evangelischen Seminars für Soziale Berufsarbeit in Kassel 1946-1963. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit ; Jg. 62, 2008, Nr. 1, S. 75-80. *DZI-2913*

Mahler, Claudia: Der Einfluss der internationalen Menschenrechtsverträge auf die deutsche Bildungsrechtsordnung. - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 55, 2007, Nr. 4, S. 430-446. *DZI-0740*

Maier, Angelika: Vom Ethikkomitee zu Ethikprojekten: Neue Tendenzen und Strukturen bei der ethischen Reflexion in katholisch-sozialen Einrichtungen und auf Bistumsebene. - In: Krankendienst ; Jg. 81, 2008, Nr. 3, S. 65-70. *DZI-0334*

2.01 Staat/Gesellschaft

Denkowski, Charles: Die Aufnahme von Online-Durchsuchungen ins Polizeirecht von Bund und Ländern: Eine rechtspolitische Skizze auf die zu erwartende Bundesverfassungsgerichtsentscheidung. - In: Neue Kriminalpolitik ; Jg. 20, 2008, Nr. 1, S. 5-8. *DZI-2990*

Droege, Michael: Eine halbherzige Reform: Die Neugestaltung des Spenden- und Gemeinnützigkeitsrechts durch das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. - In: Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen ; 2008, Nr. 66, S. 56-66. *DZI-2978*

Kieserling, André: Felder und Klassen - Pierre Bourdieu's Theorie der modernen Gesellschaft. - In: Zeitschrift für Soziologie ; Jg. 37, 2008, Nr. 1, S. 3-24. *DZI-2526*

Klie, Thomas: Das Bundesmodellprogramm „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“: Initialzündung für eine neue Engagementkultur in Deutschland. - In: Neue Praxis ; Jg. 38, 2008, Nr. 1, S. 58-77. *DZI-2387*

Mann, Thomas: Rechtsprobleme der Akkreditierung von Studiengängen. - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 55, 2007, Nr. 3, S. 334-353. *DZI-0740*

2.02 Sozialpolitik

Adamy, Wilhelm: Bilanz aus 2007 – Perspektiven für 2008: Arbeitsmarktpolitik und Haushalt der BA. - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 57, 2008, Nr. 2, S. 56-67. *DZI-0524*

Bramshuber, Iris: Auf dem Weg zu einem bundesweiten Schülerregister? - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 55, 2007, Nr. 3, S. 366-373. *DZI-0740*

Griep, Heinrich: Entbürokratisierung des sozialrechtlichen Leistungserbringungsrechts. - In: Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen ; 2008, Nr. 66, S. 27-55. *DZI-2978*

Lambert, Knut: Das Präventionsgesetz soll jetzt kommen: Doch wer soll für die Krankheitsvorbeugung zahlen? - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 57, 2008, Nr. 2, S. 45-50. *DZI-0524*

Schilling, Matthias: Weiterhin konstante Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe: Ausgaben für Kindertagesbetreuung sind nicht gestiegen. - In: KOMDAT Jugendhilfe ; Jg. 10, 2007, Nr. 3, S. 1-2. *DZI-3022*

Schommer, Rainer: Pflegeanbieter als starker Partner: Differenzierungsstrategien für Pflegeanbieter in regionalen Versorgungsstrukturen. - In: Heim und Pflege ; Jg. 39, 2008, Nr. 3, S. 94-96. *DZI-2496z*

Weiss-Gal, Idit: Social welfare policy: preferences of Arab and Jewish social workers in Israel. - In: Families in Society ; Jg. 89, 2008, Nr. 1, S. 129-138. *DZI-0162z*

Wöhrle, Armin: Erfolgreich ins Management: Ergebnisse der Absolventenbefragung eines Masterstudiengangs „Sozialmanagement“. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 155, 2008, Nr. 2, S. 73-74. *DZI-0228*

2.03 Leben/Arbeit/Beruf

Hinte, Wolfgang: Sozialraumorientierung: Prinzipien, Strukturen und Finanzierungsformen. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2008, Nr. 1, S. 8-13. *DZI-2610z*

Madoc-Jones, Iolo: Students with criminal convictions: policies and practices in social work education. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 37, 2007, Nr. 8, S. 1387-1403. *DZI-2406*

Moser, Vera: Sonderpädagogische Professionsforschung – eine Skizze des Forschungsstands. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 59, 2008, Nr. 3, S. 82-87. *DZI-0200*

3.00 Institutionen und Träger sozialer Maßnahmen

Achilles, Harald: Zum Rechtsstatus von externen Mitwirkenden in Schule und Unterricht. - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 55, 2007, Nr. 4, S. 469-474. *DZI-0740*

Ackermann, Nadine: Das heutige Kapazitätsrecht – Bremse der Weiterentwicklung der Hochschulen? - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 55, 2007, Nr. 3, S. 354-365. *DZI-0740*

Bäcker, Harido: Klassisch – Darlehensfinanzierung für Sozialimmobilien. - In: neue caritas ; Jg. 109, 2008, Nr. 4, S. 15-17. *DZI-0015z*

Bürger, Thomas: Plädoyer für die Notwendigkeit einer unterstützenden Schulaufsicht: Eine Auswertung von vorhandenen Studien zur Schulaufsicht. - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 55, 2007, Nr. 3, S. 381-388. *DZI-0740*

Eggert, Albrecht: Krankenkassen und Kartellamt – Fusionskontrolle zum Schutz des Wettbewerbs in der GKV? - In: Vierteljahresschrift für Sozialrecht ; Jg. 25, 2007, Nr. 5, S. 335-344. *DZI-2536*

Giese, Dieter: Erster Bericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über die Situation der Heime und die Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner: Stand 15. August 2006. - In: Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen ; 2008, Nr. 66, S. 67-70. *DZI-2978*

Hövel, Werner van den: Erfüllung der Schulpflicht an internationalen und ausländischen Ergänzungsschulen. - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 55, 2007, Nr. 3, S. 330-333. *DZI-0740*

Jung, Johannes: Zur (grundschul)pädagogischen Begründung der für alle gemeinsamen Grundschule aus heutiger Sicht. - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 55, 2007, Nr. 3, S. 292-305. *DZI-0740*

Meckmann, Friedrich W.: Gesundheitsförderung am Beispiel eines Gesundheitsmodells im Berufsbildungswerk der Benediktushof gGmbH. - In: Berufliche Rehabilitation ; Jg. 22, 2008, Nr. 1, S. 42-56. *DZI-2967*

Miers, Sorina: Jugendsozialarbeit in der Schule: Moderation und Meditation bei Konflikten, komplementäre Angebote in der Schule, Kooperation mit dem Gemeinwesen. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 155, 2008, Nr. 2, S. 56-58. *DZI-0228*

Scheu, Bringfriede: Der Studienbereich Soziales an der Fachhochschule Kärnten am Standort Feldkirch. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2008, Nr. 1, S. 31-32. *DZI-2610z*

Schmidt, B.: Josephinchen – erste Kinderklinik von der WHO/UNICEF-Initiative „Babyfreundliches Kinderkrankenhaus“ anerkannt. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 11, 2008, Nr. 1, S. 28-29. *DZI-3047*

4.00 Sozialberufe / Soziale Tätigkeit

Müller, Silke: Der professionelle Habitus und seiner Bildung in der Sozialen Arbeit. - In: Neue Praxis ; Jg. 38, 2008, Nr. 1, S. 25-41. *DZI-2387*

Reamer, Frederic G.: Social workers' management of error: ethical and risk management issues. - In: Families in Society ; Jg. 89, 2008, Nr. 1, S. 61-68. *DZI-0162z*

Smolka, Dieter: Körpersprache im Unterricht. - In: Psychologie heute ; Jg. 35, 2008, Nr. 4, S. 76-81. *DZI-2573*

Thiele, Carmen: Verfahrenspflegschaft und Verwandtenpflege: Ländergremium Teil 2. - In: PFAD ; Jg. 22, 2008, Nr. 1, S. 14-15. *DZI-2632z*

5.01 Sozialwissenschaft / Sozialforschung

Brandstetter, Manuela: Sozialraumorientierung als Fachdiskurs: Oder – wissen(schaft)sbasierte Handlungsanleitungen für die Soziale Arbeit. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2008, Nr. 1, S. 22-25. *DZI-2610z*

Dolata, Ulrich: Technologische Innovationen und sektoraler Wandel: Eingriffstiefe, Adaptionfähigkeit, Transformationsmuster – ein analytischer Ansatz. - In: Zeitschrift für Soziologie ; Jg. 37, 2008, Nr. 1, S. 42-59. *DZI-2526*

Göppner, Hans-Jürgen: Forschung und Sozialarbeitswissenschaft. - In: Sozialmagazin ; Jg. 33, 2008, Nr. 4, S. 48-53. *DZI-2597*

5.02 Medizin/Psychiatrie

Höfer, Silvia: Screenings in der Schwangerschaftsvorsorge: Teil 3 – Streptokokken der Gruppe B – die Behandlung. - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; 2008, Nr. 2, S. 50-52. *DZI-0608*

Kurek-Bender, Ines: Anonym geborene Kinder: Helfer machen sich strafbar. - In: PFAD ; Jg. 22, 2008, Nr. 1, S. 16. *DZI-2632z*

Niklas-Faust, Jeanne: Pränataldiagnostik zwischen Therapie & Selektion: Gesellschaftliche Erwartungen und individuelle Verantwortung. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 36, 2008, Nr. 1, S. 18-19. *DZI-2643z*

Schmidbauer, Wolfgang: Die Traumatisierten. - In: Psychologie heute ; Jg. 35, 2008, Nr. 4, S. 30-33. *DZI-2573*

Schmidtke, Armin: Epidemiologie von Suizidalität im Alter. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 41, 2008, Nr. 1, S. 3-13. *DZI-2309z*

5.03 Psychologie

Lee, Mo Yee: A small act of creativity: fostering creativity in clinical social work practice. - In: Families in Society ; Jg. 89, 2008, Nr. 1, S. 19-31. *DZI-0162z*

Schmidt, Walter: Zwiespältiges Wiedersehen: die Psychologie des Klassentreffens. - In: Psychologie heute ; Jg. 35, 2008, Nr. 4, S. 40-44. *DZI-2573*

Schumann, Claudia: Tests ohne Ende? Individuelle Gesundheits-Leistungen (IGeL) im Blick. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 36, 2008, Nr. 1, S. 10-13. *DZI-2643z*

Szogas-Fritsch, Patricia: Die Arbeitsweise der psychoanalytischen Babyambulanz Frankfurt am Main. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit ; Jg. 62, 2008, Nr. 1, S. 43-47. *DZI-2913*

Vollmers, Burkard: Gelingendes Lernen und erfolgreiches berufliches Handeln: Zur Differenzierung von Intelligenzmessung und Kompetenzmessung. - In: Berufliche Rehabilitation ; Jg. 22, 2008, Nr. 1, S. 5-18. *DZI-2967*

5.04 Erziehungswissenschaft

Achilles, Harald: Schulpflichtverweigerung aus religiösen und weltanschaulichen Gründen. - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 55, 2007, Nr. 3, S. 322-329. *DZI-0740*

Breit, Simone: Sprachliche Bildung und Förderung: Brisantes Thema der (Kindergarten-)Pädagogik. - In: Unsere Kinder ; Jg. 63, 2008, Nr. 1, S. 2-8. *DZI-2181*

Ennuschat, Jörg: Völker-, europa- und verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen der Schulpflicht. - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 55, 2007, Nr. 3, S. 271-291. *DZI-0740*

Frenzke, Peer: „Band Ohne Noten“ – populäre Musik für die Förderschule arrangieren. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 59, 2008, Nr. 3, S. 109-113. *DZI-0200*

Hofmann, Tina: „Nicht nur frühe, sondern auch späte Förderung“: Aktuelle Förderschwerpunkte für Bildung, Ausbildung und Arbeit von jungen Menschen mit Migrationshintergrund. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 155, 2008, Nr. 2, S. 65-67. *DZI-0228*

Vester, Michael: Der Klassenkampf um die Bildungschancen. - In: Neue Praxis ; Jg. 38, 2008, Nr. 1, S. 80-86. *DZI-2387*

Winkler, Michael: Erziehung – ein Verhängnis: Heydorn und Hegel über Grundlagen der Pädagogik. - In: Neue Praxis ; Jg. 38, 2008, Nr. 1, S. 110-119. *DZI-2387*

5.05 Soziologie

Münch, Richard: Stratifikaktion durch Evaluation: Mechanismen der Konstruktion von Statushierarchien in der Forschung. - In: Zeitschrift für Soziologie ; Jg. 37, 2008, Nr. 1, S. 60-80. *DZI-2526*

Pape, Simone: Die visuelle Wahrnehmbarkeit sozialer Ungleichheit: Eine alternative Methode zur Untersuchung der Enkopplungsthese. - In: Zeitschrift für Soziologie ; Jg. 37, 2008, Nr. 1, S. 25-41. *DZI-2526*

Wexler, Philip: Nach dem Auseinanderbrechen – der Versuch der Reintegration der Bildungssoziologie: Kontext und Tradition der Bildungssoziologie. - In: Neue Praxis ; Jg. 38, 2008, Nr. 1, S. 100-109. *DZI-2387*

5.06 Recht

Graebisch, Christine: Abschiebungshaft: abolitionistische Perspektiven und Realitäten. - In: Kriminologisches Journal ; Jg. 40, 2008, Nr. 1, S. 32-41. *DZI-2272*

Köhne, Michael: Konsequenzen der Föderalismusreform für Strafzumessung. - In: Neue Kriminalpolitik ; Jg. 20, 2008, Nr. 1, S. 9-11. *DZI-2990*

Liebrich, Franziska: Problematik von Begutachtungen mit Sorge- und Umgangsrechtsfragen bei Jugendlichen über 14 Jahren. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 57, 2008, Nr. 3, S. 180-196. *DZI-0521*

Martens, Rudolf: Vorschlag für einen spezifischen Preisindex zur Anpassung der Regelsätze: Hartz IV-Regelsatz und Preisentwicklung. - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 57, 2008, Nr. 2, S. 68-73. *DZI-0524*

Meyer, Daniel R.: Do high child support orders discourage child support payments? - In: Social Service Review ; Jg. 82, 2008, Nr. 1, S. 93-118. *DZI-0178*

Pukstas, Kimberly A.: Assessing the needs of low-income parents who owe child support: Where can the social workers make a difference? - In: Families in Society ; Jg. 89, 2008, Nr. 1, S. 84-89. *DZI-0162z*

6.00 Theorie der Sozialen Arbeit

Freiberg, Annegret: Alice Salomon und Rosa Luxemburg, die ungleichen Zwillinge, oder – zwei Frauen, die den Weg zu einer fachlich-demokratischen Sozialarbeit ebneten. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit ; Jg. 62, 2008, Nr. 1, S. 5-9. *DZI-2913*

Hochstrasser, Franz: Zusammenhänge zwischen Konsumismus und Sozialer Arbeit. - In: Neue Praxis ; Jg. 38, 2008, Nr. 1, S. 42-57. *DZI-2387*

Müller, Carsten: Wer herrscht in der Sozialen Arbeit? Oder – eine Re-Politisierung mittels Gouvernementalitätsdiskurs: Politik und Soziale Arbeit. - In: Sozialmagazin ; Jg. 33, 2008, Nr. 4, S. 35-43. *DZI-2597*

Remmel-Faßbender, Ruth: Soziale Arbeit in Russland: Die Katholische Fachhochschule Mainz kooperiert mit der

staatlichen Pädagogischen Leo Tolstoi Universität in Tula. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege; Jg. 155, 2008, Nr. 2, S. 75-76. *DZI-0228*

Stoik, Christoph: Sozialraumorientierung – als theoretische Grundlegung der Sozialen Arbeit. - In: Sozialarbeit in Österreich; 2008, Nr. 1, S. 14-18. *DZI-2610z*

6.01 Methoden der Sozialen Arbeit

Becker, Jens: Welche Bedeutung wird der Prävention zugesprochen? Einstellungen und Verhaltensmuster in der Bevölkerung. - In: Soziale Sicherheit; Jg. 57, 2008, Nr. 2, S. 50-55. *DZI-0524*

Dimitz, Georg: Jugendwohlfahrt auf dem Weg zum Call Center. - In: Sozialarbeit in Österreich; 2008, Nr. 1, S. 29-30. *DZI-2610z*

Etzersdorfer, Elmar: Krisenintervention bei alten Menschen. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie; Jg. 41, 2008, Nr. 1, S. 29-37. *DZI-2309z*

Hirtenlehner, Helmut: Rückfallsprävention durch Entlassungspolitik? Ein natürliches Experiment. - In: Neue Kriminalpolitik; Jg. 20, 2008, Nr. 1, S. 25-32. *DZI-2990*

Konnerth, Vera: Mediation – „Ist MEINS wichtiger als DEINS!?“ Mit dem Untertitel – Möglichkeiten und Wege zur Konfliktbewältigung. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit; Jg. 62, 2008, Nr. 1, S. 48-52. *DZI-2913*

Kulbach, Roderich: Familienberatung für Menschen mit Migrationshintergrund: Prävention durch interkulturelle Sozialarbeit. - In: Sozialmagazin; Jg. 33, 2008, Nr. 4, S. 19-27. *DZI-2597*

Levend, Helga: „Wie bin ich so geworden, wie ich bin?“ - In: Psychologie heute; Jg. 35, 2008, Nr. 4, S. 74-75. *DZI-2573*

6.02 Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit

Haberleitner, Christa: Elternzusammenarbeit im interkulturellen Alltag. - In: Unsere Kinder; Jg. 63, 2008, Nr. 1, S. 12-13. *DZI-2181*

Heinze, Georg: Fremdes Geld, gemeinsame Werte. - In: neue caritas; Jg. 109, 2008, Nr. 4, S. 9-11. *DZI-0015z*

Mamerow, Ruth: Bezugspflege braucht soziale Kompetenzen. - In: Heim und Pflege; Jg. 39, 2008, Nr. 3, S. 88-91. *DZI-2496z*

Müller, C. Wolfgang: Jugendarbeit neu denken? - In: Sozialmagazin; Jg. 33, 2008, Nr. 4, S. 44-47. *DZI-2597*

6.03 Rechtsmaßnahmen / Verwaltungsmaßnahmen

Kirschenbauer, Hans-Joachim: Zeitgemäß oder anachronistisch? Zwangseingeweisungspraxis in Frankfurt am Main:

Psychiatrisches Informationssystem Stationär-Ambulant (PISA). - In: Psychiatrische Praxis; Jg. 35, 2008, Nr. 2, S. 73-79. *DZI-2574*

6.04 Jugendhilfe

Gintzel, Ullrich: Jugendhilfliche Intervention durch freiheitsentziehende Maßnahmen. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit; Jg. 62, 2008, Nr. 1, S. 69-71. *DZI-2913*

Ilg, Wolfgang: Freizeitevaluation: Hintergründe zu Methodik und Einsatz des Standard-Verfahrens für die Auswertung von Freizeiten und internationalen Jugendbegegnungen. - In: Deutsche Jugend; Jg. 56, 2008, Nr. 3, 101-106. *DZI-0734*

König, Joachim: Das Ziel ist Gesellschaftsfähigkeit: Anmerkungen zu den Aufgaben der Jugendsozialarbeit. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege; Jg. 155, 2008, Nr. 2, S. 43-49. *DZI-0228*

Paulischin, Herbert: „Perspektiven“ Sozialraumentwicklung Attnang-Puchheim. - In: Sozialarbeit in Österreich; 2008, Nr. 1, S. 26-28. *DZI-2610z*

Treptow, Rainer: Gegenwart gestalten – auf Ungewissheit vorbereiten: Bildung in der Heimerziehung. - In: Neue Praxis; Jg. 38, 2008, Nr. 1, S. 7-24. *DZI-2387*

6.05 Gesundheitshilfe

Anton, Annette C.: Ich bin ein Moppel: Grösse Null. - In: Emma; 2008, Nr. 2, S. 86-89. *DZI-2712*

Glombik, Manfred: Gesund im Alter mit der Sozialversicherung. - In: Die Rentenversicherung; Jg. 49, 2008, Nr. 1, S. 4-7. *DZI-1467*

Wiek, Joachim: Coaching als Leistung der beruflichen Rehabilitation. - In: Berufliche Rehabilitation; Jg. 22, 2008, Nr. 1, S. 19-41. *DZI-2967*

6.06 Wirtschaftliche Hilfe

Wood, Robert G.: Two steps forward, one step back: the uneven economic progress of TANF recipients. - In: Social Service Review; Jg. 82, 2008, Nr. 1, S. 3-28. *DZI-0178*

7.01 Kinder

Fendrich, S.: Kleine Kinder – große Sorgen: Zunehmende Sensibilisierung für Gefährdungen von Kleinkindern in der Familie. - In: KOMDAT Jugendhilfe; Jg. 10, 2007, Nr. 3, S. 2-3. *DZI-3022*

Gerspach, Manfred: Kindliche Entwicklung aus Sicht der Psychoanalytischen Pädagogik. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit; Jg. 62, 2008, Nr. 1, S. 19-37. *DZI-2913*

Krampen, Günter: Zum Einfluss von sozialem Stress auf Konzentrationsleistungen von Kindergartenkindern: feldexperimentelle Befunde. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychia-

trie; Jg. 57, 2008, Nr. 3, S. 167-178.

DZI-0521

Melcher, Claudia: Sexueller Missbrauch durch Mädchen? „... man kann so‘ne Hannah ja auch nicht‘ als die Täterin hinstellen ...“. - In: Thema Jugend; 2008, Nr. 1, S. 14-15. *DZI-2975*

Yanay, Uri: Israeli parents' worries about their school-age children. - In: Families in Society; Jg. 89, 2008, Nr. 1, S. 150-158. *DZI-0162z*

7.02 Jugendliche

Carol, Kerstin: Regionale Ressourcen erschließen: Das Bundesprogramm „Kompetenzagenturen“ am Beispiel des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege; Jg. 155, 2008, Nr. 2, S. 59-61. *DZI-0228*

Dimbath, Oliver: Elemente einer Soziologie der Jugendfreizeit: Überlegungen zu einer empirisch begründeten Rekonstruktion von Teilnahmeerfahrungen auf Jugendfreizeiten. - In: Deutsche Jugend; Jg. 56, 2008, Nr. 3, S. 118-127. *DZI-0734*

Hellberg, Michael: Sie sind nicht nur Täter...: Arbeit mit jugendlichen Sexualtättern in einer geschlossenen Unterbringung. - In: Thema Jugend; 2008, Nr. 1, S. 7-9. *DZI-2975*

Kullmann, Katja: Rockabellas, Gothic-Hexen & Zicken: krasse Töchter. - In: Emma; 2008, Nr. 2, S. 58-61. *DZI-2712*

7.03 Frauen

Erzberger, Christian: Bildung hinter Gittern – eine Chance auch für benachteiligte Frauen? - In: Zeitschrift für Heilpädagogik; Jg. 59, 2008, Nr. 3, S. 100-108. *DZI-0200*

Friedrich, Monika: Hilfe für jugendliche Sexualtäterinnen: Prävention durch Seelsorge. - In: Thema Jugend; 2008, Nr. 1, S. 11-13. *DZI-2975*

Samerski, Silja: Selbstbestimmung und Pränataldiagnostik: Schwangere Frauen in der Entscheidungsfalle. - In: Pro Familia Magazin; Jg. 36, 2008, Nr. 1, S. 14-17. *DZI-2643z*

Schmid, Wilhelm: Frauen, die besseren Lebenskünstler. - In: Psychologie heute; Jg. 35, 2008, Nr. 4, S. 46-51. *DZI-2573*

Thonke, Ines: Anhaltende Kontroverse um HPV-Impfung: Zahlreiche Fragen sind noch ungeklärt. - In: Pro Familia Magazin; Jg. 36, 2008, Nr. 1, S. 8-9. *DZI-2643z*

7.04 Ehe / Familie / Partnerbeziehung

Flaake, Karin: „Für Väter kann geteilte Elternschaft die Männlichkeit bedrohen“. - In: Psychologie heute; Jg. 35, 2008, Nr. 4, S. 38-39. *DZI-2573*

Huber, Margit: Geschwisterbeziehungen: 8. Jahrestagung der BAG Adoption

und Inpflege. - In: PFAD ; Jg. 22, 2008, Nr. 1, S. 7, 9. *DZI-2632z*

Kallert, Heide: Rollen und Aufgaben, Wünsche und Sehnsüchte von Vätern und Müttern. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit ; Jg. 62, 2008, Nr. 1, S. 11-18. *DZI-2913*

Kurek-Bender, Ines: Essverhalten von Pflege- und Adoptivkindern. - In: PFAD ; Jg. 22, 2008, Nr. 1, S. 10-11. *DZI-2632z*

Möller, Delia: Durchführung und Evaluation eines Elterntrainings bei Sprachentwicklungsverzögerung. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 57, 2008, Nr. 3, S. 197-215. *DZI-0521*

Reinhardt, Susie: Neue Väter – warum viele sich mit dem Wandel schwertun. - In: Psychologie heute ; Jg. 35, 2008, Nr. 4, S. 34-37. *DZI-2573*

Reupert, Andrea E.: Care plans for families affected by parental mental illness. - In: Families in Society ; Jg. 89, 2008, Nr. 1, S. 39-43. *DZI-0162z*

Straub, Ute: Hilfe aus eigener Kraft: Family Group Conference. - In: Sozialmagazin ; Jg. 33, 2008, Nr. 4, S. 10-18. *DZI-2597*

Wyl, Agnes von: Baseler interdisziplinäre Sprechstunde für Eltern von Säuglingen und Kleinkindern: Konzept und empirische Ergebnisse. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 57, 2008, Nr. 3, S. 216-236. *DZI-0521*

7.05 Migranten

Fournier, Katharina: Testfall für Integration: Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Jugendsozialarbeit. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 155, 2008, Nr. 2, S. 62-64. *DZI-0228*

Kornischka, Jürgen: Psychosoziale Belastungsfaktoren und psychische Erkrankungen bei Spätaussiedlern. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 35, 2008, Nr. 2, S. 60-66. *DZI-2574*

7.06 Arbeitslose

Hofmann, Tina: Erfolge ohne Nachhaltigkeit: Die Jugendarbeitslosigkeit kann mit arbeitsmarktpolitischen Initiativen allein nicht bekämpft werden. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 155, 2008, Nr. 2, S. 50-52. *DZI-0228*

7.07 Straffällige / Straftatlassene

Cornel, Heinz: Alternativen zum Gefängnis zwischen Alibi, Reformpolitik und realem Abolitionismus. - In: Kriminologisches Journal ; Jg. 40, 2008, Nr. 1, S. 54-66. *DZI-2272*

Ogieniewski, Birgit: Mit neuem Konzept: Eine sozialtherapeutische Intensivgruppe für sexuell grenzverletzende Mädchen. - In: Thema Jugend ; 2008, Nr. 1, S. 16-17. *DZI-2975*

Rehn, Gerhard: Die Sozialtherapeutische Anstalt – das andere Gefängnis? Anmerkungen zur kurzen Geschichte einer Reform. - In: Kriminologisches Journal ; Jg. 40, 2008, Nr. 1, S. 42-53. *DZI-2272*

Stratenwerth, Günter: Lebenslängliche Verwahrung. - In: Neue Kriminalpolitik ; Jg. 20, 2008, Nr. 1, S. 23-24. *DZI-2990*

Walter, Joachim: Notizen aus der Provinz: Eine erste Bilanz der Gesetzgebung der Länder zum Jugendstrafvollzug. - In: Kriminologisches Journal ; Jg. 40, 2008, Nr. 1, S. 21-31. *DZI-2272*

7.09 Kriegsofper/Opfer von Gewalttaten

Klees, Esther: Sexuelle Übergriffe Minderjähriger erkennen. - In: Thema Jugend ; 2008, Nr. 1, S. 2-4. *DZI-2975*

Stangl, Wolfgang: Die Reintegration von Opfern in das Strafverfahren. - In: Neue Kriminalpolitik ; Jg. 20, 2008, Nr. 1, S. 15-18. *DZI-2990*

7.10 Behinderte / kranke Menschen

Baier, Dirk: Schule vs. Familie und Medien – zur Bedeutung verschiedener Sozialisationsinstanzen für das Gewaltverhalten von Förderschülern mit Lernbehinderung. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 59, 2008, Nr. 3, S. 88-99. *DZI-0200*

Egli-Alge, Monika: Ihre Lebensqualität fördern: Übergriffiges Sexualverhalten von Menschen mit Lern- und geistiger Behinderung. - In: Thema Jugend ; 2008, Nr. 1, S. 9-11. *DZI-2975*

Fritzsche, Lara: Coole Tipps zum Kotzen: Horror im Internet. - In: Emma ; 2008, Nr. 2, S. 82-84. *DZI-2712*

Hauck, Otto: Jetzt gilt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) auch für privatrechtliche Versicherungsverträge. - In: Horus ; 2008, Nr. 1, S. 15-17. *DZI-0899*

Kissler, Sebastian: Welchen Einfluss haben zerebrale Durchblutungsstörungen auf die Überlebenszeit Demenzerkrankter? Korrelation der Überlebenszeit von 173 Demenzerkrankten mit dem Ischämie-Score nach Hachinski. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 41, 2008, Nr. 1, S. 51-55. *DZI-2309z*

Lehmann, Johannes: Ein Stimme für die Sprachlosen: Dementia Care Mapping sichert die Qualität bei der Versorgung dementer Bewohner in den Heimen der Seniorenstiftung Prenzlauer Berg. - In: Heim und Pflege ; Jg. 39, 2008, Nr. 3, S. 74-76. *DZI-2496z*

Mohr, Jochen: Der Diskriminierungsschutz (schwer)behinderter Arbeitnehmer nach dem AGG und dem SGB IX. - In: Krankendienst ; Jg. 81, 2008, Nr. 3, S. 34-60. *DZI-0334*

Pitschas, Rainer: Zur Rolle des „Patienten“ im Wandel des Gesundheitssystems. Stärkt die Gesundheitsreform 2007 die verfassungsbürgerte Patientenkompetenz? - In: Vierteljahresschrift für Sozialrecht ; Jg. 25, 2007, Nr. 5, S. 319-334. *DZI-2536*

7.11 Abhängige / Süchtige

Witzerstorfer, Dagmar: Älter werden mit Methadon. - In: neue caritas ; Jg. 109, 2008, Nr. 4, S. 33-35. *DZI-0015z*

7.13 Alte Menschen

Armi, Franca: Health – support provided and received in advanced old age. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 41, 2008, Nr. 1, S. 56-62. *DZI-2309z*

Schaller, Sylvia: Multimodales Erklärungsmodell der Suizidalität im Alter. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 41, 2008, Nr. 1, S. 14-21. *DZI-2309z*

Spitzer, Helmut: Soziale Arbeit mit alten Menschen – eine Spurensuche. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2008, Nr. 1, S. 36-38. *DZI-2610z*

8.02 Länder / Gebietsbezeichnungen

Bange, Dirk: Familienpolitik in Finnland. - In: Sozialmagazin ; Jg. 33, 2008, Nr. 4, S. 28-34. *DZI-2597*

Fähndrich, Michael: Der europäische Pakt für die Jugend: Die Jugendsozialarbeit mischt sich in die Politik der Europäischen Union ein. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 155, 2008, Nr. 2, S. 68-70. *DZI-0228*

Farnen, Russel F.: Islamphobie in den USA: Definitionen, Diagnose und Ergebnisse. - In: Neue Praxis ; Jg. 38, 2008, Nr. 1, S. 87-95. *DZI-2387*

Gangelmayr, Silvia: Kinder sollen Sprachen der Nachbarn verstehen lernen: Sprachenoffensive in niederösterreichischen Kindergärten. - In: Unsere Kinder ; Jg. 63, 2008, Nr. 1, S. 20-23. *DZI-2181*

Haller, Birgitt: Die Begleitung von Gewaltopfern durch das Strafverfahren: Das österreichische Modell der Prozessbegleitung. - In: Neue Kriminalpolitik ; Jg. 20, 2008, Nr. 1, S. 19-22. *DZI-2990*

Die Zeitschriftenbibliographie ist ein aktueller Ausschnitt unserer monatlichen Literaturdokumentation. Die Bibliothek des DZI kann Ihnen die ausgewiesenen Artikel zur Verfügung stellen.

Telefon 030/83 90 01-13

Fax 030/831 47 50

E-Mail bibliothek@dzi.de

Soziale Arbeit als ethische Wissenschaft. Topologie einer Profession. Von Thomas Schumacher. Lucius & Lucius. Stuttgart 2007, 309 S., EUR 32,– *DZI-D-8245*

Mit diesem Buch wird der Versuch unternommen, über eine Skizze verschiedener Diskussionspunkte und eine Besinnung auf die Mitte sozialarbeitlichen Handelns Klarheit über die Sozialarbeit als Wissenschaft und Profession zu gewinnen. Zunächst werden Kriterien für die Soziale Arbeit als Wissenschaft herausgearbeitet, um anschließend den Bezug zwischen Theorie und Praxis und die gesellschaftliche Funktion der Sozialen Arbeit zu betrachten. Ein weiterer Teil beschäftigt sich mit der Rolle der Ethik in diesem Arbeitsfeld, wobei zum Beispiel auf die Dimensionen der Handlungs- und der Führungsverantwortung verwiesen wird. Abschließend wird die Soziale Arbeit als ethische Wissenschaft beschrieben, deren Berufspraxis sich als Dienstleistung versteht. Zentrale Bezugspunkte der Profession sind ein auf Wertschätzung angelegtes Menschenbild, ein demokratisches Gesellschaftsverständnis und das gesellschaftliche Mandat. Die Untersuchung zeigt auf, dass der Sozialarbeiterberuf sowohl wissenschaftlich als auch ethisch orientiert ist und seine Bedeutung als Wissenschaft und Profession über ein ethisches Profil auszuweisen vermag.

Interkulturelle Perspektiven für das Sozial- und Gesundheitswesen. Hrsg. Birgit Rommelspacher und Ingrid Kollak. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2008, 324 S., EUR 30,– *DZI-D-8246*

Die Beiträge dieses Bandes gehen auf mehrere Tagungen zurück, die die Alice-Salomon-Fachhochschule zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in den letzten Jahren in Berlin durchgeführt hat. Anliegen war es, Fachleute aus mehreren Bereichen zusammenzubringen, um die Diskussion zur interkulturellen Öffnung der jeweiligen Institutionen fortzusetzen. Das Buch widmet sich in erster Linie dem Problem der sozialen und gesundheitlichen Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund und ihrer Partizipation in den Gesundheitsberufen, einem Bereich, in dem sie deutlich unterrepräsentiert sind. Der erste Teil liefert Analysen der gegenwärtigen Situation, auch im Hinblick auf die Begrifflichkeit und die sozialpädagogische Praxis. Anschließend geht es um Konzepte der interkulturellen Öffnung, zum Beispiel durch Fort- und Weiterbildung, wobei unter anderem Erfahrungen aus den Niederlanden dokumentiert werden. Der letzte Abschnitt enthält Beschreibungen einzelner Projekte und Studien, zum Beispiel zur Unterstützung von Kinderflüchtlings und kurdischen Flüchtlingsfrauen. Insgesamt wird aufgezeigt, wie die aktive Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund im Sozial- und Gesundheitswesen verbessert werden kann.

Väter im Blickpunkt. Perspektiven der Familienforschung. Hrsg. Tanja Mühlhng und Harald Rost. Verlag Barbara Budrich. Opladen 2007, 271 S., EUR 19,90 *DZI-D-8205*

Bedingt durch den Wandel der Geschlechterrollen werden tradierte Muster der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau zunehmend infrage gestellt. Einem stärkeren familiären Engagement von Männern stehen jedoch nach wie vor die Strukturvorgaben des Arbeitsmarktes entgegen, denn Teilzeistellen bleiben meist den Frauen vorbehalten. Die Beiträge dieses Sammelbandes beleuchten den aktuellen Stand der Familienforschung im Hinblick auf die „neuen Väter“, also diejenigen Männer, die ein egalitäres Rollenkonzept befürworten und geneigt sind, an der Erziehung von Kindern mitzuwirken. Neben verschiedenen Theorien und Studien zu diesem Thema werden auch familienpolitische Maßnahmen im europäischen Vergleich dargestellt. Trotz deutlicher nationaler Unterschiede ist länderübergreifend eine Diskrepanz zwischen Einstellungen und tatsächlichem Familienverhalten feststellbar. Das Buch schließt mit Überlegungen zur Situation alleinerziehender Väter und zum Einfluss der Vater-Kind-Beziehung auf die kindliche Entwicklung.

Einführung in die Sozialpädagogik. Von Franz Hamburger. Verlag W. Kohlhammer. Stuttgart 2008, 235 S., EUR 18,– *DZI-D-8251*

Der Autor erarbeitete eine Einführung in die vielfältigen Dimensionen der Sozialpädagogik und deren zentrale Problemstellungen. Er beschreibt nicht nur Theorie und Praxis des Arbeitsfeldes, sondern auch dessen Geschichte und mögliche Perspektiven zukünftiger Entwicklung. Nach einer Definition des Begriffs „Sozialpädagogik“ widmet er sich der Aufgabenstruktur der Sozialen Arbeit und deren Funktion im Sozialstaat. Anschließend werden verschiedene theoretische Ansätze vorgestellt, wobei die Sozialpädagogik als Erfahrungswissenschaft betrachtet wird, die sich sozialwissenschaftlicher Methoden bedient. Es folgt eine Zuordnung verschiedenener sozialpädagogischer Angebote und Einrichtungen zu den jeweiligen biographischen Lebensabschnitten der Klientel, um darauf aufbauend 24 einzelne Praxisfelder zu skizzieren. Am Ende des Buches finden sich ergänzend ein Überblick über das Angebot an Ausbildungs- und Studiengängen, ein Serviceteil mit Hinweisen zur weiteren Recherche und ein umfangreiches Literaturverzeichnis.

Besser spenden! Ein Leitfaden für nachhaltiges Engagement. Von Ise Bosch. Verlag C. H. Beck. München 2007, 194 S., EUR 12,95 *DZI-D-9743*

Dieses Buch richtet sich insbesondere an Menschen mit einem Vermögen oder Einkommen, das ihnen gestattet, sich mit größeren Summen für soziale Zwecke einzusetzen. Die Autorin möchte dabei behilflich sein, Spendemöglichkeiten zu finden, die den individuellen Vorstellungen und Interessen entsprechen. Sie zeigt auf, was alles in einen Spendenplan gehört und was Spender und Spenderinnen bedenken sollten, von ihren Motiven, Werten und Visionen bis hin zu möglichen Problemen mit Verbänden oder dem Finanzamt. Weitere Themen sind die Besonderheiten des deutschen Spendenmarktes, „unterförderte“ gemeinnützige Bereiche, die ehrenamtliche Arbeit und die Grundlagen des Fundraising. Zahlreiche Arbeitsblätter und Fragebögen unterstützen die Auseinandersetzung mit den jeweiligen Fragenkomplexen. Zudem werden an vielen Stellen Informationsquellen, Internetportale und Fachbücher genannt. So eignet sich das Buch als Wegweiser

für alle, die den Wunsch haben, sich mit einer Spende oder mit freiwilliger Arbeit für eine bessere Welt zu engagieren.

Vergütung haupt- und ehrenamtlicher Führungskräfte in Stiftungen. Die Ergebnisse der Vergütungsstudie 2007. Hrsg. Berit Sandberg und Christoph Mecking. Stiftung & Sponsoring Verlag. Essen 2008, 149 S., EUR 149,90
DZI-D-9748

Die Entlohnung im Stiftungswesen gilt als besonders intransparent. Aus diesem Grund befasst sich diese Studie mit den Vergütungsstrukturen in deutschen Stiftungen. Sie basiert auf einer schriftlichen Umfrage, die im Frühjahr 2007 von der Berliner Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Kooperation mit dem Institut für Stiftungsberatung durchgeführt wurde. 5 000 rechtsfähige Stiftungen wurden angeschrieben und um Angaben zur Vergütung haupt- und ehrenamtlicher Stiftungsleitungen gebeten. Die Responsequote umfasst eine effektive Stichprobe von 517 Stiftungen. Im ersten Teil der Studie geht es um die Ziele und Forschungsfragen, um die juristischen Rahmenbedingungen und die einzelnen Aufgaben der Stiftungsleitung. Anschließend folgt ein Blick auf verschiedene Merkmale von Stiftungen, wie zum Beispiel deren Rechtsform, Stiftungszwecke und Grundstockvermögen. Die weitere Darstellung thematisiert die Bezahlung haupt- und ehrenamtlicher Führungskräfte, deren Einstellungen zur Transparenz sowie Fragen der Vergütungspolitik und Vergütungszufriedenheit. Der Erhebungsbogen und ein Glossar mit den wichtigsten fachbezogenen Begriffen finden sich im Anhang.

Tiere als Therapie. Neue Wege in Erziehung und Heilung. Von Sylvia Greiffenhagen und Oliver N. Buck-Werner. Kynos Verlag. Mülrenbach 2007, 332 S., EUR 21,– *DZI-D-8268*
Dieses Werk ist eine aktualisierte Neuauflage, die mit mehreren Kapiteln zur Rolle des Tieres in der Mensch-Tier-Beziehung die letzte Auflage aus dem Jahr 1991 ergänzt. Es gibt Einblick in den wissenschaftlichen Stand der Forschung und beschreibt verschiedene Möglichkeiten, in denen Tiere bei der Lebensbewältigung von jungen, alten und behinderten Menschen in bestimmten Situationen helfen können: bei Schulangst und Autismus, Depression, Herzkrankheiten, Suchtkrankheiten, Sprachstörungen, Kontaktschwäche und Hyperaktivität. Das Buch vermittelt grundlegende Einsichten in das Zusammenleben von Menschen und Tieren, informiert sachkundig über die Erfolge tiergestützter Therapieformen und erläutert die Funktion von Tieren als Begleiter in verschiedenen Lebensphasen. Darüber hinaus wird aufgezeigt, wie Tiere eingesetzt werden, um ausgegrenzten, chronisch kranken oder behinderten Menschen zur Seite stehen zu können.

Diakonische Existenz im Wandel. „Hephata – öffne dich“. Hrsg. Volker Herrmann. Diakoniewissenschaftliches Institut der Universität Heidelberg. Selbstverlag. Heidelberg 2007, 330 S., EUR 12,– *DZI-D-8269*
Dieses Buch liefert eine vorläufige Standortbestimmung der Diakonie und der Diakoniewissenschaft für das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Bei den Beiträgen handelt es sich hauptsächlich um die schriftlichen Fassungen von Vorträgen am Hessischen Diakoniezentrum Hephata aus den Jahren von 2000 bis 2007. Thematisiert werden ganz

unterschiedliche Bereiche der diakonischen Arbeit. Das Eingangskapitel beschäftigt sich mit der biblischen, theologischen und ethischen Auffassung von Armut und Reichtum. Im Weiteren geht es um das Spannungsfeld von Diakonie und Marktwirtschaft, um die diakonische Bildung und um das Zusammenwirken von Diakonie und Kirche. Dabei werden auch Fragen der diakonischen Identität und die Rolle der Theologie in Diakonie und Sozialer Arbeit diskutiert. Den Abschluss bildet eine Betrachtung verschiedener Aspekte der diakonischen Existenz, wie zum Beispiel der Bedeutung von Gemeinschaften und der Rolle der Spiritualität in der Diakonie. Bestellanschrift: Diakoniewissenschaftliches Institut, Universität Heidelberg, Karlstraße 16, 69117 Heidelberg, E-Mail: heinz.schmidt@dw.uni-heidelberg.de

Soziale Gesundheit. Hrsg. Wilhelm Schwendemann und Arnd Götzmann. FEL Verlag. Freiburg im Breisgau 2007, 318 S., EUR 15,– *DZI-D-8275*

In diesem dritten Jahresband der Reihe „Evangelische Hochschulperspektiven“ geht es um die sozialen Aspekte der Gesundheit, wie zum Beispiel um das Verständnis von Gesundheit und Krankheit, die Prävention und Gesundheitsförderung als gesellschaftliche Aufgaben sowie sozialpolitische und gesundheitsrechtliche Strukturen. Gesundheit und Krankheit werden als soziale Tatsachen angesehen, die vor dem Hintergrund subjektiver Betrachtungsweisen und bestimmter Lebensbedingungen zu verstehen sind. Der erste Teil des Buches eröffnet historische, ethische und theologische Perspektiven auf den Bereich der Gesundheit. Die dann folgenden Beiträge befassen sich mit dem deutschen Gesundheitsrecht und insbesondere der letzten Reform des Gesundheitswesens. Weitere Themen sind die Gesundheitsversorgung von Migrantinnen und Migranten, von psychisch kranken und traumatisierten Menschen und die sozialen Aufgaben der Pflege. Mit Fragen der Gesundheitsförderung und -gefährdung beschäftigt sich das letzte Kapitel, wobei verschiedene Projekte sowie eine Pilotstudie zum Thema „Gewalt gegen Männer“ vorgestellt werden.

Burnout-Prävention. Das 9-Stufen-Programm zur Selbsthilfe. Von Thomas M. H. Bergner. Verlag Schattauer. Stuttgart 2007, 276 S., EUR 29,95 *DZI-D-8284*
Steigender Leistungsdruck und zunehmendes Arbeitsvolumen können zu Überbelastung führen und dadurch Burnout bei Beschäftigten verursachen. Besonders häufig betroffen sind Lehrerinnen, Lehrer, Ärztinnen, Ärzte sowie Angehörige der Pflege- und Sozialberufe. Der Autor beschreibt zunächst einzelne Merkmale, Phasen und Auslöser des Burnout, um anschließend auf Ressourcen für Gegenmaßnahmen hinzuweisen, wie zum Beispiel soziale Kontakte, das Erkennen der eigenen positiven Eigenschaften und die Stärkung des Selbstvertrauens. Zahlreiche Tests ermöglichen die Einschätzung des Burnouttrisikos anhand körperlicher Symptome oder Faktoren wie emotionale Erschöpfung und Depersonalisation. Den inhaltlichen Schwerpunkt bildet die detaillierte Darstellung des neunstufigen Burnout-Präventionsprogramms, ergänzt durch einen Leitfaden zu dessen individueller Anwendung. Das Buch soll eine Hilfe für Therapierende, Coaches und all diejenigen sein, die an Burnout leiden oder von dieser Krankheit gefährdet sind.

Wegweiser Wohnen im Alter. Von Bernhard Reindl und Dieter Kreuz. Beuth Verlag. Berlin 2007, 160 S., EUR 14,90 *DZI-D-8285*

Die Bandbreite der Lebens-, Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten für ältere und alte Menschen ist mittlerweile sehr groß und es ist nicht immer leicht, sich in der Vielzahl der Angebote zu orientieren. Dieser Ratgeber informiert über verschiedene mögliche Alternativen wie zum Beispiel Betreutes Wohnen, Mehrgenerationenwohnen, Wohngemeinschaften, Pflegeheime und Altenheime. Es wird aufgezeigt, wie eine optimale Wohnumgebung aussehen kann und was bei Abschluss eines Heimvertrags zu beachten ist. Außerdem finden sich Hinweise für das selbstständige Wohnen im eigenen Heim, die häusliche Pflege, Nachbarschaftshilfen und ambulante Pflegedienste. Qualitätskriterien, Checklisten, Expertentipps, Adressen, Begriffserklärungen und Vorschläge für die Finanzierung sollen helfen, bei der Wahl der Wohnform, der Wohnungsausstattung und der Betreuung oder Pflege die jeweils passende und geeignete Entscheidung zu treffen.

Hirnforschung und Erziehung. Eine pädagogische Auseinandersetzung mit neurobiologischen Erkenntnissen. Von Otto Speck. Ernst Reinhardt Verlag. München 2008, 196 S., EUR 19,90 *DZI-D-8282*

Dieses Buch beschäftigt sich mit den neueren Entwicklungen der Gehirnforschung und deren Anwendbarkeit im Bereich der Pädagogik. Von Interesse ist hier vor allem die wissenschaftliche Erforschung des Lernens, um Gründe für Lernstörungen finden und neue Lernmethoden erarbeiten

zu können. Zunächst befasst sich der Autor mit Erkenntnissen, die sich auf das Individuum, seine kognitiven Fähigkeiten und seine Willensfreiheit beziehen, wobei auch ethische Aspekte, wie etwa das Problem der Schuldfähigkeit, diskutiert werden. Im nächsten Teil des Buches geht es um die neurobiologischen Grundlagen der Erziehung zu humanem Zusammenleben. Beispielsweise habe die Funktionstüchtigkeit der Spiegelneuronen einen Einfluss auf die Fähigkeit zu erfolgreicher Kommunikation. Thematisiert wird außerdem auch die Bedeutung der menschlichen Natur für die Erziehung und die Fragen der moralischen Bewertung. Das Buch schließt mit einer zusammenfassenden Betrachtung der durch die Neurowissenschaften gewonnenen Perspektiven.

Institutionen und Organisationen der Sozialen Arbeit. Von Bruno W. Nikles. Ernst Reinhardt Verlag. München 2008, 148 S., EUR 14,90 *DZI-D-8286*

In diesem Buch beschreibt der Autor den institutionellen Rahmen der Sozialen Arbeit in Deutschland. Ausgehend von den unterschiedlichen Ebenen bei Bund, Ländern und Kommunen sowie den Einrichtungen und Diensten in verschiedenen Arbeitsfeldern wie zum Beispiel Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe werden die unterschiedlichen Organisationen und Tätigkeitsfelder erklärt. Die vereinfachte und exemplarische Darstellung ist auf das Wesentliche reduziert und wird durch Grafiken ergänzt. In den einzelnen Kapiteln geht es zum Beispiel um die Sozialpolitik, die jeweiligen Dienste, Träger und Verbände, um Handlungsfelder der Sozialen Arbeit, gesellschaftsrechtliche Formen

Wir denken weiter.

Zum Beispiel mit dem Online-Factoring:

- Extrem günstige Konditionen
- Sichere und schnelle Vorfinanzierung
- Auszahlung innerhalb von zwei Arbeitstagen
- Das Finanzierungsvolumen wächst mit den Umsätzen
- Keine zusätzlichen Sicherheiten notwendig
- Vorteilhafter Einkauf (Skonto)
- Umgehung der Auswirkungen von Basel II

Sprechen Sie uns an. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de



**Bank
für Sozialwirtschaft**



und Finanzierungsquellen. Studierende erhalten so einen ersten Überblick oder eine Hilfe bei Prüfungsvorbereitungen, denn das Buch bietet eine Orientierung über die Strukturen der Sozialen Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Depression im Alter. Soziale Arbeit und ambulante Versorgungsstruktur. Von Anne Lützenkirchen. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2008, 159 S., EUR 19,90 *DZI-D-8247* Depression gilt als zweithäufigste psychische Erkrankung im Alter. Zugleich sind depressive alte Menschen eine stark vernachlässigte Zielgruppe im Gesundheitswesen. Um einen Beitrag zur Behebung dieses Missstandes zu leisten, werden in der vorliegenden Untersuchung am Beispiel des Landkreises Fulda die Stärken und Schwächen im Versorgungssystem für depressiv erkrankte ältere Menschen analysiert. Das Buch beginnt mit einem Überblick über den aktuellen Forschungsstand und den wissenschaftlichen Diskurs. Darauf folgt ein empirischer Teil mit Ergebnissen von Tiefeninterviews, in denen die Berufsgruppen im Gesundheitswesen befragt wurden. Mit konkreten Verbesserungsvorschlägen zur Situation der Zielgruppe, insbesondere hinsichtlich der Möglichkeiten der Sozialen Arbeit, endet das Buch. Es wird aufgezeigt, dass die beschriebene Form der Depression heilbar ist, wenn verschiedene Disziplinen wie Sozialarbeit, Medizin, Psychotherapie und Pflege zusammenarbeiten.

Die Zukunft ergreifen! Ein realistischer Ausblick auf die Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts. Von Helmut Klages. merus verlag. Hamburg 2007, 191 S., EUR 17,90 *DZI-D-8287*

Als Professor für Soziologie, der seit Jahrzehnten über Wertewandel forscht, entwickelt der Autor einen weltgeschichtlichen Horizont der Möglichkeiten zur Beseitigung der Nahrungsmittelknappheit, des Wassernotstandes und des Energiemangels. Diese Perspektive des Machbaren erfordert einen Lernprozess oder Kurskorrekturen der politischen Klasse wie unter anderem die Überwindung der Gleichsetzung von einzelwirtschaftlichem Denken und öffentlicher Reformzielsetzung und Maßnahmen, um die Quellen der Arbeitslosigkeit durch Bildung zu beseitigen. Ohne das sozialarbeiterische Fachwort zu gebrauchen, fordert der Autor eine auf Empowerment begründete Aktivierung von humanen Vertrauenspotenzialen und die zivilisatorische Teilhabe von Menschen. Fazit: Ein faszinierendes Buch für alle, die kreatives Denken mögen und alternative Lösungswege suchen.

Jürgen Nowak

Impressum

Herausgeber: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales des Landes Berlin

Redaktion: Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83 90 01-11, Heidi Koschwitz Tel.: 030/83 90 01-23, E-Mail: koschwitz@dzi.de, Hartmut Herb, Carola Schuler (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vollauffer, Wien

Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Berlin; Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Franz-Heinrich Fischler (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset (Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin); Dr. Manfred Leve, Nürnberg; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Prof. Dr. Ruth Mattheis, Berlin; Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Ute Schönherr (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung); Heiner Stocksclaeder (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales); Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

Verlag/Redaktion: DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. 7% MwSt. und Versandkosten, Inland) Die Kündigung eines Abonnements muss spätestens drei Monate vor Jahresende schriftlich erfolgen.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserinnen und Verfasser dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

Layout/Satz: GrafikBüro, Stresemannstr. 27, 10963 Berlin
Druck: druckmuck@digital e.K., Großbeerenstr. 2-10, 12107 Berlin

ISSN 0490-1606